Mittwoch, 24. August 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 196 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sowjet-Hochrüstung: Völlig unabhängig vom NATO-Doppelbeschluß wird die Sowjetunion in den nächsten beiden Jahren neue supermoderne Mittelstreckenwaffen stationieren. Nach westlichen Erkenntnissen geht es um Marschflugkörper zum Abschuß von Land, See oder von Bombern aus mit Reichweiten bis 3000 Kilometer, erklärt der CDU-Abrüstungsexperte Todenhöfer gegenüber „Bild".

Rückzug ab Sonntag: Israel will nach Rundfunkberichten am Sonntag mit dem Teilrückzug seiner Truppen in Libanon beginnen. In der israelischen Armee wurde eine Reihe wesentlicher personeller Umbesetzungen vorgenommen. Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahr wieder ein Kabinettsmitglied in Kairo: Energieminister Modai verhandelt über ägyptische Öl-Lieferungen. (S. 1)

SED-Sorgen: Der „DDR"-Führung bereitet es Sorge, wie die Bevölkerung die Reglementierungen des täglichen Lebens unterläuft. (S. 4)

Verhandlungen in Tschad: Der französische Präsidentenberater Dumas sieht nach Gesprächen mit Libyens Staatschef Khadhafi Chancen für eine Verhandlungslösung im Tschad-Konflikt.

GEW kritisiert Girgensohn: Die Lehrergewerkschaft hat den Erlaß des NRW-Kultusministers kritisiert, daß Schüler und Lehrer nicht an „Friedensaktionen" während der Unterrichtszeit teilnehmen dürfen. Die GEW: Auch für den Papst-Besuch in Köln gab es schulfrei. (S. 4)

Reagan zu „Frieden": Der US-Präsident hat der „Friedensbewegung" vorgeworfen, sie wolle Frieden durch die Schwächung der freien Welt wagen. „Das aber ergibt keinen Sinn." (S. 8)

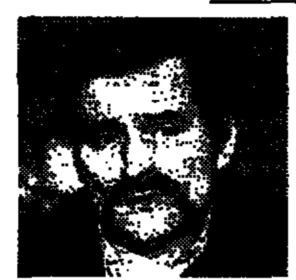
Umfrage: US-Regierung gibt bei Infratest Befragung über die politische Durchsetzbarkeit einer eventuellen NATO-Nachrüstung in der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag.

Pershing-Test: Die letzten Erprobungen von Pershing 2 sollen noch im September stattfinden und nicht wie geplant im August. Genscher: Präsident Reagan hat zugesichert, daß die neuen Mittelstreckenwaffen rechtzeitig zur Verfügung stehen, falls die Genfer Abrüstungsgespräche scheitern.

„DDR"-Protest: Ost-Berlin hat im Bundeskanzleramt gegen einen „Anschlag" auf die „Grenze" im Kreis Ölsnitz protestiert. Unbekannte haben am Sonntag ein Loch in den Metallgitterzaun geschnitten und eine Selbstschuß-Mine abmontiert.

Heute: Erste Sitzung des Bundeskabinetts nach den Kanzler-Ferien; Themen: Entsorgung und Kohle. – „Solidarnosc" will Bummelstreik in Polen fortsetzen.

ZITAT DES TAGES



» Die Lage ist prekär. «

Der Führer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc", Lech Walesa, zu Kollegen der Danziger Werft vor Beginn der Bummelstreiks.

FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Brasilien: Zins- und Tilgungszahlungen über acht Milliarden Dollar an „Pariser Club" ausgesetzt. (S. 9)

Kredite: Länder-Anträge auf Umschuldung seit Beginn 1983 vervierfacht. Kredite 1982 weltweit netto 95 Milliarden Dollar (165 Milliarden 1981). (S. 9)

Makler: Bei Grundstücksangeboten muß Gesamtpreis, nicht nur Quadratmeterpreis ausgewiesen werden (BGH-AZ: I ZR 113/81).

Vollkasko: HUK-Verband erwartet zum 1. Oktober Beitragserhöhungen bis 3,6 Prozent. (S. 9)

Versicherung: Im Durchschnitt gibt jeder Einwohner der Bundesrepublik 1500 DM jährlich für seine Versicherungen aus (Jahresbericht des Gesamtverbandes). (S. 10)

Zoll: 1982 Zölle von 4,7 Milliarden DM aus Nicht-EG-Ländern, Verbrauchsteuern von 87,1 Milliarden DM eingenommen (Zolljahresbericht). (S. 9)

EG: Industrie-Investitionen in der Gemeinschaft steigen voraussichtlich um fünf Prozent (Umfrage der Kommission).

Börse: An den deutschen Aktienmärkten blieb die Tendenz gestern bei mäßig lebhaftem Geschäft nach unten gerichtet. Die Kurse am Rentenmarkt bewegten sich nur wenig. WELT-Aktienindex 138,6 (139,4); Dollarmittelkurs 2,6169 (2,6402) Mark; Goldpreis je Feinunze 425,75 (421,75) Dollar.

KULTUR

Hans Schalla gestorben: Der langjährige Intendant des Bochumer Schauspielhauses starb mit 79.

Polen-Protest: Vier US-Organisationen mit zusammen 75 000 Schriftstellern und Journalisten protestierten bei Jaruzelski gegen die Auflösung des polnischen Schriftstellerverbandes. Auch zwei deutsche Verbände, PEN und VS, sandten Telegramme.

„Spiegel": Das Hamburger Blatt verklagt den britischen Industriellen Goldsmith, der gesagt hat, es habe eine KGB-gesteuerte Kampagne gegen Strauß betrieben.

SPORT

Schwimmen: Petra Zindler, die bei den Europameisterschaften die Bronzemedaille im Lagen-Schwimmen gewann, schied im Vorlauf über 200 m Kraul aus.

Galopp: Trainer Schreiner ist für 18 Monate die Lizenz entzogen worden. Er soll einen Jockey veranlaßt haben, sein Pferd am Sieg zu hindern. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Massenhinrichtung: 30 Verurteilte, darunter 19 Mörder, wurden in Peking im Zuge einer Kampagne gegen die Kriminalität hingerichtet. (S. 18)

Extremisten: Londoner Gericht verfügte die Auslieferung der deutschen Rechtsextremisten Kexel und Tillmann wegen Sprengstoffanschlägen auf US-Soldaten im Raum Frankfurt. (S. 8)

Wetter: Nach Frühdunstauflösung heiter, nachmittags wolkig. Temperaturen bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bummelstreik in Danzig. Appell zu landesweiter Protestaktion

„Machtprobe" zwischen „Solidarität" und der Regierung in Polen

DW. Warschau

Auf der Danziger Lenin-Werft, von wo 1981 der Anstoß zur Gründung freier Gewerkschaften in Polen ausging, sind gestern zahlreiche Arbeiter in einen Bummelstreik getreten. Mit der von einem geheimen Arbeiterkomitee ausgerufenen Aktion soll erreicht werden, daß die Regierung das unter dem Kriegsrecht erlassene Verbot freier Gewerkschaften aufhebt. Das Komitee appellierte auch an alle anderen Werktätigen in Polen, sich der Aktion anzuschließen. In Erwartung von Unruhen hat die polnische Regierung die Sicherheitskräfte in Bereitschaft versetzt und ein scharfes Durchgreifen gegen Ruhestörer angeordnet.

Am 31. August jährt sich zum dritten Mal der Tag des Danziger Abkommens, das die Gründung des Gewerkschaftsverbands „Solidarität" ermöglichte. Der Streik findet mit ausdrücklicher Unterstützung des Vorsitzenden der inzwischen verbotenen „Solidarität", Lech Walesa, statt.

Vor Betreten der Werft zur Frühschicht sagte Walesa gestern vor westlichen Journalisten: „Nichts hat sich geändert. Der Streik wird stattfinden. Ich muß tun, was alle tun."

Der Bummelstreik ist die erste große Machtprobe der jetzt im Untergrund operierenden „Solidarität" seit Aufhebung des Kriegsrechts am 22. Juli. Walesa hatte ursprünglich eine Rede vor der Belegschaft der Lenin-Werft geplant, diese dann aber kurzfristig abgesagt, weil er befürchtete, festgenommen zu werden. Solche Aktionen, so Walesa, brächten zum jetzigen Zeitpunkt die wichtigsten Mitglieder der Arbeiterbewegung in Gefahr. Die Regierung in Warschau hatte es mehrfach abgelehnt, mit ihm einen Dialog einzugehen.

Morgen will der stellvertretende Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski zu den Danziger Werftarbeitern sprechen. Rakowski hatte vor Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 für die Regierung die Verhandlungen mit der „Solidarität" geführt. Walesa sagte in Danzig, er lehne es ab, mit Rakowski zusammenzutreffen.

Die Danziger Vereinbarung über die Gründung freier Gewerkschaften war 1980 nach einer Welle von Streiks in den Ostseehäfen und im oberschlesischen Kohlenrevier zustande gekommen. Darin hieß es, die Aktivitäten der Gewerkschaften in Polen hätten die Erwartung der Arbeiter nicht erfüllt. Deshalb werde es als nützlich erachtet, neue selbstverwaltete Gewerkschaften zu gründen, die echte Vertreter der Arbeiterklasse sein würden. Die Regierung erklärte sich in dem Abkommen bereit, die Freiheit und die Unabhängigkeit der neuen Gewerkschaften zu garantieren.

Schon Mitte September sammelten sich die überall im Lande entstehenden freien Gewerkschaften unter dem Dach der „Solidarität". Parteichef Edward Gierek stürzte, wurde vorübergehend von Stanislaw Kania abgelöst, bis General Jaruzelski das Amt des Partei- und Regierungschefs übernahm und mit Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 die Gewerkschaften verbot.

Die polnische Presse beschuldigte Walesa jetzt, er unterstütze mit dem Bummelstreik in Danzig den „kollektiven Selbstmord" Polens. „Herr Walesa hat bewiesen, daß er aus der jüngsten Vergangenheit nichts gelernt hat", schrieb die Parteizeitung „Trybuna Ludu".

Walesa will am 31. August am Mahnmal vor der Lenin-Werft Blumen niederlegen. Auf Druck der „Solidarität" war die Gedenkstätte für die Opfer der Unruhen in den Ostseehäfen von 1970 errichtet worden.

DER KOMMENTAR

Wessen Vorteil?

HEINZ BARTH

Nicht die Demokratie, die den Filipinos schon vor 18 Jahren abhanden kam, auch die Chance, sie könnte in absehbarer Zeit wiederkehren, ist auf dem Flughafen von Manila ermordet worden. Grausamkeit und Gewalt waren schon lange vor der Ära Marcos ein Kennzeichen der philippinischen Politik. Aber das Verbrechen an Benigno Aquino, dem prominentesten Oppositionsführer des Landes der 7000 Inseln, im Augenblick seiner freiwilligen Rückkehr aus einem dreijährigen Exil verübt, ist selbst für philippinische Verhältnisse eine haarsträubende Tat.

Es ließe sich darüber streiten, ob sie dem alternden Diktator und seiner immer noch attraktiven und herrschsüchtigen Frau nützt oder schadet. Wahrscheinlich trifft beides zu. Fernando Marcos braucht sich nach dem Tod des bei den Massen populären „Ninoy" keine Sorgen zu machen, daß ihm bei den für Mai 1984 angesetzten Parlamentswahlen, wenn sie nach diesem Ereignis überhaupt noch abgehalten werden, ein gefährlicher Rivale entgegentritt. Aber ebenso sicher ist auch, daß dieser Mord das Marcos-Regime Verdächtigungen aussetzt, die unberechtigt sein mögen, aber vielleicht nie eindeutig zu widerlegen sind.

Es ist schwer vorstellbar, Marcos könnte sich im vollen Bewußtsein der damit verbundenen Gefahr einem Risiko von solchem Ausmaß ausgesetzt haben, das seine Stellung im eigenen Land und in der Welt nachhaltig erschüttern müßte.

Gewiß berührt es merkwürdig, daß die Identität des Profi-Killers, der sich seinem Opfer bis auf Armlänge nahern durfte, noch immer ungeklärt ist. Rätselhaft ist ferner, woher der Täter seine Information über die Ankunft Aquinos bezog, der unter falschem Namen und trotz dringenden Abratens der Regierung von Manila einreiste. Der Kampf, der von den über 10 000 Guerrillas der Inselrepublik gegen die Diktatur geführt wird, ist so gnadenlos, daß man die Möglichkeit nicht ausschließen darf, die Opposition habe mit Aquino einen Märtyrer schaffen wollen, dessen Tod die Verschärfung des Bürgerkrieges vor der Weltmeinung rechtfertigen soll.

Vor einseitigen Schuldzuweisungen, bevor die Ereignisse besser geklärt sind, ist jedenfalls zu warnen. Das ist bisher auch die Haltung Präsident Reagans, dessen Staatsbesuch auf den Philippinen für November festgesetzt ist. Er könnte ihn nur absagen, wenn klare Beweise gegen das Marcos-Regime vorliegen. Auf bloße Presse-Spekulationen zu reagieren, wäre eine Beleidigung für ein fremdes Staatsoberhaupt, zu der sich das Weiße Haus nicht versteigen kann.

SPD macht sich für Berlin (West) stark

Landesvorstand der Partei entfernt sich von bisherigem Konsens / Harte Kritik

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Berlins SPD will nach einem Beschluß des Landesvorstands künftig auf den Begriff „Berlin" verzichten und nur noch die einschränkende Formel „Berlin (West)" gebrauchen. Damit verläßt die Partei die bisherige Linie der großen demokratischen Parteien, Berlin nach dem geltenden alliierten Recht auch verbal als Ganzes zu sehen. Der Berliner Senat ist besorgt über diese Entwicklung, zumal damit auch der Betrachtung Ost-Berlins als „Hauptstadt der DDR" Vorschub geleistet wird.

Die Entscheidung des Landesvorstands erfolgte in einer formalen Abstimmung. Nach alliierter und deutscher Ansicht, die von Moskau und der „DDR" heftig bekämpft wird, besteht der Status von Groß-Berlin als Ganzes weiterhin fort. Die Formel „Berlin (West)" ist von der Senatskanzlei nach Abschluß des Viermächteabkommens lediglich als Bezeichnungsrichtlinie gewählt worden, wenn es sich darum handelte, ausschließlich auf den westlichen Teil der Stadt zutreffende Tatbestände zu umreißen.

In einem Schlußkommuniqué über die Ergebnisse seiner Klausurtagung spricht sich der Landesvorstand für eine engere Zusammenarbeit mit der „DDR" aus. In der innerdeutschen Politik sei „mehr Phantasie" erforderlich. Wie die WELT erfuhr, sind bei den ausführlichen Debatten über eine neue Zukunftsperspektive West-Berlins auch Äußerungen gefallen, die auf eine denkbare „Integration" der Stadt in die „DDR" hinausliefen. So sprach der Kreisvorsitzende des Bezirks Charlottenburg, Erhart Körting, zumindest von einer stärkeren wirtschaftlichen Kooperation West-Berlins mit der „DDR". Tendenziell hieß es in der Debatte verschiedentlich, die „Insel" könne sich auf Dauer nicht das Meer zum politischen Feind machen. Eine ähnliche Formulierung hatte früher der später entmachtete Nikita Chruschtschow im Hinblick auf die Berlin-Frage geprägt.

Den Berichten von der Tagung zufolge, die offenbar den Beginn einer neuen Deutschland- und Berlin-Politik der Sozialdemokraten markiert, griffen der frühere Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe sowie sein damaliger Sprecher und Kanzleichef Peter Sötje zügelnd in die Debatte ein. Wortführer des „neuen Kurses" sind der frühere Bundessenator Gerhard Heimann sowie der Ex-Fraktionschef der SPD und heutige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Alexander Longolius.

Auf Anfrage äußerte Berlins Bundessenator Professor Rupert Scholz seine Betroffenheit über die Trends sozialdemokratischer Berlin-Politik: „Sie tragen den Statusbesonderheiten wohl kaum Rechnung." Die SPD solle sich – zumal in Berlin – „sehr davor hüten, statussichernde Gegebenheiten zu vernachlässigen." Er bekomme eine „Gänsehaut, wenn ich mir vorstelle, derartige Dinge stünden einmal in der Regierungserklärung eines Regierenden Bürgermeisters der SPD", fügte Scholz hinzu.

Auf der Grundlage eines Papiers zur Friedenspolitik, das ein SPD-Fachausschuß ausgearbeitet hatte, nahm der Landesvorstand auch zur Sicherheitspolitik Stellung. Darin wird zwar die feste Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis angesichts des fortdauernden Hegemonialdrucks der UdSSR für „unverzichtbar" erklärt, zugleich jedoch abermals scharfe Kritik an der Politik Ronald Reagans geäußert. Zwar gebe es ohne das US-Engagement in Europa – „ganz besonders in Berlin (West)" – keine Sicherheit, aber Washington betreibe eine „auf Konfrontation gerichtete Politik".

USA fordern Aufklärung über Mord an Aquino

AFP/AP, Los Angeles/Manila

Die amerikanische Regierung fordert von den Philippinen eine schnelle Aufklärung des Mordes an Oppositionsführer Benigno Aquino. Außerdem ließ das Weiße Haus durchblicken, daß der für Anfang November geplante Besuch von Präsident Reagan verschoben werden könnte.

Auf Fragen von Journalisten hatte Reagan erklärt, er habe diese Frage noch nicht im Detail prüfen können, er werde jedoch bald eine Entscheidung fällen. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erklärte dazu in Los Angeles, er sehe derzeit keine Umstände, die zu einer Verschiebung der Reise führen könnten. Man werde Reagan aber in keine Situation geraten lassen, die für ihn mit Gefahren verbunden wäre.

Die Untersuchungen des Mordes an Aquino haben auch gestern noch nicht zu einer Identifizierung des Täters geführt. Präsident Ferdinand Marcos erklärte, es gebe Anzeichen, daß er einer subversiven Gruppe angehört habe. Bei den untersuchenden Stellen sei die Hypothese aufgestellt worden, hinter dem Mord könnten die Kommunisten stehen, die damit die Regierung in Mißkredit hätten bringen wollen.

Vor Journalisten wies Marcos den von der Opposition erhobenen Vorwurf zurück, er persönlich sei für den Mord verantwortlich. Die Regierung sei sich aber klar darüber, daß das Attentat einen Schatten auf sie werfe. Wenn es ihm wirklich um eine Ausschaltung Aquinos gegangen wäre, hätte es andere Wege gegeben, dies zu tun, erklärte Marcos.

US-Marinebasis in Honduras im Gespräch

rtr/dpa. Tegucigalpa/San Salvador

Die honduranische Regierung drängt nach Angaben diplomatischer Kreise auf die Einrichtung eines ständigen US-Marinestützpunktes auf ihrem Territorium, wenn die derzeit laufenden amerikanisch-honduranischen Manöver beendet sind. Als mögliche Basis ist der ehemalige US-Marinestützpunkt während des Zweiten Weltkriegs, Puerto Castilla, im Gespräch. Die gemeinsamen Manöver, an denen über 5000 amerikanische und etwa 6000 honduranische Soldaten teilnehmen sollen, waren Anfang August angelaufen und sollen sechs bis acht Monate dauern.

Der neue Außenminister von Guatemala, Fernando Andrade, hat die Kontinuität der Außenpolitik seines Landes auch nach dem Sturz von General Efrain Rios Montt betont. Andrade, der gestern in Nicaragua eintraf, hatte zuvor El Salvador und Honduras besucht. In einem Kommuniqué in El Salvador hieß es, Guatemala strebe mit anderen mittelamerikanischen Staaten eine enge Zusammenarbeit an.

Die verfassunggebende Versammlung von El Salvador hat es abgelehnt, die 3,4 Millionen Dollar Wahlhilfe anzunehmen, die von der US-Regierung für das kommende Jahr bereitgestellt worden sind. Zahlreiche Abgeordnete äußerten Bedenken, daß mit der Annahme die „nationale Souveränität" auf dem Spiel stehe. Kritisiert wurden auch die Bedingungen nach Einhaltung demokratischer Regeln, die Washington an die Zahlung der Wahlhilfe geknüpft hatte.

Sonntag will Israel Rückzug beginnen

Jerusalems Truppen wollen Schufberge räumen / Dschumblatt droht Präsident Gemayel

DW. Tel Aviv/Beirut

Israel wird nach einer Meldung seines staatlichen Rundfunks schon am kommenden Sonntag mit dem angekündigten Teilrückzug seiner Truppen in Libanon beginnen. Der Sender berichtete, daß der Truppenabzug aus dem Schuf-Gebirge bei Beirut bis zum 7. September abgeschlossen werden soll.

Die Rückverlegung der israelischen Streitkräfte auf Positionen südlich von Beirut wird von der Armee mit der Notwendigkeit einer Verringerung der Personalstärke in Libanon sowie mit der Möglichkeit begründet, die Soldaten besser vor Anschlägen zu schützen. Unterdessen gingen in den Schuf-Bergen die Kämpfe zwischen christlichen und drusischen Milizen unvermittelt weiter.

Der amerikanische Nahost-Sonderbeauftragte Robert McFarlane hat seine Bemühungen um einen Abzug aller fremder Truppen aus Libanon in Gesprächen mit der Regierung in Beirut fortgesetzt. Er konferierte nach offiziellen Angaben mit Ministerpräsident Wazzan, Parlamentspräsident Assad sowie Außenminister Salem. Dabei dürfte nach Ansicht politischer Beobachter auch der bevorstehende Teilrückzug israelischer Truppen in Libanon erörtert worden sein.

Präsident Amin Gemayel möchte, daß die neuformierte libanesische Armee in die von Israel geräumten Gebiete einrückt. Der Drusenführer Walid Dschumblatt, dessen Milizen Teile der Schuf-Berge beherrschen, hat jedoch wiederholt seinen Widerstand gegen diese Pläne angekündigt.

Der SPD-Politiker und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestags, Hans-Jürgen Wischnewski, der sich zur Zeit auf einer Nahost-Reise befindet, hat nach einer Meldung der saudischen Presseagentur die Siedlungspolitik Israels in den besetzten Gebieten kritisiert und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser unterstützt. Wischnewski, der sich gestern zu politischen Gesprächen in Saudi-Arabien aufhielt, hat der gleichen Meldung zufolge den Abzug aller ausländischen Truppen aus Libanon gefordert, damit die Regierung in Beirut die Souveränität über das ganze Land zurückerlangen und sich um die Beilegung der inneren Streitigkeiten kümmern könne.

Der liberianische Präsident Samuel Doe ist gestern zu Gesprächen mit der israelischen Regierung in Jerusalem eingetroffen. Doe ist das erste afrikanische Staatsoberhaupt, das seit mehr als zehn Jahren Israel besucht.

Spranger: Wehrlosigkeit verleitet zu Erpressung

CSU-Politiker geht mit „Friedensbewegung ins Gericht"

DW. Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), hat der „Friedensbewegung" das Recht auf ihren Namen abgesprochen. In einem Interview des Evangelischen Pressedienstes (epd) begründete Spranger dies gestern mit der „Einseitigkeit" der „Friedensbewegung", ihrer „Realitätsferne und Mißachtung der ethischen Grundlagen der Verteidigungspolitik des freien Westens".

Die Verwirklichung ihrer Forderungen bedeute „Wehrlosigkeit, die nicht Frieden schafft, sondern einen aggressiven Gegner zu politischer Erpressung, wenn nicht zu militärischem Angriff" verleite. Spranger erneuerte zugleich den Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung der „Friedensbewegung". Diese sei im Bundesverfassungsschutzbericht 1982 deutlichgemacht worden.

Auf die Frage, warum er Kritiker der Bundesregierung mit Kommunismus in Verbindung bringe, antwortete der CSU-Politiker, er nehme sich „lediglich das Recht heraus, die beim Namen zu nennen und zu kritisieren, die die freiheits- und menschenrechtssichernde, im besten Sinne christliche Verteidigungspolitik der Bundesregierung mit den Propagandabehauptungen der freiheits- und menschenverachtenden, atheistischen Diktaturen des Kommunismus angreifen".

Es sei ihm, so Spranger, unverständlich, daß „traditionsreiche demokratische Institutionen" sich in der „Friedensbewegung" auf eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen einließen.

Die vorgesehene Verschärfung der Strafbestimmungen für Landfriedensbruch verteidigte der Staatssekretär mit dem Hinweis auf „700 unfriedlich verlaufene Demonstrationen in den letzten drei Jahren". Er sprach sich auch ausdrücklich für die Einführung eines Vermummungsverbotes bei Demonstrationen aus. Es sei unverantwortlich, wenn der Staat es nach den Erfahrungen der letzten Jahre weiter hinnehme, daß Straftaten bei Demonstrationen durch Vermummung und passive Bewaffnung systematisch geplant und ausgeführt werden könnten.

Grüne: Hecker soll zurücktreten

Abgeordneter erbat sich erneut Bedenkzeit / Fraktion möchte Fall endlich abschließen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat gestern erneut ihren Abgeordneten Klaus Hecker aufgefordert, als Vorsitzender des Forschungsausschusses des Parlaments zurückzutreten und sein Mandat niederzulegen. Nach einer stundenlangen Debatte fiel dieser Beschluß mit 17 gegen zehn Stimmen. Die Fraktion zog damit die Konsequenz aus einem wiederholten Fehlverhalten des 53jährigen. Durch ein in die Öffentlichkeit geratenes internes Flugblatt von drei Mitarbeiterinnen war bekanntgeworden, daß der Abgeordnete sie sexuell belästigt hatte.

Hecker selbst bat sich noch einmal eine Bedenkzeit von 48 Stunden aus. Er hatte jedoch vorher deutlich gemacht, daß er sich einem Beschluß der Fraktion, der auf der ersten regulären Sitzung nach der Sommerpause in der nächsten Woche bestätigt werden soll, beugen werde.

Der „Busengreifer" war am Morgen zu der nichtöffentlichen Sitzung mit dem Willen gekommen, an seinem über Platz eins der hessischen Landesliste erworbenen Mandat festzuhalten. Er hatte sich lediglich zu Beginn noch einmal kurz zu seinem Fehlverhalten bekannt. Die Folge war eine stundenlange Diskussion. Sie bekam zusätzliche Brisanz durch einen während der Debatte verbreiteten vertraulichen Brief an die Grünen. In ihm hatten zwei Frauen berichtet, daß auch sie von Hecker in dessen hessischer Heimat vor seinem Einzug in den Bundestag belästigt worden waren.

Am Mittag mußte die ursprünglich nur kurz vorgesehene Verhandlung dieses Tagesordnungspunktes für eine Stunde unterbrochen werden. In dieser Zeit beriet sich Hecker mit seinem „Nachrücker" Milan Horacek. Fraktionssprecher Georg Dick meinte gegenüber der WELT, man habe „kein Interesse" an einem fortdauernden „Fall Hecker". Wohl aber setzten sich die Grünen dafür ein, daß das Thema Sexismus in der Debatte bleibe.

Als Nachfolger von Hecker im einzigen von den Grünen geführten Parlamentsgremium, dem Forschungsausschuß, sind Wolfgang Ehmke und Erika Hickel im Gespräch. Vor zwei Wochen hatte sich die Fraktion erstmals mit dem Fall befaßt und Hecker eine gestern ausgelaufene Bedenkzeit eingeräumt. Damals war mit 16 gegen vier Stimmen sein Rücktritt gefordert worden.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mehr dagegen, mehr dafür

Von Rüdiger Moniac

Die gesetzliche Neuregelung der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern, von der Regierung Kohl/Genscher ins Werk gesetzt, hat die daran geknüpften Erwartungen nicht in dem gewünschten Maße erfüllt. Die Verlängerung der Zivildienstzeit von 16 auf 20 Monate war auch darin begründet, alle potentiellen Antragsteller wegen der in Aussicht gestellten größeren zeitlichen Belastung abermals zu einer sehr genauen Prüfung ihrer Gewissen zu veranlassen, was den Rekrutendienst in der Bundeswehr betrifft. Dieser Effekt schlägt in den jetzt vorliegenden Antragszahlen für das erste Halbjahr 1983 kaum oder gar nicht durch.

Von Januar bis einschließlich Juni haben 46 241 junge Männer Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. In der vergleichbaren Vorjahreszeit waren es 34 566. Im letzten Juli hielt die steigende Tendenz mit 5068 Anträgen an. Im Juli 1982 waren es 3202 Anträge gewesen.

Diese Zahlen kontrastieren scharf mit einer anderen Entwicklung: Die Bundeswehr vermag die Zahl der freiwilligen Bewerber nicht aufzunehmen. Die Meldungen übersteigen bei weitem den Bedarf der Truppe. Diese Gegenläufigkeit verbietet eine einfache Erklärung. Wahrscheinlich aber hängt der Andrang zur Bundeswehr mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit zusammen.

Welcher Schluß ergibt sich aus alledem? Daß das Verhältnis der Jugend zur wehrhaften Demokratie immer stärker in die Brüche geht? Oder daß der Arbeitsmarkt das Gewissen reguliert? Im Augenblick findet eine Massenhysterisierung statt, die ihren Tiefpunkt in Lafontaines Behauptung gefunden hat, nur wer verweigere, handle moralisch. Außerdem wird unter der Hand geflüstert, daß es sowieso nicht genug Zivildienststellen gebe. Und schließlich wird ja die Gewissensprüfung immer mehr gelockert. Daß in all diesem Druck – vorerst – immer noch genug junge Menschen den Sinn des Wehrdienstes einsehen, bleibt als tröstliches Fazit.

Ein See verschwindet

Von Dankwart Guratzsch

Die jüngsten sowjetischen Äußerungen über den Aral-See, das drittgrößte Binnengewässer der Welt, sind schwer zu durchschauen. Der Abdruck in der Moskauer Zeitung „Moscow News" beweist, daß sie für den Westen bestimmt sind. Aber sie enthalten auch Warnungen und Anklagen an die eigene Adresse. Dahinter könnte sich ein Machtkampf nicht nur von rivalisierenden wissenschaftlichen Schulen, sondern auch von Gruppierungen des Politbüros verbergen.

Der Aral-See trocknet aus und verwandelt sich in eine staubige Salzwüste, wird argumentiert. Aber die Schuld wird diesmal nicht allein dem Klima, sondern einer verfehlten, naturzerstörerischen Politik gegeben. Städte und Landwirtschaft entnähmen den beiden Strömen, die das Meer speisen, Amu Darja und Syr Darja, zuviel Wasser. Die Folgen seien ein Fischsterben und Salzverwehungen auf den Äckern der Kolchosen.

Was sich auf den ersten Blick wie eine Anklage gegen Industrialisierung und landwirtschaftliche Expansion liest, wird dann jedoch zu einem Plädoyer für die Umleitung von Wassermassen aus den sibirischen Strömen Ob und Irtysch in den Aral-See. Der Bericht der sowjetischen Zeitung vermittelt den Eindruck, als gingen diese Pläne der Verwirklichung entgegen. Aber auch sie sind in der Sowjetunion nicht unumstritten.

In Berichten von 1976 und 1978 hatten sowjetische Forscher davor gewarnt, daß es bei einer Umleitung der Ströme in Sibirien zu einer noch größeren Umweltkatastrophe kommen könnte, wenn nämlich wasserarme Gebiete austrocknen und riesige arktische Biotope zerstört würden. Als letzter hatte im vergangenen Jahr der Russe Viktor Sacharow auf die Bedeutung des Süßwassers aus den Riesenströmen für die Erhaltung des arktischen Eispanzers und damit für die Stabilität des Klimas in der gesamten nördlichen Hemisphäre hingewiesen.

Mit dem Abdruck der Schreckensmeldungen vom Aral-See könnte jetzt der Versuch gemacht werden, derartige Besorgnisse zu verdrängen und den größten Natureingriff von Menschenhand ins Werk zu setzen. Westliche Wissenschaftler befürchten katastrophale Auswirkungen auf Europa und Nordamerika. Der russische Artikel muß sie in Alarmbereitschaft versetzen.

Rein hypothetisch

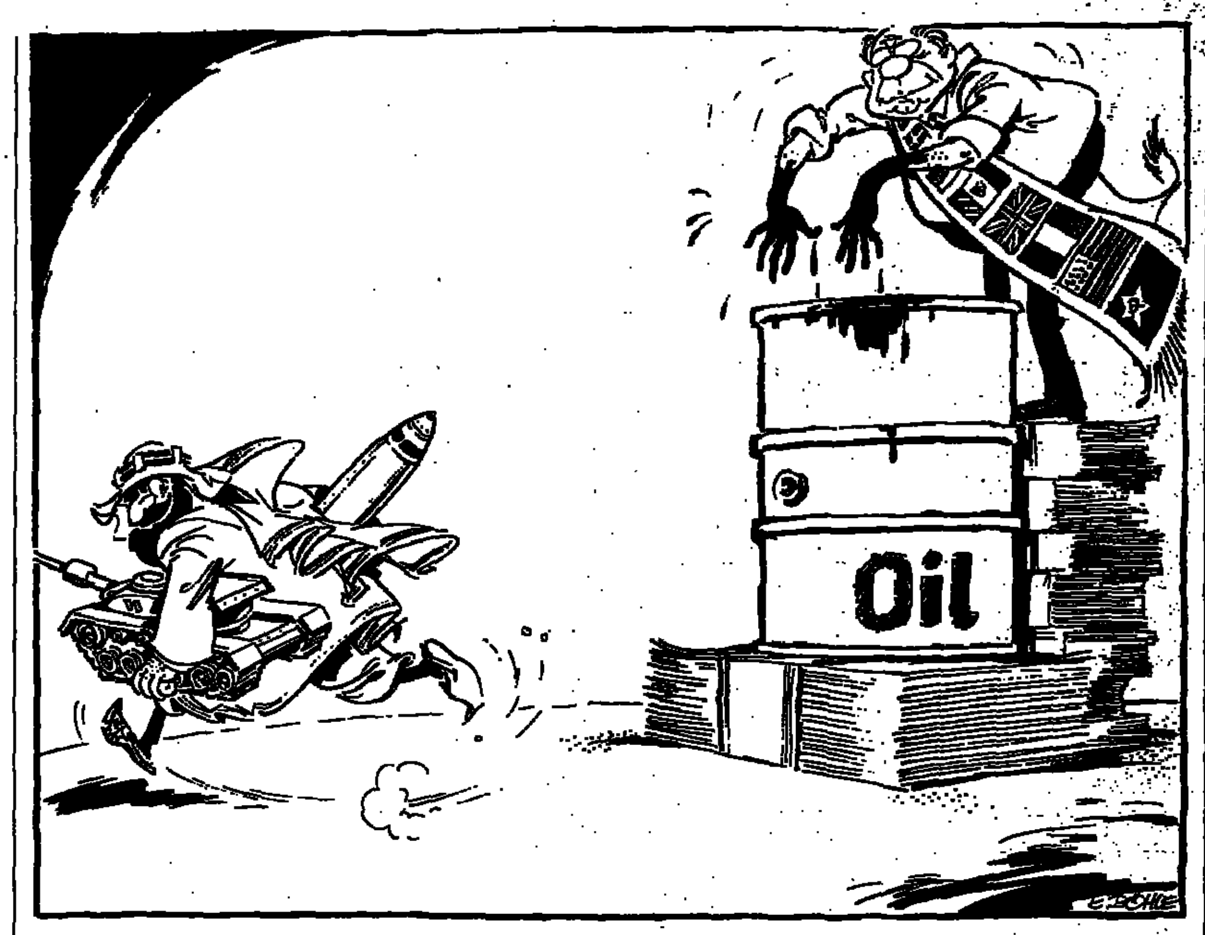
Von Leonid Hoerschelmann

Über die berühmte „Schweigespirale" von Elisabeth Noelle-Neumann und über ihre Untersuchung der Zusammenhänge zwischen der Fernsehberichterstattung und dem großen sozialliberalen Wahlsieg von 1976 ist eigentlich schon genug geredet worden. Nun taucht aber mit standesgemäßer Verspätung eine „Widerlegung" von so ergreifender Schlichtheit auf, daß sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf.

Der Bielefelder Medienprofessor Klaus Merten stellt (in einem Aufsatz für die „Media Perspektiven") zunächst fest, nicht Rundfunk und Fernsehen, sondern die deutsche Presse insgesamt habe damals verzerrt und unausgewogen berichtet und tue dies immer noch: zugunsten der CDU, zu Lasten der SPD. Das klingt so: „Die Presse instrumentalisiert, so muß das vorsichtige Resümee lauten, durch Abweichung von einer Gleichbehandlung der Parteien in der Berichterstattung und durch Ausdruck organeigener Präferenzen ein Wirkungspotential, das die SPD bei Bundestagswahlen benachteiligt."

Was dagegen die von Noelle-Neumann nachgewiesene Beziehung zwischen Fernsehkonsum und SPD-Wählerpräferenz betrifft, so gebe es dafür sehr wohl auch andere Möglichkeiten der Erklärung, als sie die Mainzer Kollegin anführe. Der Mann aus Bielefeld nennt gleich deren vier und bezeichnet sie alle als „rein hypothetisch". Gleichwohl ist leicht zu erkennen, daß die vierte es ihm besonders angetan hat. Sie lautet: „Das Fernsehen berichtet neutral und ausgewogen, aber Argumente von links wirken auf die Dauer überzeugender und / oder sind zeitgemäßer als Argumente von rechts."

Der Ausgang der Bundestagswahl von 1983, so muß logisch geschlossen werden, ist demnach auf einen Ausbruch epidemischer Böswilligkeit unter den deutschen Wählern zurückzuführen. Dieser Ausbruch scheint für den Professor eine große Überraschung gewesen zu sein, denn er findet in seinen Darlegungen noch keine Erwähnung. Aber gemach, wenn er sich wiederum sieben Jahre Zeit läßt, kommt er uns 1990 vielleicht mit der rein hypothetischen „Bockigkeitsspirale".



Pilatus '83

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Seneca im Tunnel

Von Peter R. Hofstätter

In Bajae, dem fashionablen Badeort, war es dem 68jährigen Philosophen zu laut. Er kehrte deshalb schon bald wieder nach Neapel zurück. Da aber im Golf von Pozzuoli mit bewegter See zu rechnen war, wählte er den etwa fünfundzwanzig Kilometer weiteren Landweg, der durch die ihm noch unbekannte „Crypta Neapolitana" führte. Das war der ungefähr siebenhundert Meter lange Tunnel, den Kaiser Augustus durch das poröse Gestein des Vorgebirges Posilippo hatte hauen lassen. Die Straße war vier bis fünf Meter breit, so daß man ganz bequem mit dem Wagen fahren konnte.

Allerdings scheint Seneca, der ohnedies zu Asthma-Anfällen neigte, an diesem Tage Pech gehabt zu haben. Im Tunnel waren Arbeiten im Gange, die so viel Staub aufwirbelten, daß die Fackeln in der Dunkelheit kaum zu erkennen waren. Da es außerdem keine Ventilation gab, erschien ihm „das Verlies endlos lang"; er fühlte sich mit einem Mal bedrückt in dieser „schauerlichen Umgebung" und war daher sehr erleichtert, als er schließlich ans Tageslicht kam.

Nein, eigentliche Angst sei das bei ihm nicht gewesen, versicherte er später brieflich einem seiner Anhänger, aber doch eben ein plötzliches Erschrecken, oder auch eine „naturbedingte Erregung". Davor ist nach stoischer Lehre auch „der Weise" nicht gefeit, jedoch obliegt es diesem, sich selbst darüber Rechenschaft zu geben. Senecas Selbstgespräch führte sehr schnell auf den wesentlichen Punkt: „Was macht es denn für einen Unterschied aus, ob über jemandem ein Wächterhäuschen einstürzt oder ein ganzer Berg, wenn das tödliche Ergebnis doch in beiden Fällen das gleiche ist?" Es gibt keinen; „dennoch wird man immer Leute finden, die den Bergsturz mehr fürchten, weil die Angst sich nicht am Resultat, sondern an den wirkenden Kräften orientiert". Das aber sei töricht.

Gewiß gibt es auch heute nicht wenige Leute, denen es auf der Fahrt durch einen der langen Alpentunnel oder durch den Hamburger Elbtunnel wenigstens insoweit bange wird, als sie froh sind, wenn sie wieder das Tageslicht erblicken. Ungleich wichtiger sind jedoch die von den Arrangeuren der Unterwerfungsbewegung so eifrig geschürten Ängste vor dem Tod durch Atomwaffen, der – genau betrachtet – kaum schlimmer sein kann als das Erschlagenwerden mit einem Faustkeil. Wenn schon geschieden sein muß, spräche vielleicht sogar manches für den schnelleren Tod.

Da sind sie wieder: das einstürzende Wächterhäuschen und der Bergrutsch, durch die man ums Leben kommen kann. Wer sich von der Schaffung atomwaffenfreier Zonen ein höheres Maß an persönlicher Sicherheit verspricht, denkt dabei offenbar weder an die Bombennächte des II. Weltkrieges noch an die Kriegsgreuel der Menschheitsgeschichte vor Hiroshima, und schon gar nicht an das traditionelle Los der Besiegten: die Sklaverei. Dabei war es der Präsident der medizinischen Vereinigung Japans, Taro Takemi, der im Blatt der US-Ärztevereinigung jetzt zum Jahrestag des Bombenabwurfs auf Hiroshima schrieb: „Wenn man berücksichtigt, daß die japanischen Militärs ohne den Abwurf der Bombe vielleicht das ganze Volk geopfert hätten, dann kann man sagen, daß die Bombe Japan gerettet hat." Und: „Ich glaube, daß die Mehrheit der Japaner meine Ansicht teilt."

Überlegungen dieser Art werden von den Arrangeuren der Unterwerfungsbewegung als „zynisch" verpönt, denn diese Leute rechnen mit dem unmittelbaren, Vernunftgründen kaum zugänglichen Erschrecken bei dem Gedanken an die vernichtende Wirkung eines nuklearen Sprengkörpers. Dieses Erschrecken gilt es daher zu pflegen und – wie den „großen hysterischen Anfall" von dazumal (den arc de cercle nach Charcot) – sogar einzuüben. Auf ein Zeichen brechen viele zusammen, wobei sie in sich das Gefühl hegen, der Vernichtung preisgegeben zu sein.



Ein Berg oder ein Wächterhäuschen: Seneca FOTO: DIE WELT

Tränen stellen sich ein, man zittert am ganzen Leib und fühlt sich von Schwindel erfaßt wie beim Blick in einen schauerlichen Abgrund.

Das alles muß unentrinnbar und ganz natürlich wirken; also muß man es gründlich einstudieren. Was sich mittlerweile unter dem rechtlichen Schutz von „Demonstrationen" abspielt, ist agitatorisches Theater bzw. jeweils ein „Lehrstück" im Sinne von Bert Brechts Theorie. Es lehre dadurch, so heißt es, „daß es gespielt, nicht dadurch, daß es gesehen wird", denn es liege ihm „die Erwartung zugrunde, daß der Spielende durch die Durchführung bestimmter Handlungsweisen, Einnahme bestimmter Haltungen, Wiedergabe bestimmter Reden und so weiter gesellschaftlich beeinflußt werden kann".

Natürlich kennen die Arrangeure nicht nur dieses Rezept der Mobilisierung, sondern auch das Protokoll der Ostermarschierer vom Mai 1961, in dem deren Zentraler Ausschuß feststellte, „es wird nötig, systematisch und nach den Gesetzen der modernen Werbe-Psychologie vorzugehen, wenn wir überhaupt einen Einbruch in das öffentliche Bewußtsein erzielen wollen". Einer der Arrangeure, Professor Richter, hat diesen Text seinen Basisgruppen für die Entwicklung ihrer „Fähigkeit zum Ungehorsam" ausdrücklich empfohlen.

Die Regieanweisungen für das zur Emotionalisierung bestimmte, dabei aber eiskalt kalkulierte Straßentheater sind bekannt, und sie werden – wo es um „Einübung" und um „Proben" geht – nicht einmal verleugnet. Inwieweit sich allerdings solche Darbietungen agitatorischen Charakters auf das Demonstrationsrecht berufen können, wäre wahrscheinlich einer Überprüfung wert.

Keinesfalls artikuliert oder gar einer psychologischen Analyse unterzogen werden darf jedoch die emotionsträchtige Vorstellung, mit deren Hilfe sich die Mitspieler relativ leicht gewinnen lassen. Das ist Senecas „Bergsturz", der so gewaltig und einzigartig erscheint, als gebe es daneben überhaupt keine andere Möglichkeit, ums Leben zu kommen – und als wäre daher „Atomwaffenfreiheit" auch schon gleichbedeutend mit einer Garantie der eigenen Unversehrtheit. Das ist in der Tat die „Werbe-Psychologie" des Grauens; sie operiert mit der Erweckung falscher Hoffnungen und zielt mit ihrer Regie auf lokale Ausbrüche großer Anfälle ab.

IM GESPRÄCH Alfredo Stroessner

Señor Neunzig Prozent

Von Manfred Neuber

Der Patriarch von Paraguay, General Alfredo Stroessner (70), wankt; aber er weicht nicht von der Spitze des armen südamerikanischen Agrarstaates. Am 15. August hat der deutschstämmige Präsident seine siebente Amtszeit in Asunción angetreten.

Anscheinend genießt Stroessner nicht mehr das uneingeschränkte Vertrauen der Vereinigten Staaten. Als er sich ein weiteres Mal die Amtsschärpe umlegte, fehlte diesmal bei dieser Zeremonie die sonst eigens aus Washington angereiste Sonderdelegation.

Im Mai 1954 durch einen Putsch an die Macht gekommen, regierte er die ersten zehn Jahre mit harter Hand. Nach 1963 wurde die Diktatur zunehmend gelockert; das Stroessner-Regime bemühte sich um eine demokratische Fassade.

Seine „Wiederwahl" im Wechsel von fünf Jahren bringt stets Resultate von totalitärer Höhe. „Mehr als 90 Prozent" bereits fünf Stunden nach Schließung der Wahllokale in einem rückständigen Lande, das mußte auch im Februar dieses Jahres wieder Zweifel wecken. Gönnerhaft räumt Stroessner der Opposition ein Drittel der Parlamentssitze ein, auch wenn sie weniger als ein Drittel der Stimmen erhält.

Der dienstälteste Staatschef der Welt sieht auf Kontinuität bis zur Erstarrung seines Regimes. In den vergangenen 20 Jahren hat er nur einen Minister ausgewechselt, in dem er einen Rivalen erblickte, und nur zwei Kabinettsmitglieder schieden durch Tod und Krankheit aus.

Stroessners Macht beruht auf der Armee und seiner Colorado-Partei. Je näher das Ende der Stroessner-Ära heranrückt, desto mehr Gefolgsleute gehen auf Distanz zum Präsidenten. Diese Abkehr vom System reicht unter Geschäftsleuten, die nicht von den Pfründen des Staates profitieren, bis zu offener Kritik.

Die politische Opposition in Paraguay ist machtlos – wer von Stroessners Gegnern nicht ins Exil entkam, verschwand in Gefängnissen. Etliche Politiker, die als Opposition auftreten, wurden vom Regime „gekauft". Ernsthaften Widerpart leistet die katholische Kirche, die Stroessner anfangs unterstützte.



Das Nachfolgegerangel beginnt: Paraguays Stroessner FOTO: SVEN SIMON

Wer soll die Nachfolge des Generals antreten? Alle Spekulationen, ein Stroessner-Sohn könnte eine Dynastie etablieren, sind zerstoben. Der alte Haudegen mit bayerischen Vorfahren sinnt wohl darauf, einen Militär seines Vertrauens als politischen Erben einzusetzen.

Auf das Binnenland am Paraná-Strom kommen – so oder so – unruhige Zeiten zu: Die goldenen Jahre, da Paraguay vom Bau des größten Wasserkraftwerkes der Welt, dem Gemeinschaftsprojekt Itaipú mit Brasilien, profitierte, sind vorbei. Die Rezession in den Nachbarstaaten steckt an: Steigende Inflation und Arbeitslosigkeit, sinkende Auslastung der Industrie und 1983 erstmals ein Handelsdefizit verschärfen die sozialen Spannungen.

Vor diesen heraufziehenden Unbilden hegt der Dauerherrscher noch zwei Wünsche: einen Staatsbesuch in Bonn und eine Visite des Papstes in Paraguay.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Mannheimer MORGEN

Hier heißt es zum Mutterschaftsgeld:

Blüm trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er meint, daß die Regierungspolitik berechenbar bleiben müsse und die Akteure sich unglaubwürdig machen würden, wollten sie im letzten Moment Angst vor der eignen Courage bekommen. Das müßte bei den Bürgern, denen man eine Wende von der Flickschusterei früherer Jahre versprochen hatte, einen fatalen Eindruck hinterlassen.

Nordwest-Zeitung

Zum „DDR"-Kredit heißt es im Oldenburger Blatt:

Wenn Ost-Berlin und Moskau auf eine solche Zusammenarbeit erpicht sind, um polnische Zustände in der DDR zu vermeiden, so kann ihnen an der oft befürchteten „Vereisung" nicht gelegen sein, die für den Fall der Nachrüstung gelegentlich angedroht wird. Denn mit Devisen-Sorgen, die nur Bonn mildern kann und will, wird die DDR noch lange zu tun haben.

Kölnische Rundschau

Zum NRW-Kultusministerbrief an die Lehrer bemerkt die Zeitung:

Zumindest nach dem Willen der mittelrheinischen Sozialdemokraten sollte in der Friedenswoche im Oktober an den Schulen kräftig mitgemischt werden. In einer Materialmappe für die Aktionstage haben die Genossen minutiös Vorschläge parat gelegt, wie an den Schulen diskutiert und agiert werden sollte. Daraus wird wohl nun nichts. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn hat gegen solche Absichten eindeutig Front bezogen. In einem zwei Seiten langen Brief an alle Lehrerinnen und Lehrer des Landes hat er klargestellt, daß die Schulen sich zwar nicht der Diskussion verschließen dürften, daß sie die jungen Menschen befähigen müßten, sich ein selbständiges Urteil zu bilden, daß sie selbst aber nicht zum Ort politischer Auseinandersetzung werden dürften. Gleichzeitig hat der Minister damit aber auch die eigenen SPD-Parteifreunde in die Schranken gewiesen. Als erster Kultusminiser der Bundesrepublik hat er auf die besondere Verantwortung der Schule bei den möglicherweise anstehenden scharfen Auseinandersetzungen um Nachrüstung im Herbst klar Stellung bezogen.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Zu Polen warnt das Kasseler Blatt:

Der August ist für Staaten im östlichen Machtbereich ein schicksalhafter Monat. In (Ost-)Berlin wurde die Mauer der Abgrenzung gebaut. In Prag wurde die zarte Frühlingsblume der Hoffnung zertrampelt. In Polen bildet sich wider alle Erfahrung und Vernunft eine Bewegung neuer Zuversicht, die nur einen einzigen Sommer überlebte. Die Ereignisese in der DDR und in der Tschechoslowakei sind bereits Geschichte. Doch das Warschauer Regime hat noch Grund, das Gedenken eines heroischen Datums zu fürchten.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zu Brandts Moratoriumsvorschlag heißt es:

Gefährlich ist der Vorstoß des SPD-Vorsitzenden Brandt, der schon heute, bevor in Genf die Unterhändler wieder zur Sache gehen, einem Raketen-Moratorium das Wort redet. Gerade der Exkanzler sollte wissen, daß es zum sowjetischen Verhandlungsstil gehört, Zugeständnisse erst in letzter Minute zu machen und Vorleistungen nicht zu honorieren. Wenn der Kreml sicher ist, daß keine Raketen in Westeuropa aufgestellt werden, dann fällt der Zwang weg, auch nur eine einzige SS 20 zu verschrotten.

Das riskante Spiel mit der Verfassung von Pakistan

Acht Parteien gegen einen Militärdiktator / Von Marta Weidenhiller

Pakistans Staatschef Ziaul Haq kann keine Siege mehr verbuchen, er muß Niederlagen einstekken. Nach dem Putsch des Jahres 1977 sah es so aus, als ob das Volk sich damit abfinde, wieder einmal von Militärs regiert zu werden. Saudiarabische Hilfe half der Wirtschaft auf die Beine, die Afghanistan-Krise ließ die Pakistani enger zusammenrücken und sie drängte Zia in eine staatsmännische Rolle, die er geschickt zu spielen verstand.

Jetzt aber hat er das Volk gegen sich aufgebracht. Eine Kampagne des zivilen Ungehorsams durchzieht das Land, Protest erhebt sich, Gewalt bleibt nicht aus. Die Initiative geht von der „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" (MRD) aus, die acht Parteien umfaßt. Sie fordert eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie, wie sie die Verfassung von 1973 vorsieht.

Zia hätte am liebsten diese Verfassung ganz abgeschafft, zumindest aber den Militärs ein Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozeß qua Verfassung eingeräumt. Weder das eine noch das andere ist ihm gelungen. Dennoch strebt er tiefgreifende Veränderungen an, die die Befugnisse des Präsidenten erweitern, die des Ministerpräsidenten schwächen und die Militärs berücksichtigen. „Mit den drastischen Änderungen will er seine Herrschaft verewigen", prophezeite die MRD. Dagegen begehrt sie auf, trotz Kriegsrechts, trotz Parteien- und Versammlungsverbots.

Die wichtigsten Änderungen sind:

1. Chef der Exekutive ist der Präsident (bisher der Premier). Der Präsident ernennt den Premier, der die Mehrheit des Parlaments hinter sich haben muß.

2. Der Präsident kann das Parlament auflösen und innerhalb von 75 Tagen Neuwahlen ausschreiben.

3. Der Präsident kann Gesetze ablehnen; offen aber bleibt, wer gegen sein Veto Einspruch erheben kann.

4. Ein nationaler Sicherheitsrat wird geschaffen. Dem Vernehmen nach sollen ihm sechs bis sieben Mitglieder angehören, wobei die Majorität der Militärs gesichert ist.

Die Streitkräfte tragen Zia, und er hat sie sich verpflichtet – durch mancherlei Privilegien und materielle Vorteile. So können Generäle und Offiziere zollfrei Autos einführen (und sie lukrativ weiterverkaufen) und billig Ländereien erwerben. Arbeiten sie in der Kriegsrechtsverwaltung, was das Rotationsprinzip ihnen wenigstens zeitweise sichert, erhalten sie zusätzlich zu ihren Gehältern eine „Entschädigung".

Weniger geschickt verhielt sich Zia gegenüber den Parteien. Bis zum 23. März 1985 sollen Wahlen stattfinden – zunächst auf kommunaler, dann auf Provinz- und schließlich auf Bundesebene. Offen ist, ob Zia die Parteien teilnehmen läßt. Verschließt er sich ihnen, kann er kaum damit rechnen, daß die von ihm angestrebten Änderungen die nötige parlamentarische Unterstützung finden.

Seit Jahren ist ein „islamisches System" für Pakistan im Gespräch, obwohl die Verfassung von 1973 viele islamische Elemente enthält. Allgemein war damit gerechnet worden, daß Zia bei seiner jüngsten Ankündigung am 12. August Einzelheiten dieser „islamischen Demokratio" verkünden werde. Seine Vorstellungen deckten sich ganz offensichtlich nicht mit denen der von ihm eingesetzten Kommissionen. Auch die Parteien, der „Rat für Islamische Ideologie" und das Beratungsgremium (Majlis-i-Shura) stimmten Zias Interpretation eines solchen Systems nicht oder nur teilweise zu.

Mit einem „islamischen System" verband Zia zwei Ziele: Die Herrschaft der Militärs zu legitimieren und – darin decken sich die Vorstellungen der Traditionalisten mit den Vorstellungen Zias – dem Präsidenten eine herausragende Stellung zu verschaffen.

Noch ist die Lage in Pakistan nicht so explosiv wie nach den Wahlen 1977. Doch wird in den Provinzen wieder der Ruf nach Autonomie laut, die zwar in der Verfassung garantiert, aber noch nicht verwirklicht ist. Bezinjo, Ex-Gouverneur von Beluchistan, droht ein „Azad (freies) Beluchistan" und ein „Azad Afghanistan" zu proklamieren – aus Gebieten, die von Paschtunen bewohnt sind und jenen, die von den Mudjahedin in Afghanistan befreit werden. Wie er fordern die meisten Parteien Pakistans eine Anerkennung des von Moskau eingesetzten Karmal-Regimes, um so eine Rückkehr der drei Millionen afghanischen Flüchtlinge zu erreichen. Es ist also klar, von welcher Seite – ausgerechnet – die Bewegung der Parteien gegen den Diktator Unterstützung erwarten kann.



Der Himmel wurde finster und das Meer kochte

Auf der winzigen Insel Sebesi in der Kleinen Sunda-Straße, vis-à-vis dem Krakatau, treffen sich am Freitag und Samstag Vertreter aller fünf Weltreligionen sowie Wissenschaftler zu einem Gedenk- und Bittgottesdienst. Sie gedenken der verheerendsten Vulkan-Explosion der Neuzeit, der Krakatau-Katastrophe am 27. August vor 100 Jahren. 36 830 Menschen verloren damals ihr Leben.

Von KNUT TESKE

Ein Inferno. Es kam über die Menschen Sumatras und Javas mit der Gnadenlosigkeit eines alttestamentarischen Strafgerichts. Eine „ägyptische Finsternis" senkte sich über das Land, das von ungeheueren Flutwellen heimgesucht wurde. Mehrere Städte und 300 Dörfer gingen mit einem Schlag unter, verschwanden von der Landkarte, als habe der Mensch hier nie seine Spuren hinterlassen.

Als der Vulkan am Montag, dem 27. August 1883 kurz nach 10 Uhr vormittags mit einem gewaltigen Knall auseinanderflog, platzten Seeleuten noch in 60 Kilometer Entfernung die Trommelfelle. In Batavia, dem heutigen Jakarta, das 150 Kilometer weit vom Ort dieses archaisch anmutenden Unglücks entfernt liegt, zerstörten die Druckwellen Häuser und rissen Gasometer aus ihrer Verankerung. Auf der Insel Rodriguez vor Madagaskar erschraken die Menschen und glaubten an Krieg. Das war 4800 Kilometer weit weg.

80 Kilometer hoch bis in die Mesosphäre raste mit Tempo 200 km/h eine schwarze Säule aus Rauch, Staub und Magma, 18 Kubikkilometer Masse mit sich reißend, ehe sich das Ganze als Dunkelheit über das Land legte. 90 Minuten nach dem Ausbruch sah man in Batavia die Hand nicht mehr vor Augen. Über Bandung, 260 Kilometer entfernt, verfinsterte sich der Himmel 20 Minuten später und noch in Alice Springs, Australien, 4000 Kilometer weiter, schaltete man während der nächsten Tage die Straßenlaternen nicht mehr aus. Ununterbrochen fiel in einem Gebiet von 800 000 Quadratkilometern, einem Areal, das mehr als dreimal so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland, Ascheregen nieder. Auf der Insel selbst, die zu zwei Drittel verschwunden war, lag der Tephra-Niederschlag 60 Meter hoch.

Diese gigantische Explosion, eine der unbändigsten Launen der Natur, tötete unmittelbar nicht einen einzigen Menschen, sieht man einmal von der nie zu klärenden Frage ab, ob sich zum Zeitpunkt der Eruption nicht doch ein Neugieriger auf der ansonsten menschenleeren Insel aufgehalten hat, wie lange gemunkelt wurde; denn seit Mai hatte der Krakatau, der seit 1680 als erloschen galt, wieder zu rumoren begonnen und mehrmals Wissenschaftler und Abenteurer auf das Eiland gelockt.

Der vieltausendfache Tod kam indes durch eine andere Naturgewalt: das Wasser. Dabei hatte es sich zunächst, unmittelbar nach dem „Blow up", kilometerweit zurückgezogen. Plötzlich lagen Korallenriffe frei, wie man sie nie zuvor gesehen hatte. Doch dann sammelte es sich am Horizont, türmte sich am Schelf der Inseln zu einer unheimlichen Höhe auf und raste – nunmehr ein ganzes Gebirge – auf die Küste zu. Eine Wasserwand – Hunderte von Kilometern lang, 40 Meter hoch –, fiel brüllend, greifend, alles verschlingend über das Land her.

Die Städte Merak, Anjer und Tjaringin versanken in den Fluten ebenso wie auf einer Strecke von 900 Kilometern mehr als 300 Dörfer. Was nicht beim Aufprall der Millionen Tonnen schweren Wogen vernichtet wurde, wurde vom Sog der zurücklaufenden Flut mitgerissen.

In Anjer überlebte ein holländischer Matrose: „Einen Augenblick nur hatte ich die anstürmende furchtbare Wassermasse gesehen", schreibt er in der Batavischen Zeitung vom 30. 8. 1883, „als mich das Wasser schon aufhob, nachdem es mich unter seiner schrecklichen Last fast erdrückt hatte; mit furchtbarer Geschwindigkeit fühlte ich mich in diesem schwarzen, mit Gegenständen erfüllten Strudel fortgerissen, als mein Kopf über die Wasserfläche kam und ich Luft schöpfen konnte ... Erst bei einem zweiten (Baum) glückte es mir, mich anzuklammern ... der Anblick war schrecklich: Wo Anjer sich befunden hatte, sah ich nur brausende, wild rollende Flut. Auf dem Dach eines sehr hoch gelegenen Hauses liefen zwei alte Leute ängstlich hin und her. Sie fielen als Opfer einer späteren Welle."

Die Wellen, die sich ringförmig von Krakatau ausbreiteten, jagten mit einigen Hundert Stundenkilometern quer über den Indischen Ozean und erreichten 17 Stunden später Kap Hoorn an der Südspitze Amerikas. Eine Jagd von annähernd 13 000 Kilometern. Erst nach zwei vollen Erdumrundungen war die zerstörerische Kraft der Wogen gebrochen, die ausgereicht hatte, selbst die Gezeiten im Englischen Kanal durcheinanderzubringen.

Man muß bis ins Jahr 1470 v. Christi Geburt zurückgehen, um auf eine Katastrophe vergleichbaren Ausmaßes zu stoßen. Damals brach der Thira (Santorin) aus und verheerte den ägäischen Raum. Das wahre Ausmaß der Zerstörung erkannte man freilich erst auf Grund zahlreicher Parallelen zum Schicksal des Krakatau. Von daher erwies sich der Ausbruch Ende vergangenen Jahrhunderts als makabrer Anschauungsunterricht für die gerade erblühende Wissenschaft der Vulkanologie.

Zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit, die bisher in derartigen Katastrophen das Werk unbegreiflicher Mächte sah, konnten jetzt erste wissenschaftliche Thesen an der Realität gemessen werden. Bis dahin war fast alles graue Theorie gewesen.

So nimmt es nicht Wunder, daß der Krakatau jahrelang geradezu auf den Kopf gestellt wurde. Die Konsequenzen beziehungsweise neue Erkenntnisse aus Daten, Beobachtungen und Thesen sind teilweise erst Jahrzehnte später gezogen worden.

Vergleiche zur Katastrophe in Kreta

Die vielleicht bedeutendste These, die heute unter Archäologen viele Anhänger hat, führte zu einem neuen Geschichtsbild, was den Untergang der minoischen Kultur auf Kreta betraf. Man vermutet heute, daß das minoische Reich wahrscheinlich durch die Explosion des Thira und der dadurch ausgelösten Flutwellen vernichtet wurde. Zwischen beiden Ausbrüchen ergaben sich Gemeinsamkeiten, die sich bis aufs I-Tüpfelchen glichen, sieht man einmal davon ab, daß einiges dafür spricht, daß die Thira-Eruption noch vier- bis zehnmal stärker war als die des Krakataus.

Wie der Thira gehört auch der Krakatau zur Kategorie der Explosiv-Vulkane. Den Gegensatz dazu bilden der sanft fließende Ätna sowie die feuerspeienden Berge auf Hawaii. Sie stehen im Ruf großer Gutmütigkeit und Berechenbarkeit – eine Einstufung, die freilich bei der Gewalt, die auch hier hinter den Ausbrüchen steht, keinen Freibrief für Harmlosigkeit im landläufigen Sinne darstellt.



Mit einem gewaltigen Knall explodierte vor hundert Jahren der Vulkan auf der Insel Krakatau. KEYSTONE-ARCHIV

Bei Explosiv-Typen ist stets viel Wasser und viel Kieselsäure im Spiel. Diese unter hohem Druck stehenden Magmamassen entluden sich beim Krakatau aus einer flachen Magmakammer unterhalb des Berges. Die Gewalt, mit dem dieser um 1000 Grad heiße Brei an besagtem Montag kurz nach 10.00 Uhr Ortszeit herausgeschleudert wurde, soll nach jüngsten Berechnungen des Vulkanforschers Maurice Krafft die 200 000fache Sprengwirkung der Bombe von Hiroshima gehabt haben. Eine Zahl, die alle bisherigen Berechnungen weit in den Schatten stellt. Das alles entlud sich in einer 1/1000 Sekunde.

Die Wirkung dieser Explosion ging rund um den Globus. Auch wenn der größte Teil der in die Luft gesprengten Massen innerhalb weniger Kilometer zu Boden ging, reichte der Rest von Tonnen und Abertonnen kleinster Teilchen in den oberen Schichten der Atmosphäre aus, diese durcheinanderzubringen. Jahrelang löste der Schwefeldioxid der Asche mit dem atmosphärischen Ozon chemische Reaktionen aus, die zu phantastischen Sonnenuntergängen führten; jahrelang aber reduzierten die Partikelchen gleichzeitig auch die Sonneneinstrahlung bis zu 20 Prozent, was in weiten Teilen der Welt zu Mißernten führte.

„Heute weiß man, daß die Kälteperiode und die Dürren der Jahre 1816 bis 1818 eine Folge des Tambora-Ausbruchs auf Java im April 1815 war. Damals flog die unvorstellbare Menge von 150 Kubikkilometer Magmamasse in die Luft. (Zum Vergleich: Der Mount St. Helens, der 1980 explodierte, verpulverte ungefähr einen Kubikkilometer. Der Ätna '83, der 130 Tage „spuckte", gab ganze 0,14 Kubikkilometer Lava ab.)

Hatte man beim Krakatau ursprünglich angenommen, daß Teile der Insel mit in die Luft geflogen waren, so ergaben die Untersuchungen, daß die Eruption lediglich die Magmakammer unterhalb der Insel entleert hatte. In dieses Loch, das kilometerlang und 360 Meter tief war, stürzte der größte Teil der brüchig gewordenen Insel, nachdem sich das Becken bereits wieder mit Meereswasser gefüllt hatte. Dieser titanenhafte Zusammenprall von Land und Wasser löste die unheimlichsten Flutwellen aus, die je gemessen worden sind. Diese Wellen, die mit Spitzengeschwindigkeiten von rund 800 km/h in einer Breite von 1000 Kilometern die Ozeane durchpflügten, führten denn letzten Endes auch zu einem völlig neuen Zweig der Naturwissenschaften, zur Erforschung der Erd- oder Seebebenwellen oder „Tsunamis", wie sie im Japanischen genannt werden, wo man per saldo die schlechtesten Erfahrungen mit ihnen gemacht hat. Tsunami heißt übersetzt: „Hohe Woge im Hafen" – eine der schlichtesten Untertreibungen überhaupt, mit der allenfalls noch der „Stille Ozean" als Beschwörungsformel für den gefürchteten Pazifik konkurrieren kann.

Führte ein Vulkan zur Sintflut?

Die Wucht dieser Wellen sprengt alle Dimensionen und begann früh die Phantasie der Wissenschaftler, vor allem die der Archäologen, zu inspirieren. Schon bald nach dem Krakatau-Ereignis tauchte daher die These – mehr nur ein Verdacht – auf, daß hinter der biblischen Sintflut Tsunamis als Folge von See- oder Erdbeben stehen könnten.

Aufs gründlichste untersucht wurden die Tsunamis nach dem Erdbeben von Chile am 23. Mai 1960. Damals rasten ihrer drei, die freilich nur eine Höhe von fünf Metern erreichten, im Abstand von 15 bis 17 Minuten über den Pazifik bis nach Japan, wo sie – trotz Vorwarnung – 2215 Menschen töteten. Ihr Energiehaushalt im Moment des Aufpralls wurde mit der Kleinigkeit von 2800 Milliarden Watt (2800 Gigawatt) berechnet. Das entspricht der Stärke von 120 Hiroshima-Bomben.

Diese Wogen haben mit den „normalen" Wellen nichts gemein. Schon die Periode von 17 Minuten zwischen zwei Tsunamis ist ein „alind" gegenüber herkömmlichen Wellen, deren zeitlicher Abstand maximal 20 Sekunden beträgt. Die Dauer der Intervalle sagt aber einiges aus über die Größe und Kraft der Wogen. Je größer der Abstand, um so schwerer das Wellen-Geschütz. Tsunamis – auch hierin anders als herkömmliche Wellen –, reißen ungeheure Wassermassen mit sich und wirbeln die Ozeane völlig durcheinander.

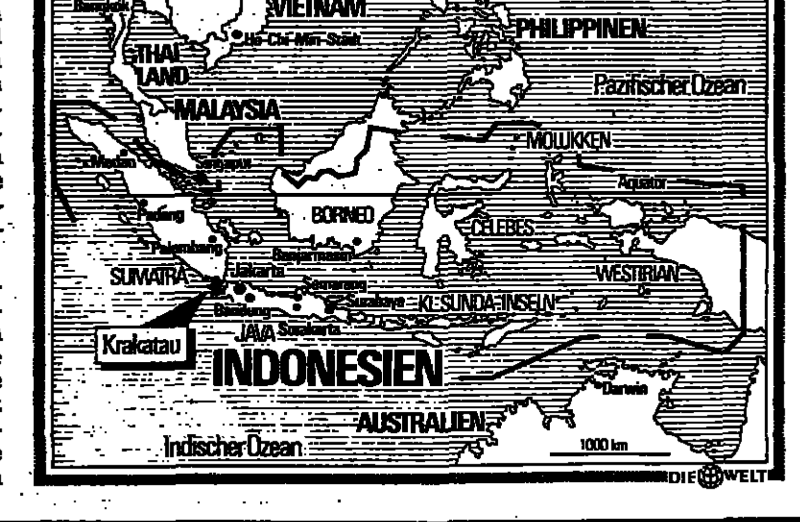
Angesichts dieser entfesselten Kräfte der Natur erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Thira-Explosion und in ihrer Folge die ungeheuren Wellen den rätselhaften Untergang Kretas auf dem Gewissen haben. Kreta und Thira liegen nur gut 100 Kilometer voneinander entfernt – ein Nichts für solche Wellen, die spielend „round the world" gehen. Nach den intensiven vergleichenden Studien beider Ausbrüche glaubt man heute, viele ägäische Rätsel der Spätbronzezeit zumindestens plausibel erklären zu können.

● So dürfte die minoische Kultur auf Kreta unter den gigantischen Wogen zerquetscht worden sein. Auf Anaphi hat man in 200 Meter Höhe Muschelkalkreste entdeckt, die nur vom Meeresboden stammen können. Wie anders als durch das aufgewühlte Meer sollen sie dorthin gelangt sein? Aber 200 Meter hohe Tsunamis? In der Lituya-Bay in Alaska ist 1958 eine 530 Meter hohe Flutwelle nachgewiesen worden. Sie wurde in dem engen, 1000 Meter hohen Fjord von einem Erdrutsch ausgelöst.

● Die in der Bibel erwähnte ägyptische Finsternis könnte ihre Entsprechung in der Dunkelheit von Batavia haben.

● Das Rote Meer, das sich vor den Kindern Israels auftat, könnte sogar auf ein ganz typisches Verhalten der Tsunamis hindeuten. Es ist mittlerweile allgemeine Erkenntnis, daß das Wasser sich erst in die sich neu auftuenden unterseeischen Erdbebenrisse und -spalten zurückziehen und sammeln muß, ehe daraus die gefürchteten Tsunamis entstehen, wenn die Wassermassen nämlich durch die sich schließenden Spalten wieder herausgedrückt werden. 1755, während des Erdbebens von Lissabon, das von schwersten Tsunamis begleitet wurde, trockneten für kurze Zeit sogar die Moore Norddeutschlands aus; von so weit also zog sich das Wasser zurück.

Unterstellt man einmal, daß alle diese Begebenheiten zur selben Zeit stattgefunden haben dann spricht vieles an diesem seltsamen Verhalten der Natur für Reaktionen auf den Thira-Ausbruch in der Spätbronzezeit. Es war der Krakatau, der so atemberaubende Schlüsse möglich machte.



Die Spuren der Morde führen nach Jugoslawien

Mord an einem serbischen Exilpolitiker in Düsseldorf. Mord an einem kroatischen Emigranten in Oberbayern. Dreizehn Morde in fünf Jahren an jugoslawischen Regimegegnern in Deutschland. Die Attentatsserie reißt nicht ab. Jetzt packt ein Überläufer des jugoslawischen Geheimdienstes in München aus.

Von WERNER KAHL

Münchener Gerichtsmediziner sind im Bilde, wenn die Mordkommission zum Tatort ruft und von eigentümlichen Kopfverletzungen spricht. Denn die Mörder jugoslawischer Emigranten in der Bundesrepublik begnügten sich in letzter Zeit nicht damit, ihr Opfer zu erschießen. Ihre eigentliche Handschrift hinterlassen sie weniger mit dem immer gleichen Schußwaffenkaliber als mit der Axt. Zum Abschluß spalten sie, so jüngst beim Mord an dem ambitionierten exilkroatischen Verleger Stepan Durekovic im oberbayerischen Wolfratshausen, ihrem Opfer den Schädel. Verstümmelt wird der politische Gegner nicht mehr als Märtyrer in der Öffentlichkeit aufgebahrt.

Dreizehn politische Morde registrierte die deutsche Polizei in den letzten fünf Jahren in der jugoslawischen Emigrantenszene. Die Belgrader Behörden gaben internen Machtkämpfen unter den Emigranten die Schuld. Doch die Spuren führen nach Jugoslawien. Einblick in die schmutzigen Tricks des brutalen Untergrundkrieges auf deutschem Boden zwischen Exil-Jugoslawen und den Häschern des kommunistischen Regimes in ihrer Heimat gab jetzt ein Agent des Belgrader Geheimdienstes.

Der 37jährige Josip Majerski hatte sich im vergangenen Monat der Polizei in Würzburg, wie die WELT berichtete, gestellt. Zehn Jahre lang, von 1973 bis Frühsommer 1983, bespitzelte er Exil-Jugoslawen, spähte ihre Lebensgewohnheiten aus und lieferte mit seinen Dossiers dem Geheimdienst „Sluzba Drzavne Bezbednosti" (SDB), unter der alten Bezeichnung UDBA bekannt, die Grundlage für die serienweisen Mordanschläge. Aus dem erst im Anfang stehenden Ermittlungsverfahren gegen den Überläufer haben sich, so die Feststellung der Sicherheitsbehörden, bereits wertvolle Erkenntnisse über Aktivitäten des jugoslawischen Geheimdienstes bis hin zu Mordaufträgen gegen Regimegegner ergeben.

Belgrads Sorge vor freiheitlichen Ideen

Die jugoslawische Parteiführung ist darauf aus, den etwa 12 000 krostischen, serbischen, bosnischen und anderen Emigranten aus Jugoslawien jedwede politische Tätigkeit in Westeuropa und Übersee unmöglich zu machen. Seit dem Tod Titos haben die Befürchtungen noch zugenommen, die Emigranten könnten unter den eineinhalb Millionen jugoslawischen Gastarbeitern in Westeuropa, davon über 600 000 in der Bundesrepublik, weiter an Einfluß gewinnen. Solcherart mit freiheitlichen Ideen für die Gestaltung der politischen Zukunft auf dem Balkan „infizierte" Jugoslawen könnten in der Heimat explosive Situationen schaffen, sorgen sich orthodoxe KP-Funktionäre in Belgrad.

Kroatische Nationalisten und antikommunistische Jugoslawen werben mit Zeitungen und Büchern unter den Gastarbeitern für die Selbständigkeit der einstigen Völker im jugoslawischen Verbund, andere Exil-Jugoslawen für freie Wahlen und moskautreue Kommunisten für den Eintritt Jugoslawiens in den Warschauer Pakt.

Einwände von Politikern der früheren Bundesregierung, es gebe keine Beweise dafür, daß der jugoslawische Geheimdienst bei den Mordanschlägen in Deutschland Regie führt, wurden von Emigranten wiederholt als nicht den Tatsachen entsprechend zurückgewiesen. Führende jugoslawische Politiker hätten diese Aktionen selbst nicht verheimlicht. Djuka Matosic, einst Angehöriger der diplomatischen Mission in Bonn, betonte bereits im Jahre 1969 in der „Ekonomska Politika" Nr. 893: „... die jugoslawischen Sicherheitsdienste verrichten ihre Aktivitäten nicht ausschließlich auf heimischem Gebiet." Die Grundlage für diese Aktivitäten sieht der Geheimdienst in dem Abkommen nach der Kapitulation des deutschen Reiches im Jahre 1945, das Jugoslawien das Recht einräumt, in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin die politische Tätigkeit ihrer Staatsbürger zu beaufsichtigen. Dieses Recht beansprucht der Geheimdienst uneingeschränkt auch für die in Deutschland lebenden Emigranten.

Kellner als Agenten des Geheimdienstes

Der jetzt übergelaufene SDB-Agent Josip Majerski gehörte nach Angaben informierter Kreise zu einer „Agentenbrigade" von 52 Jugoslawen in der Bundesrepublik, die von der Zagreber Niederlassung des Geheimdienstes geleitet wurde. Es handelte sich um Kellner in jugoslawischen Lokalen, die jederzeit abkömmlich waren, um geheime Aufträge zu übernehmen. Majerski war Kellner im Würzburger Spezialitätenlokal „Diokletian" sowie in Stuttgarter und Münchener Balkan-Restaurants. Monatlich kassierte er vom Geheimdienst zweitausend Mark. Seine Berichte über Aufenthaltsorte und Lebensgewohnheiten von Exil-Jugoslawen, auf die der Geheimdienst später Killerkommandos ansetzte, übergab er eigenen Angaben zufolge Agenten, die als Mitarbeiter der jugoslawischen Konsulate in Freiburg und Nürnberg getarnt waren. In diesen Konsulaten waren SDB-Offiziere anscheinend für die Steuerung der Agenten in Süddeutschland zuständig, das Frankfurter Generalkonsulat für „technische Schritte" (gemeint sind Anschläge – die Red.) nördlich des Mains.

In einer vertraulichen Anweisung des Staatssekretariats für auswärtige Angelegenheiten in Belgrad (Aktenzeichen 5723/42) wurde bereits 1970 erklärt: „Den Botschaften und anderen Hilfsorganen der Repräsentierung der SFRJ (Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien) wird empfohlen, ergänzende Maßnahmen zu ergreifen, um die Kontrolle über die jugoslawischen Bürger sowie die feindlichen Emigrantenorganisationen effektiver zu gestalten. Dies bezieht sich insbesondere auf das sog. Kroatische Nationalkomitee mit Sitz in München und Berlin-West ... Der Staatssicherheitsdienst wird gewisse technische Schritte unternehmen und parallel damit die notwendigen Desinformationen placieren."

„Es gibt keine kroatische Emigrantenorganisation", so der Publizist Milan Ilinic, „die nicht voll von Agenten wie ein Dorfköter mit Flöhen ist."!

In der Sendung „Report" des Fernsehens wurde gestern abend die Frage nach der Haltung des Bundesaußenministeriums in Bonn gestellt. „Report"-Chef Wolf von Lojewski wies auf eine „Todesliste" mit elf Namen jugoslawischer Exilpolitiker hin. Reißt die Attentatsserie nicht ab?

Delegation des Bundestags zur Leipziger Messe

hrk. Berlin

Ohne einen Minister-Gast aus Bonn, aber mit einem starken Aufgebot von Länder-Ressortchefs und Bundestagsabgeordneten aller vier Fraktionen findet in diesem Jahr die Leipziger Herbstmesse vom 4. bis 10. September statt. Dem Vernehmen nach will der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker zum ersten Mal den Stand des bundeseigenen Veba-Konzerns besuchen. Das Unternehmen ist im Mineralölgeschäft mit der „DDR" engagiert.

Als Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums reist Staatssekretär Dieter von Würzen am Montag nach der Messeeröffnung an die Pleiße. Aus Hannover kommt Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU). Sie wird, wie üblich, vom CDU-Bundesvorstandsmitglied Walther Leisler Kiep in seiner Eigenschaft als Mitglied des Vorstandes der Hannover-Messe begleitet.

Das Hamburger Interesse an einem weiteren Ausbau der für die Stadt wichtigen Wirtschaftsbeziehungen zur „DDR" unterstreicht die Teilnahme von Hafensenator Volker Lange (SPD). Bremen ist durch Bürgerschaftspräsident Dieter Klink (SPD) vertreten. Das Saarland schickt Wirtschaftsminister Edwin Hügel, um für die problembeladene Wirtschaftsregion möglicherweise neue „DDR"-Aufträge hereinzuholen.

Zum ersten Mal hält sich auch eine gemeinsame Delegation des Bundestages während der Leipziger Messe in der „DDR" auf. Die meisten der 23 Abgeordneten gehören dem Innerdeutschen Ausschuß an, dessen Vorsitzender Gerhard Reddemann (CDU) die Gruppe leitet. Auf der Messe, deren Besuch der offizielle Anlaß dieser Fahrt ist (sie führt außerdem nach Wittenberg, Halle und Potsdam), treffen die Parlamentarier auch mit Ostberliner Regierungsvertretern zusammen. Auf der Herbstmesse stellt die Bundesrepublik mit 500 Ausstellern das zweitgrößte Kontingent nach dem Gastgeber „DDR".

Anwaltsforum über „Widerstandsrecht"

hrk. Berlin/Kassel

Zu einem Anwaltsforum über „Demonstrationen, Ungehorsam, Widerstand gegen die Raketenstationierung" laden Strafverteidiger aus dem linken politischen Spektrum für den 1./2. Oktober nach Kassel ein. Dabei soll offenkundig sachkundiger Beistand für die Gegner der geplanten US-Raketenstationierung in der Bundesrepublik geleistet und ein angebliches „Widerstandsrecht" fachlich untermauert werden. In einer Mitteilung der Veranstalter heißt es, der Kongreß solle Wege suchen, „wie wir Anwälte unseren juristischen Sachverstand gegen die Atomrüstung stellen können".

IGFM erinnert an Rußlanddeutsche

rtr. Frankfurt

Zum „Tag der Rußland-Deutschen" am 28. August hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) auf die ständig schlechter werdende Lage dieser nationalen Minderheit in der Sowjetunion hingewiesen. In einer gestern veröffentlichten Erklärung hieß es, die Zahl der Ausreisegenehmigungen sei in den Sommermonaten 1983 im Vergleich zum Vorjahr von 172 auf rund 70 zurückgegangen. Ausreisewillige und bekennende Christen seien einer wachsenden Verfolgung durch die Behörden ausgesetzt. In ihrer Erklärung erinnerte die IGFM auch an die zwei Millionen Rußland-Deutschen, die Stalin vor 42 Jahren aus ihren Heimatgebieten nach Sibirien und Kasachstan deportieren ließ.

Höffner fordert von Kohl Aufklärung

dpa. Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, hat an Bundeskanzler Helmut Kohl appelliert, sich persönlich um die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen in Argentinien zu bemühen. Höffner wies in einem Schreiben an den Kanzler darauf hin, daß sich unter den in Argentinien Verschwundenen Deutsche und Deutschstämmige befänden, für die die Bundesregierung eine besondere Fürsorgepflicht übernehmen müsse. Bei der Verfolgung von Menschen in Argentinien würden elementare Menschenrechte in skandalöser Weise verletzt, meinte Höffner.

Zwei Häuser in Berlin geräumt

DW. Berlin

Die Berliner Polizei hat gestern zwei seit Anfang 1981 besetzte Häuser im Bezirk Wedding geräumt. Bei der dreistündigen Räumungsaktion wurden starke Polizeikräfte eingesetzt und 17 Personen vorübergehend festgenommen. Gegen einen weiteren Besetzer habe bereits ein Haftbefehl vorgelegen. Laut Polizei hatten sich zum Zeitpunkt der Räumung rund 100 Personen in den Gebäuden aufgehalten. Zu größeren Zwischenfällen sei es aber nicht gekommen. In Berlin sind jetzt noch 55 Häuser besetzt.

SED zeigt sich besorgt über mangelnden Ordnungssinn

Volkskammer beschäftigt sich mit wachsender Gleichgültigkeit gegenüber den Gesetzen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Nicht nur Rowdies, Punker, Trunkenboldsdelikte, *Schlägereien*, Ausschreitungen in Fußballstadien und eine politisch keineswegs ausreichend „gefestigte" Jugend bereitet der „DDR"-Führung Sorgen: Recht und Ordnung genießen offenbar auch in den mittleren Jahrgängen nicht mehr das notwendige Ansehen. „Schwarz" errichtete Bungalows, ruhestörender Lärm, schmutzige Straßen und Plätze und andere Ordnungswidrigkeiten beschäftigen jetzt sogar die Ostberliner Volkskammer.

Abgeordnete des Rechts- und Verfassungsausschusses prüften jetzt im Ostberliner Problembezirk „Prenzlauer Berg" und in der Provinz die „Wirksamkeit des Ordnungswidrigkeitsrechts". Was sie dabei zutage förderten, schlug sich jetzt in einem Drei-Seiten-Bericht in der „Neuen Justiz" nieder – der Zeitschrift für „sozialistisches Recht und Gesetzlichkeit".

Beides liegt offenbar trotz insgesamt 231 Ordnungsstrafbestimmungen, die in der „DDR" in Kraft sind, im argen. Denn der kritische Abschlußbericht der beiden Ausschüsse führt eine ganze Reihe von Vorgängen an, die der „sozialistischen Gesetzlichkeit" ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Dabei werden beispielsweise folgende Punkte moniert:

● Gesellschaftliche Kräfte in den Wohngebieten hätten gefordert, „daß die zuständigen Organe eine noch höhere Aktivität bei der Verfolgung und Bekämpfung bestimmter Ordnungswidrigkeiten entwickeln". Dies beziehe sich auf ruhestörenden Lärm, die „Verletzung von Anliegerpflichten zur Sauberhaltung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze" sowie auf den Verkauf von Alkohol an Jugendliche.

● Ohne Rücksicht auf Bauvorschriften errichten immer mehr „DDR"-Mieter ihre Datscha. „Anstelle von Gartenlauben werden feste, als zweiter Wohnsitz nutzbare Bungalows errichtet", kritisiert der Bericht.

Häufig kümmere sich niemand um die Grenzabstände zum Nachbarn; Garagen, Schuppen, Ställe, Dächer über Terrassen und Windfänge entstünden ohne Genehmigung der Behörden. Schuld daran seien „ungenügende Kontrollen". Aber selbst ein saftiges Ordnungsgeld scheint die „DDR"-Bauherren nicht zu schrecken. Häufig habe jedenfalls der „Rechtsverletzer bei der Begehung der Ordnungswidrigkeit die Ordnungsstrafe von vornherein gewissermaßen in die Baukosten schon einkalkuliert", rügt der Bericht.

● Mit welchen Tricks angesichts fehlender moderner Wohnungen in der „DDR" gearbeitet wird, um in ordentliche vier Wände einziehen zu können, notierten die Autoren ebenfalls. Es käme nicht selten vor, daß Mieter nur zum Schein zur Untermiete bei älteren Bürgern wohnten, „um nach deren Ableben deren Wohnung in Besitz zu nehmen". Um diese Vorgänge scheint sich aber kaum jemand zu kümmern.

Denn in dem Papier heißt es: „Nicht immer werden Initiative und Engagement gesellschaftlicher Kräfte durch die staatlichen Organe zur Durchsetzung der staatlichen Ordnung auf diesem Gebiet benutzt." Wirksame Anstrengungen – zum Beispiel im „Kreuzberg" Ost-Berlins, dem Prenzlauer Berg – würden nur „ungenügend propagiert und die gesellschaftlichen Kräfte nicht ausreichend informiert und orientiert".

Als ein mögliches, durchaus wirksames Disziplinierungsmittel nennt der Bericht die seit langem vorhandene Möglichkeit, „Schwarze Schafe" dazu zu verurteilen, sechs Tage ihrer Freizeit für gemeinnützige Arbeit zu verwenden. Zugleich schlagen die Volkskammer-Experten vor, eine solche Strafarbeit zur Abschreckung „öffentlich bekanntzumachen".

Nach dem Motto „Wehret den Anfängen" macht der Bericht deutlich, daß die Staatsmacht auch bei ruhestörendem Lärm oder Hundekot auf den Straßen nicht mit sich spaßen läßt. Wörtlich heißt es in den Schlußfolgerungen: „Die Bürger müssen spüren, daß auch geringfügige Beeinträchtigungen der durch die Verfassung garantierten Unantastbarkeit der Persönlichkeit und Freiheit sowie in der Verfassung formulierten Pflichten nicht geduldet werden. Deshalb ist derartigen Rechtsverletzungen durch die Anwendung des Ordnungswidrigkeitsrechts konsequent entgegenzuwirken." Auf jede festgestellte Ordnungswidrigkeit müsse „in entsprechender Weise durch Staat und Gesellschaft reagiert werden".

Anscheinend schwindet jedoch in der „DDR" seit geraumer Zeit das Problembewußtsein auf diesen Gebieten. Deshalb wettern die Autoren zum Schluß auch unmißverständlich gegen Gleichgültigkeit und eine um sich greifende Laissez-faire-Stimmung, ohne jedoch ein konkretes Gegenrezept vorzulegen: „Insgesamt *gilt es, die Atmosphäre der Unduldsamkeit* gegen Rechtsverletzungen zu verstärken und deren Ursachen und begünstigende Bedingungen zu überwinden."

Nach der Debatte um Weizsäcker nun ein Hauskrach in der Union

„Reformflügel" der Berliner CDU klagt über Mangel an innerparteilicher Fürsorge

Von F. DIEDERICHS

Waren es die sich verdichtenden Spekulationen um einen möglichen Einzug Richard von Weizsäckers in die Bonner Villa Hammerschmidt, die den Berliner Unionspolitikern in den letzten Wochen die Schläfrigkeit der Parlamentsferien nahm, so steht jetzt wiederum der „Regierende" als CDU-Landesvorsitzender im Zentrum frühherbstlicher Turbulenzen. Sie werden als erste Vorboten der für 1985 anstehenden Neuwahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus gewertet.

Hauskrach in der Berliner CDU überschreiben Kenner der Szene die Aufführung auf dem Unionsparkett, in dessen vorerst letzten Akt der Bürgermeister und CDU-Kreisvorsitzende des Bezirks Charlottenburg, Ekkard Lindemann, kritisch deklamierte: „Über den Wolken" schwebe Richard von Weizsäcker und lasse dabei einen Teil der Berliner Union im Stich. Dieser Teil, die „Reformer" und noch in der Minderheit, gelten als eine der zuverlässigsten Stützen von Weizsäckers. Sie bilden den liberalen Flügel in der Berliner CDU, die in der Gesamt-Union auf Bundesebene ohnehin zum linken Spektrum zählt. Bisher hat diese Gruppierung in zwei der zwölf Westberliner Bezirke Mehrheiten errungen, kämpft aber, mit Blick auf gute Startlöcher für die 1985 fällige Kandidatenkür, auch in den übrigen Kreisverbänden um beherrschenden Einfluß.

Ihr gegenüber versucht die Mehrheit der CDU-Kreisverbände, eroberte Bastionen nicht zu verlieren und die „Reformer" im Windschatten zu halten. Den „Reformern" steht die parteiintern als „K-Gruppe" bezeichnete Klientel des Bundestagsabgeordneten Peter Kittelmann gegenüber – hier sind die eigentlichen Fädenzieher der Berliner CDU-Personalpolitik versammelt, die starken Einfluß ausüben.

Wie wenig die sinnbildliche Formulierung des Reform-Sprechers Lindemann, seine Schäflein seien die „Prügelknaben der Restpartei", an der jüngsten Realität vorbeigeht, führt eine unrühmliche Kontroverse vor Augen, die unlängst auf der unteren Unionsebene an der Spree ausgetragen wurde. Als die Junge Union des Bezirks Charlottenburg einen neuen

Landesbericht Berlin

Kreisvorsitzenden küren wollten, prallten bei Diskussionen um den Wahlmodus und die Wahlberechtigung einiger neu aufgenommener Jungpolitiker „Reformer" und Vertreter der „K-Gruppe" vehement aufeinander. Einige wurden gegenüber einem zu Schlichtung bemühten Mitglied des CDU-Landesparteigerichts – ausgerechnet einem Strafrichter – handgreiflich, und drohten „Schläge in die Nieren" an.

Tiefschläge fern jeder demokratischen Vernunft konnten nur durch das Einschreiten prominenter CDU-Mitglieder verhindert werden – eine Klamotte des Unionsnachwuchses, die nach Worten des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, Eberhard Diepgen, eher in den „Wilden Westen" gepaßt hätte.

Vor dem Hintergrund dieser einzigartigen Auseinandersetzung entzündete sich dann der lang schwelende Unmut des Reformflügels, der sich bereits zu anderen Anlässen von der Parteimehrheit „hintergangen" sah:

Bei der Senatsumbildung im Februar dieses Jahres, als zwei neue FDP-Senatoren unter den Hut der Weizsäcker-Mannschaft gebracht werden mußten, habe der bislang mit Elan und Erfolg tätige Umweltsenator Volker Hassemer in das Kulturressort wechseln müssen. Die „Reformer" führen dies nicht zuletzt darauf zurück, daß Hassemer seine politische Heimat in der Wilmersdorfer CDU hat – neben Charlottenburg der einzige Bezirk, wo der Reformflügel über Mehrheiten verfügt.

Und schließlich habe die Parteiführung dem ehemaligen Charlottenburger Spitzenkandidaten und heutigen Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewenig bei der Koalitionsbildung das Kulturressort „abgenommen" und so seinen Wirkungsbereich eingeschränkt.

Daß es nicht die Aufgabe Richard von Weizsäckers sein könnte, nun Lindemann in der Union Mehrheiten zu beschaffen, stellte der Berliner CDU-Generalsekretär Günter Straßmeir in seiner Replik auf die Reformer-Schelte klar. Weizsäcker habe seine Aufgabe, insbesondere im Bemühen um Integration und Ausgleich innerhalb der Partei, stets wahrgenommen, verteidigte Straßmeir den CDU-Landesvorsitzenden. Zudem bevorzuge Weizsäcker im Landesverband keine Richtung und habe immer für „Minderheitenschutz" gesorgt. Die Charlottenburger CDU, die wie die übrigen „Reformer" eine selbstgewählte Oppositionsrolle in der Partei übernommen hätte, müsse deshalb auch personell und sachlich unterliegen können.

Mit seinem Rundbrief zog sich Girgensohn den Zorn der GEW zu

Der Minister hatte schulfrei für Teilnahme an „Friedensdemonstrationen" untersagt

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Reaktion aus dem eigenen Lager ließ nicht lange auf sich warten. Denn kaum hatte Jürgen Girgensohn (SPD) als erster Kultusminister in der Bundesrepublik jetzt auf die besondere Verantwortung der Schule bei der *möglicherweise scharfen* Auseinandersetzung um die Nachrüstung im Herbst klar Stellung bezogen und in einem Brief an alle 170 000 Lehrer des Landes darauf hingewiesen, daß es weder für Lehrer noch für Schüler Sonderurlaub oder Unterrichtsbefreiung zur Teilnahme an Demonstrationen geben könne, meldete sich die nordrhein-westfälische Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu Wort.

Ihr Vorsitzender Alf Hammelrath, begrüßte zwar den „Schritt des Ministers, sich direkt an alle Lehrer zu wenden". Er meinte jedoch, für die Schüler und Lehrer müsse es unsinnig erscheinen, wenn „an einem Tag, an dem Hunderttausende ihr Engagement öffentlich machen, gerade um die, um deren Zukunft es geht, ausgeschlossen bleiben sollen". Wegen der Kasernierung tausender Polizisten in Schulgebäuden anläßlich einer Demonstration in Kalkar" habe die Schule ausfallen müssen, anläßlich des Besuches von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik habe es sogar Sonderurlaub an allen Schulen gegeben. Die GEW sei „bestürzt darüber, daß hier mit zweierlei Maß gemessen werde", zürnt Hammelrath.

Girgensohn erschüttert diese Reaktion – noch – nicht. Zwar wird ihm eine oft wankelmütige Haltung in der Schulpolitik vorgeworfen, weil er es mit niemanden verderben will – schon gar nicht mit der mächtigen und linkslastigen GEW –, aber er scheint in dieser Frage beharrlich bleiben zu wollen. In seinem Rundbrief betonte er allerdings auch: „Ich habe diesen Rahmen der politischen Betätigung an Schulen nicht dargestellt, um das Thema Frieden, Friedenserziehung, Verteidigung und atomare Rüstung von der Schule *fernzuhalten*. Ich halte es vielmehr für notwendig, daß die Schule auf drängende Fragen der Schüler zu diesem Themenbereich eingeht und wünsche deshalb, daß die Frage, wie der Weg zum Frieden gefunden werden kann, in der Schule eingehend erörtert wird." So erlaubt des Kultusministers Wort denn auch den Schülervertretungen, am „Schwarzen Brett" Terminhinweise ohne wertende Stellungnahme, soweit es bei der Veranstaltung „nicht erkennbar um strafbare Handlungen geht". Aber schulfrei kommt nicht in Frage.

Er verzichtete auch ausdrücklich *darauf, etwa auf den Paragraphen 10* der allgemeinen Schulordnung hinzuweisen. Dies hatte er noch vor zwei Jahren, als die erste große Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn vorbereitet wurde, in einem Brief an die Landesschülervertretung getan. Schulfrei hatte er damals auch verboten, aber mit seinem Hinweis Schüler wie Lehrer aufmerksam gemacht, wie man das ministerielle Verbot umgehen könne: Denn die Schulordnung schreibt vor, daß volljährige Schüler Unterrichtsbefreiungsanträge stellen dürften. Davon wurde zum 10. Oktober auch entsprechend viel Gebrauch gemacht.

Der Rundbrief Girgensohns fällt fast zeitgleich mit einer Initiative des SPD-Bezirks Mittelrhein, der in einer Materialmappe für die kommenden Aktionstage ab Mitte September bis Oktober Vorschläge macht, wie das Thema Nachrüstung in der Schule diskutiert werden könnte.

Manöver vor Hessen-Wahl als Absicht unterstellt

Hardthöhe: Absurder Vorwurf / Vor 30 Monaten geplant

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Eher mit ironischer Gelassenheit als in ernster Dementierabsicht haben die Zuständigen im Bundesverteidigungsministerium auf die in Hessen vor der Landtagswahl verbreitete Behauptung reagiert, das große im nördlichen Bereich dieses Bundeslandes stattfindende Herbstmanöver von Bundeswehr und anderen NATO-Kontingenten sei gezielt so kurz vor den 25. September, den Wahlsonntag für den Wiesbadener Landtag, gelegt worden. Verknüpft wurde die Behauptung mit dem Hinweis, die Manöveraktivitäten im Hessischen müßten vor allem der Partei beim Urnengang der Wähler schaden, die sich trotz aller „herbeigeredeten Aussichten auf einen heißen Herbst" in großer Eindeutigkeit für die Stärkung der Verteidigung verbunden *mit großen Anstrengungen* zur gleichgewichtigen Abrüstung ausspreche.

Im Bonner Verteidigungsministerium wird solchen Spekulationen begegnet, indem erklärt wird, die Terminplanungen für die in Nordhessen vom 16. bis 23. September stattfindende Heeresübung mit dem Titel „Wehrhafter Löwe" hätten schon vor rund 30 Monaten, also vor mehr als zwei Jahren *stattgefunden*, als nicht im entferntesten abzusehen war, daß im September mit einer Landtagswahl in Hessen zu rechnen sei. Die Entscheidung für diesen Wahltermin ist nicht einmal ein halbes Jahr her.

Mit einem Hauch von Ironie wird gleichzeitig auf der Bonner Hardthöhe gesagt, es könnte so scheinen, als habe sich die Bundeswehr in der Namensgebung von Manövern auf den gängig gewordenen Sprachgebrauch vom „heißen Herbst" eingestellt. Die Truppe nennt tatsächlich die parallel laufende Übung der NATO-Luftstreitkräfte „Cold Fire" (Kaltes Feuer), was wie eine feine Verspottung erscheinen könnte. Dies kann indes, so heißt es auf der Bonner Hardthöhe, schon deshalb nicht so betrachtet werden, weil „Cold Fire" schon seit vielen Jahren unter dieser Bezeichnung veranstaltet wird und als Titel aus einer Zeit stammt, als der Begriff „Friedensbewegung" noch nicht erfunden war.

Die Heeresübung „Wehrhafter Löwe" im Nordhessischen läuft unter der Verantwortung des Kommandierenden Generals des III. deutschen Korps, Generalleutnant Hans-Joachim Mack, dessen Stab in Koblenz sitzt. Sie ist ein Teil der alljährlichen NATO-Herbstmanöver „Autumn Forge" (Herbstschmiede), die sich vom hohen europäischen Norden bis ins Mittelmeer spannen. Beim „Wehrhaften Löwen" ziehen 46 000 Soldaten, darunter 3500 eines US-Großverbandes und einer belgischen Einheit, mit insgesamt 15 000 Rad- und Kettenfahrzeugen und 200 Hubschrauber aufs Manöverfeld. Übungsschwerpunkte sind die Zusammenarbeit zwischen Feld- und Territorialheer, das Zusammenwirken von Land- und Luftstreitkräften sowie die Führung eines dem deutschen Offizier unterstellten amerikanischen Großverbandes. Die Bundeswehr hat wie in jedem Jahr große Anstrengungen unternommen, mit organisatorischen Maßnahmen und in Kooperation mit den örtlichen Behörden die Belastungen von Bevölkerung und Umwelt auf dem niedrigst möglichen Niveau zu halten.

Im Herbst finden im organischen Zusammenhang mit dem Manöver in Nordhessen auf deutschem Boden und sonstigem europäischen NATO-Territorium mehr als zwanzig weitere Großübungen statt. In der Zeit vom 20. bis 25. September werden allein in der Bundesrepublik rund 160 000 NATO-Soldaten an Manövern beteiligt sein. Diese Übungen sehen folgendermaßen aus:

„Cold Fire" vom 14. bis 30. September unter Beteiligung aller im NATO-Bereich Mitteleuropa stationierten alliierten Luftwaffen.

„Wehrhafter Löwe" des III. deutschen Heereskorps vom 16. bis 24. September.

„Reforger" Verlegeübung von US-Truppen aus den USA in die Bundesrepublik vom 10. August bis 10. Oktober. **„Atlantic Lion"** vom 17. September bis 1. Oktober in der Region zwischen Nordseeküste und Ruhrgebiet mit dem I. niederländischen Korps und Reforger-Truppen. **„Golden Sixteen"** vom 19. September bis 1. Oktober östlich des Ruhrgebiets mit der Ruhr als Mitte unter Beteiligung der 16. belgischen Division. **„Confident Enterprise"** vom 19. bis 29. September im Raum Vogelsberg und Spessart mit dem V. US-Korps und Reforger-Truppen. **„Bucephale"** vom 5. bis 18. Oktober im Raum beiderseits der Autobahn Stuttgart–München mit dem II. französischen Korps. **„Eternal Triangle"** vom 15. Oktober bis 5. November im Raum südlich von Hannover der 1. britischen Division. **„Teurer Fundus"** vom 16. bis 21. Oktober zwischen Hamburg und Wilhelmshaven mit der 3. deutschen Panzerdivision.

„Bellifix" vom 17. bis 21. Oktober auch beiderseits des Flusses Ruhr mit der Korpsartillerie des I. belgischen Korps.

„Brisk Fray" vom 31. Oktober bis 4. November in Schleswig-Holstein mit der 6. deutschen Panzergrenadierdivision und weiteren NATO-Verbänden.

„Ney" vom 9. bis 16. September im Hunsrück mit der 1. französischen Panzerdivision.

Zwischen dem 12. Oktober und dem 5. November sind im Durchschnitt täglich rund 40 000 Soldaten in der Bundesrepublik im Manöver.

„Time": USA Prügelknabe der deutschen Linkspresse

Heftige Kritik an Washington, Verständnis für Moskau

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Als Prügelknaben der linken Presse in der Bundesrepublik Deutschland sieht das US-Nachrichtenmagazin „Time" die Vereinigten Staaten. In seiner neuesten Ausgabe versucht das angesehene Nachrichtenjournal die Gründe für eine zunehmende Feindseligkeit der deutschen Medien gegenüber den USA zu begründen.

„Time" stellt fest, daß die meisten deutschen Zeitungen durchaus die Beziehungen zu Amerika positiv beurteilen. Ein angesehener und „überproportional einflußreicher Teil der deutschen Presse" sei jedoch „ausgesprochen antiamerikanisch" eingestellt. Diese Gruppe sieht „Time" vor allem im „Spiegel", der „Frankfurter Rundschau" und dem „Stern".

In der gegenwärtigen Nachrüstungsdebatte beispielsweise erscheine diesen Presseerzeugnissen lediglich die Anti-Raketen-Position berichtenswert. Auch im Fernsehen sowie in der Berichterstattung der Nachrichtenagentur dpa würden die USA *negativ dargestellt*. „Time" läßt hierzu den französischen Deutschland-Korrespondenten Michel Meyer zu Wort kommen, der auf einem Seminar des Aspen-Instituts in Berlin betont habe: Während zweier Monate im Herbst 1981 habe er keine einzige Sendung beobachtet, „die positiv oder freundschaftlich gegenüber den USA" genannt werden könnte, dagegen eine Reihe von kritischen Sendungen.

Konkrete Beispiele

„Time" begnügt sich jedoch nicht *mit allgemeinen Feststellungen*, sondern führt konkrete Beispiele auf. So hätten der „Stern" und andere Zeitschriften „wiederholt der Reagan-Administration Unaufrichtigkeit bei den Raketenrüstungsgesprächen mit der Sowjetunion in Genf vorgeworfen" sowie deren angebliche „Bereitschaft, Europa als Schlachtfeld in einem Kernwaffen-Krieg zu benutzen", kritisiert. Die „Frankfurter Rundschau" wird mit dem Satz zitiert: „Es gibt Hinweise aus den USA, daß ein Krieg begrenzt werden könnte, sogar wenn ein bewohnbares Europa nicht mehr existieren würde."

Wenn Bundeskanzler Kohl die Vereinigten Staaten verteidigen würde, würde darüber in der linken Presse kaum berichtet. Dagegen würde über Angriffe führender Sozialdemokraten gegen die mangelnde Verpflichtung der USA zum Frieden ausführlich berichtet. Angeführt vom „Spiegel" hätten die linksgerichteten Zeitschriften „die Vereinigten Staaten als eine Nation von Militaristen dargestellt und es gleichzeitig geschafft, die Sowjets als flexibel und vernünftig darzustellen", heißt es in „Time".

Auch Pro-Amerikaner

„Time" läßt mehrere prominente deutsche Journalisten zu Wort kommen, die einen Anti-Amerikanismus verneinen. Fernsehmoderator Werner Höfer etwa, der lediglich eine „gerechtfertigte Kritik an der Reagan-Administration" in Deutschland sieht. Die „Zeit"-Herausgeberin Gräfin Marion Dönhoff meint in ähnlichem Sinne sogar, eine „moderatere republikanische Administration" in Washington würde die antiamerikanische Stimmung in Deutschland zum Verschwinden bringen.

„Time" mutmaßt einen Grund für den deutschen Anti-Amerikanismus in der Geringschätzung des früheren Kanzlers Helmut Schmidt für Präsident Carter sowie für Ronald Reagan, den er als „zu rigide und kämpferisch im Verkehr mit der Sowjetunion" betrachte. Unterstützung des amerikanischen Standpunktes würde vor allem von großen Tageszeitungen, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und WELT, kommen. Der Verleger Axel Springer wird als „der vielleicht stärkste Pro-Amerikaner in der westdeutschen Presselandschaft" dargestellt.

„Time" ist überzeugt, daß auch die meisten linken deutschen Journalisten durchaus die Werte des amerikanischen Systems erkennen würden. Das US-Magazin bedauert es jedoch, daß sie bei ihrer Berichterstattung sich dieses Umstandes offenbar nicht genügend bewußt seien.

Eine Warnung von Christen vor Pazifismus

DW. Ansbach

Aus Besorgnis darüber, daß sich die kirchlichen Leitungsgremien „auf den Pazifismus festlegen", hat sich die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e. V." an die Leitungen der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik gewandt. Die Organisation befürchtet, daß eine solche einseitige Haltung Millionen evangelischer Christen verbittern und so Austritte aus der Kirche fördern könnte.

In dem der Öffentlichkeit übergebenen Brief heißt es: „Es ist nach allen Erfahrungen der Kirchengeschichte in höchstem Maße bedenklich, wenn eine politische Sache zur Glaubenssache gemacht wird. Es entsteht dadurch eine unheilige Allianz zwischen Glaube und Politik, und die Kirche gerät in eine einseitige politische Verkettung und Bindung."

Der protestantische Pazifismus sei eine intolerante Radikalideologie: „Wer nicht Pazifist ist, gilt nicht mehr als rechter Christ." Der mit dem Gedanken der Weltumgestaltung und unbiblischem Moralismus verbundene Pazifismus werde nirgendwo durch das Neue Testament gedeckt. Zwar sei es gerade heute beim Stand der Waffentechnik Recht und Pflicht der Kirche, zum Frieden zu mahnen, aber die Liebe zum Nächsten dürfe nicht verleugnet werden, wenn dieser von einem Feind bedroht und angegriffen werde.

TAZ: Kommunisten unterwandern AL

W. K. Bonn

In der alternativen Szene breiten sich offenbar Erkenntnisse über eine verstärkte Unterwanderung durch Mitglieder der DKP und getarnter Hilfsorganisationen aus. Die linke „Tageszeitung" stellte gestern die Frage: „Bundesweite Verbindung AL-DKP?" Mit „der satten Mehrheit von 80 Prozent", so die „Taz", hätten sich die Funktionäre der Alternativen Liste Hamburg auf einer Mitgliederversammlung am Wochenende für eine Unterstützung der DKP-Beteiligung kandidierenden Betrieblichen-Alternativen Liste (BAL) bei den Bremer Bürgerschaftswahlen entschieden. Die „Taz": „Wolfgang Pohl (ehemaliger Vorsitzender der Bremer AL, d. Red.) aus Bremen zeigte am Beispiel Bremen, wie sich die DKP in die alternative Wahlbewegung schleicht."

Kasch Beauftragter für Reservisten

rmc. Bonn

In der Bundeswehr gewinnen die Reservisten immer mehr Bedeutung. Dem hat das Verteidigungsministerium nun auch nach außen sichtbar mit der Entscheidung des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach Rechnung getragen, einen „Beauftragten für Reservistenangelegenheiten" zu ernennen. Der stellvertretende Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Heinz Kasch, soll die anfallenden Aufgaben auf der Hardthöhe steuern und koordinieren.

Der Präsident des Verbandes der Reservisten Drape begrüßte die Entscheidung und wies darauf hin, daß Reservisten angesichts schwacher Wehrpflichtigenjahrgänge und wachsender militärischer Aufgaben zum Beispiel im Objektschutz verstärkt herangezogen werden müßten.

„Ganz Europa atomwaffenfrei"

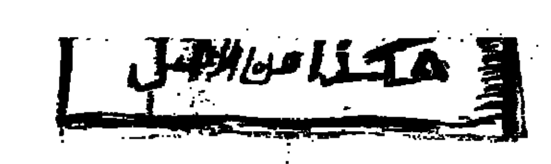
dpa. Düsseldorf

Die FDP ist nach den Worten des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen W. Möllemann, für „ein Bündel von Vereinbarungen" zwischen NATO und Warschauer Pakt, das es ermögliche, zu einem Gewaltverzichtabkommen zwischen den Blöcken und zu einer ganz Europa umfassenden atomwaffenfreien Zone zu gelangen. Ziel sei es, Sicherheit „in nötigem Maß durch Verteidigung, aber in einem immer größeren Umfang durch blockübergreifende Zusammenarbeit zu gewährleisten".

Bleifreies Benzin: Bonus als Anreiz

Mk. Bonn

Durch Steuergutschriften soll nach den Vorstellungen des fraktionellen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Professor Wolfgang Rumpf, eine schnellere Einführung von bleifreiem Benzin und damit eine raschere Beseitigung schädlicher Stickoxide erreicht werden. Rumpf begrüßte den Beschluß der Bundesregierung, zum 1. Januar 1986 neue Zulassungsvorschriften für Kraftfahrzeuge einzuführen. Der Zeitplan der Neuregelung sei jedoch ungünstig, da erst 1992 rund die Hälfte der Pkw mit Katalysatoren ausgerüstet sein werden. Daher schlägt er unter anderem vor: Wer 1985 ein Fahrzeug anmeldet, das die Zulassungsbestimmungen, die von 1986 an gelten, erfüllt, erhält eine Steuergutschrift, die die Kfz-Steuer für sechs aufeinanderfolgende Jahre aufhebt.



UNO legt Zypern-Papier vor: Papandreou zögert

Zustimmung auf der Insel / Kyprianou morgen in Athen

E. ANTONAROS, Athen

Noch völlig offen ist das Schicksal der jüngsten Zypern-Initiative des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar, der den beiden Volksgruppen auf der geteilten Insel mit Hilfe eines unverbindlichen zweiseitigen Sondierungspapiers die Wiederaufnahme des Dialogs ermöglichen will.

Ankaras Außenminister Ilter Türkmen konnte während einer Blitzreise am Wochenende nach Nordzypern den skeptischen Türkenführer Rauf Denktasch zu einer Annahme des UNO-Dokuments als Grundlage für eine neue Verhandlungsrunde bewegen. Unklar bleibt hingegen weiterhin die Haltung der Griechen, vor allem in Athen. Zypern-Präsident Spyros Kyprianou will den Standpunkt seiner Regierung erst nach Beratungen mit dem griechischen Regierungschef Andreas Papandreou morgen in Athen bekanntgeben. Zu diesem Zwecke werden die beiden Politiker schon zum zweitenmal innerhalb von drei Wochen über die Zypern-Frage konferieren.

Auf der Insel hat Kyprianou eine breite Front von Befürwortern der UNO-Initiative hinter sich gebracht. Anders als bei früheren Friedensbemühungen haben sich diesmal die zwei wichtigsten Parteien Zyperns, die Konservativen unter Ex-Präsident Glafkos Klerides und die Moskau-treue Akel-Partei, für eine Annahme des de-Cuellar-Papiers ausgesprochen. Eine Ablehnung haben dagegen der Linkssozialist und Papandreou-Freund Lyssarides und Erzbischof Chrysostomos empfohlen. „Sperren wir uns gegen dieses Angebot, so werden wir unsere Freunde und unsere Glaubwürdigkeit in der ganzen Welt, in Ost und West, verlieren", meinte Klerides.

Dennoch zögert Kyprianou noch. Er vermutet nämlich, daß sich Papandreou, möglicherweise von Lyssarides beeinflußt, noch nicht für das UNO-Papier entschieden hat. Und einen Alleingang ohne die politische Rückendeckung Athens will er nicht riskieren.

Über das UNO-Dokument hat es in Athen bisher keine einzige Regierungserklärung gegeben. Aber im Athener Außenministerium ist von zuverlässiger Seite zu erfahren, daß sich die griechische Regierungsspitze skeptisch verhält und eher zu einer Zurückweisung dieser neuen Friedensinitiative tendiert. Papandreou scheint zu glauben, daß das UNO-Papier „nichts Neues" beinhalte, während es gleichzeitig „gefährliche Konzessionen in Grundsatzfragen" von den Griechen voraussetze.

Diese Interpretation entspricht weder dem Inhalt noch dem Geist des UNO-Papiers, das mittlerweile in voller Länge sowohl im griechischen wie auch im türkischen Teil Zyperns veröffentlicht worden ist, wohlgemerkt sehr zur Verärgerung de Cuellars, der sein Ansehen aufs Spiel gesetzt hat. Das UNO-Schriftstück enthält nämlich kein neues Vorschlagspaket, wie es früher bei Initiativen unter Waldheim der Fall gewesen ist,



Wartet auf Antwort aus Athen: Zyperns Präsident Kyprianou. FOTO: POLY-PRESS

sondern faßt mit sachlicher Knappheit die bisherigen Positionen der beiden Volksgruppen in den wichtigsten Sachfragen zusammen.

Lediglich in einem Punkt wagt de Cuellar einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten: Er regt bei beiden Volksgruppen „vertrauensbildende Maßnahmen" an, die die Fortführung des im Mai von den Türken abgebrochenen Dialogs begünstigen sollen. Darunter versteht er den Verzicht der Griechen auf die Anrufung von internationalen Organisationen, die Aufhebung der griechischen Wirtschaftsblockade gegen den türkischen Inselteil, die Rückkehr von 18 000 griechischen Flüchtlingen in die heute von den Türken besetzt gehaltene Hafenstadt Famagusta, die Inbetriebnahme des internationalen Flughafens von Nikosia unter UNO-Aufsicht. Bis Mitte September erwartet de Cuellar die Ansichten beider Volksgruppen zu seinen Anregungen. (SAD)

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue; Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Moskau verschärft die Kampagne gegen Juden in der Sowjetunion

Komitees sollen „Zionismus entlarven" / Rückfall in politischen Antisemitismus

Von FRIED H. NEUMANN

Werden die Juden in der Sowjetunion benachteiligt? Im Prinzip nicht. Sie müssen nur darauf verzichten, Juden zu sein. Der bittere Scherz aus der Schatzkiste von „Radio Eriwan" trifft ins Schwarze. Drei Gesichtspunkte gibt es, nach denen Juden in der Sowjetunion beurteilt werden: den ethnischen, den religiösen und den politischen.

Moskau kennt zwar „Bürger jüdischer Nationalität", die wie jede andere im Paß vermerkt wird. Es behauptet aber, daß es eine jüdische Nation nicht gibt. Nach offizieller Einschätzung verbindet die Juden der Welt bei unterschiedlicher ethnischer Herkunft allein ihre Religion. Die aber ist ein Übel für den atheistischen Staat. Wer seinen Glauben noch dazu praktizieren möchte, erfährt schnell, was das verfassungsmäßige Recht auf die Ausübung „religiöser Kulthandlungen" wert ist.

Den sowjetischen Juden fehlt somit jede Grundlage für eine kulturelle Eigenständigkeit. Sie gehören zwar zu den gebildetsten, beweglichsten und sprachlich am besten integrierten Bevölkerungsteilen der Sowjetunion. Sie sind in Führungspositionen und selbst als Parteimitglieder zahlreicher vertreten, als es ihrem Bevölkerungsteil von rund zwei Millionen Menschen entspricht. Ihr nationales Selbstbewußtsein ist seit über einem Jahrzehnt wieder kräftig erstärkt. Da ihnen im Lande aber keine eigenständigen Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden, drängen sie vehement in die Emigration. Mehr als 200 000 von ihnen konnten bis Ende des vorigen Jahrzehnts die Sowjetunion verlassen, oft erst nach langwierigen und riskanten Auseinandersetzungen mit den Behörden. Mindestens noch einmal so viele möchten ihnen folgen.

Die Klage ist kompliziert

Seit Moskau den Staat Israel außenpolitisch bekämpft und wieder als Hort des „Zionismus" verteufelt, ist die Lage der sowjetischen Juden noch komplizierter geworden. Zionismus bedeutet nach neuester Lesart dasselbe wie Faschismus. „Eines ist ganz klar: Sollte es so weitergehen, wird man Ministerpräsident Begin, General Sharon und ihren Anhang unverblümt Nazis nennen und Israel einen faschistischen Staat", hieß es am 7. Januar in der Zeitschrift „Neue Zeit". Inzwischen ist es soweit. Sowjetische Juden, die der Politik Israels Verständnis entgegenbrächten, würden sich also in das Lager der schlimmsten politischen Verbrecher begeben, die das Moskauer Propaganda-Arsenal kennt. Und wer gar nach Israel auszuwandern wünscht, erklärt damit seine Bereitschaft, sich einem Menschheitsfeind in die Arme zu werfen. Das kann die Sowjetunion nicht dulden.

„Seinem Wesen nach vereinigt der Zionismus in sich extremen Nationalismus, Chauvinismus und rassische Intoleranz, die Rechtfertigung territorialer Eroberungen und Annexionen, bewaffnetes Abenteuertum, den Kult, in der Politik sei alles erlaubt, Straflosigkeit, Demagogie und ideologische Diversionen, schmutzige Manöver und Verrat." Diese dröhnende Kanonade ist Bestandteil eines „Appells", mit dem acht Sowjetjuden, hochrangige Vertreter des sowjetischen Geisteslebens und ein Generaloberst, am 1. April in der „Prawda" zur Schaffung einer „freiwilligen Organisation" aufriefen – des „antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit". Vorsorglich verwahrten sie sich gegen den Vorwurf des Antisemitismus. Der in der Sowjetunion angeblich ebenso abgelehnt wird wie der Zionismus. Gleichzeitig verkündeten sie kategorisch: „Die jüdischen Bürger der UdSSR sind ein untrennbarer Bestandteil des Sowjetvolkes."

Was untrennbar ist, kann sich nicht lösen. Tatsächlich ist die Auswanderung sowjetischer Juden praktisch beendet worden: Nach einem anschwellenden Strom in den siebziger Jahren mit dem Höhepunkt von über 51 000 im Jahre 1979 schrumpfte die jüdische Emigration auf 2692 im vorigen Jahr zusammen. Die Ausreise von Sowjetdeutschen sank gleichzeitig ähnlich drastisch ab.

„Israel ist ein Werkzeug des amerikanischen Imperialismus", das Washington nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Afrika und selbst in Mittelamerika einsetzt. Für diese Behauptung sammelt die Propaganda immer neue „Belege". Um die Wirkung bei Palästinensern, sogenannten progressiven arabischen Regimes und Entwicklungsländern zu erhöhen, hat sie das Phänomen des „Weltzionismus" erfunden, dessen Führer in den USA residieren. Fasziniert von der Möglichkeit, Amerikaner und Israelis dadurch faschistischer Gemeinsamkeit bezichtigen zu können, scheint Moskaus Propaganda die fatale Nähe zum Begriff des „Weltjudentums" von einst ungerührt in Kauf zu nehmen.

Die „sowjetische Öffentlichkeit" brachte ihr „antizionistisches Komitee", wie nicht anders zu erwarten, rasch zustande: Drei Wochen nach dem Appell trat der Mitunterzeichner Generaloberst Dawid Dragunski an seine Spitze. Auf einer Pressekonferenz bescheinigte er der sowjetischen Post eine bisher nicht für möglich gehaltene Spitzenleistung: „Buchstäblich einen Tag nach der Veröffentlichung des Aufrufes gingen Briefe und Telegramme ein", in denen eine „wahrhafte Begeisterung" der Bevölkerung für die neue Schöpfung zum Ausdruck kam.

Kreml bleibt beweglich

Zur Sache konnte Dragunski mitteilen, daß sich „die Verbrechen Begins und seiner Stürmer kaum von den Greueltaten der Nazis unterscheiden": Es sei an der Zeit, „den Kampf gegen den internationalen Zionismus organisierter zu führen". Ende Juli meldete er in der „Prawda" weitere Fortschritte: Der Vorstand verfüge bereits über ein Aktionsprogramm zur Entlarvung des Zionismus. Untergliederungen des Komitees entstehen bereits in Republiken und Städten der Sowjetunion.

Innenpolitisch bedeutet die nun laufende Kampagne einen Rückfall in den politischen Antisemitismus, der vor etwa zehn Jahren in der Sowjetunion hohe Wellen schlug. Zum Auftakt wurden schon damals jüdische Bürger mobilisiert, die öffentlich „Verbrechen des israelischen Militärs" zu brandmarken hatten.

Die sowjetische Außenpolitik aber läßt sich nicht zum Gefangenen der eigenen feindseligen Propaganda machen. Der tagelange Aufenthalt israelischer Oppositionspolitiker in Moskau, über den die Presse allerdings kaum ein Wort verlor, bezeugt die taktische Beweglichkeit des Kreml. Sie wird auch in zwei Berichten der Wochenzeitung des parteifrommen Schriftstellerverbandes angedeutet: In großer Aufmachtung beschrieb ein Spezialkorrespondent der „Literaturnaja Gaseta" die innenpolitische Situation Israels und ließ dabei hoffnungsvolle Töne anklingen. Im Land der „neuen Faschisten", erfahren seine Leser, gebe es nicht nur eine rührige KP und eine „Gesellschaft Israel-UdSSR", sondern auch eine „Initiativgruppe für bessere Beziehungen zur Sowjetunion" sowie ein allgemeines Interesse an diplomatischen Beziehungen. Den Juden der Sowjetunion aber hilft das nicht.

Die Wahlen in Nigeria stiften Verwirrung

Bewußt gefälscht oder organisatorisch überfordert?

B. RÜTTEN, Bonn

Augustine Akene, aussichtsreicher Kandidat der oppositionellen „Unity Party of Nigeria" (UPN) für den Gouverneursposten im Bundesstaat Rivers, fand seinen Namen nicht auf der Wählerliste und konnte daher seine Stimme nicht abgeben. Hunderten seiner Anhänger erging es ebenso. Dabei enthielt die Liste im Bundesstaat Rivers etwa 90 Prozent mehr Wahlberechtigte als bei den Wahlen im Jahre 1979.

Konspiration oder Konfusion, fragen sich die Nigerianer, die seit Anfang August in vierwöchigem Wahlmarathon (Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Parlamentswahlen) aufgerufen sind, ein Musterbeispiel für Demokratie in Afrika abzugeben.

Die bis wenige Tage vor Beginn der Wahl geheimgehaltenen Wählerlisten waren eine Sensation, mehr noch als



Verlor im Biafra-Krieg und jetzt bei der Wahl: Odumegwu Ojukwu FOTO. CAMERA PRESS

es die Wiederwahl Präsident Shagaris gleich im ersten Wahlgang war. Zwar ist die tatsächliche Einwohnerzahl Nigerias unbekannt. Daß aber die Zahl der Wahlberechtigten innerhalb von vier Jahren von etwa 48 Millionen auf mehr als 65 Millionen und damit um 34,6 Prozent angestiegen sein soll, fand selbst die regierungseigene Presse erstaunlich.

Noch verwirrender war, daß die Veränderung in der Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Bundesstaaten ganz unterschiedlich war. Den Rekord hielt der Staat Kaduna mit einer Zuwachsrate von fast 94 Prozent, während Plateau – eine sichere Hochburg der oppositionellen „Nigerian People's Party" (NPP) – eine Verringerung der Wahlberechtigten um etwa zwölf Prozent vermerken mußte. In Modakeke im Bundesstaat Oyo gab es plötzlich mehr Wähler als Einwohner: Die UPN-Vertreter – jede Partei hat das Recht, einen Vertreter zur Beaufsichtigung zu entsenden – waren in den Wahllokalen brutal zusammengeschlagen worden. UPN-Chef Awolowo mußte empfindliche Stimmenverluste hinnehmen.

In manchen Gegenden wurde gar nicht gewählt, weil keine Wahlurnen und Stimmzettel oder keine Wahlbeamten vorhanden waren. In Kaiama im Bundesstaat Rivers traf das „Wahlmaterial" endlich um 5 Uhr nachmittags ein. Das Wahllokal wurde dennoch pünktlich um 6 Uhr geschlossen.

Daß die unterlegenen Oppositionsparteien schon jetzt einmütig die Wahlen als „die größte Fälschungsaktion in der Geschichte des Landes" bezeichnen, erscheint unter diesen Umständen verständlich. Schon 1979 war es zu Wahlmanipulationen gekommen. Das Ergebnis war damals so knapp, daß Shagari nur mit Hilfe einer umstrittenen Gerichtsentscheidung Präsident werden konnte. Der Makel der „gestohlenen Präsidentschaft" haftet ihm bis heute an.

Zahlreiche Oppositionspolitiker haben Wahlanfechtungsklagen eingereicht, die jedoch nur in den seltensten Fällen Aussicht auf Erfolg versprechen. Daß Wahlen in größerem Umfange wiederholt werden, erscheint aus praktischen Erwägungen wenig wahrscheinlich. Immerhin haben die Behörden den Fortgang der Wahlen – (Senatoren) – in den Bundesstaaten Oyo und Ondo wegen zunehmender Gewalt aussetzen müssen. Bisher sind bei Ausschreitungen während der Wahl mehr als 100 Personen getötet worden.

Odumegwu Ojukwu, der vor 15 Jahren Ost-Nigeria unter dem Namen Biafra abzuspalten versucht und damit einen blutigen Bürgerkrieg ausgelöst hatte, ist bei den Senatswahlen offenbar durchgefallen. Nach ersten Auszählungsergebnissen stimmten seine eigenen Ibo-Landsleute mehrheitlich für Ojukwus Rivalen von der NPP, Edwin Onwudiwe, der früher Gesundheitsminister war.

Beobachter erinnern an die Warnung Awolowos, Shagaris unterlegener Gegenspieler bei den Präsidentschaftswahlen, daß das Volk das Recht in die eigenen Hände nehmen werde, wenn die Regierung die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen nicht garantieren könne. Ob Wahlmanipulation oder organisatorische Unfähigkeit oder beides – die Regierung Shagaris, die große Stimmengewinne verbuchen konnte und somit Nutznießer der Verwirrung ist, wird sich in Zukunft gefallen lassen müssen, daß ihr demokratischer Anspruch in Frage gestellt wird.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Gebietsvertretungen für exklusives skandinavisches

Ausbauhausprogramm

aus massiv verklinkerten Fertigteilen zu vergeben.

Unser überdurchschnittliches KNOW-HOW sollte von Fachleuten angeboten werden.

Dieses Programm bietet auch eine ideale Ausgangsposition für Bauunternehmer als Franchising-Partner.

Ihre Anfrage richten Sie bitte unter R 8908 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einmalige Chance

Für neues Unternehmen mit Marktlücke werden noch einige Mitarbeiter für selbständige Tätigkeit (keine Versicherung, keine Immobilien, keine Warenbetreuung) gesucht. Sehr hohe Verdienstmöglichkeit. Wichtig: unternehmerisches Denken, geringes Startkapital. Zwecks Terminvereinbarung rufen Sie uns bitte nur heute von 10.00 bis 19.00 Uhr an. Tel. 0 40 / 7 37 36 40

Bedeutendes Handelsunternehmen ist im Hamburger Raum an der Übernahme folgender Aktivitäten interessiert:

- **Baumarkt**
- **Chemikalienhandel**
- **Heizungs- bzw. Haustechnik**

Zuschriften, die vertraulich behandelt werden, erbeten unter N 8972 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

الدليل العربي لالمانيا

Deutschland – Ein Reiseführer für Araber

erscheint im Nov./Dez. Geschrieben in arab. Sprache und für die Mentalität der Araber.
Kostenloser Eintrag und Insertionsmöglichkeiten für alle, die arabische Geschäftsleute und/oder Touristen ansprechen wollen. Fragebogen und Mediaunterlagen anfordern bei: Arabic Publications, Bismarckstr. 31, 6050 Offenbach, Tel. 06 11 / 81 06 88

Wir sind ein überregional erfolgreiches Partnervermittlungsunternehmen. Wir wachsen mehr und mehr und suchen für mehrere Gebiete

selbst. Repräsentanten / Lizenznehmer

mit allen Rechten, auf Unternehmerbasis.

Ihre Voraussetzungen: Guter Leumund und Umgangsformen. Sie verfügen entweder über Eigenkapital oder wir greifen Ihnen wirtschaftlich unter die Arme.

Ihre Kurznachricht an: SIE + ER, H.M.P., 6096 Raunheim, Stadtzentrum.

Tel.: 0 61 42 / 4 28 33 (auch Sa. & So.)

Zukunftsweisendes Unternehmen auf dem Gebiet der „Magnetfeld-Therapie" bietet:

Die Chance für Sie!

Sich mit Erfolg selbständig zu machen. Bundesweit vergeben wir noch kompl. einger. „Magnetfeld-Therapie-Inst." (3 Monate nach Vertragsabschluß) auf Franchise-Basis. Ausgereiftes Know-how, da eigene Praxis vorh. Sie benötigen DM 50 000,–. Wenn Sie die Selbständigkeit reizt, zeigen wir Ihnen den Weg zum Erfolg. Anfragen nur von solv. Interessenten mit guter Bonität.

INSTITUT FÜR MAGNETFELD-THERAPIE
1000 Berlin 33, Hagenstraße 26, Tel. 0 30 / 8 26 42 04

VERTR.-ORGAN. f. d. Vertrieb v. BIOLKOSMETIK-Produkten ges.

Zuschr. erbeten unter E 8899 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Freizeit-Bedarf GmbH
im Raum Düsseldorf
übernimmt Vertretungen.

Auch unterschiedliche Sortimente. Produkte der Angebote sollen im hauseigenen Katalog angeboten werden.

Angebote unter A 8233 an WELT-Verlag, Postf. 100864, 4300 Essen.

Werbe- und Wirtschaftsberater

mit großer Erfahrung im Dienstleistungsgewerbe hilft Ihnen, Ihren Umsatz zu steigern oder Ihre Werbung preiswerter zu gestalten. Größte Diskretion zugesichert.

Zuschriften unter G 8901 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Max. Aktiengewinne

Börsensoftware f. Apari 800 (Analysen-Charts, Renditeberechng. – Kauf- u. Verk.-Tips).
Info.: Softw. Goll, Pf. 52, A-1191 Wien

Übersetzungen

span./deutsch/span., geschäftl. u. priv. Korrespondenz übern. Renate Minning u. Gloria v. Paschkewitsch, Witzlebenstr. 87, 31 Celle
Tel. 0 51 41 / 5 45 48

US-Weltneuheit

Pat. spez. Sonnenbrillen für alle Sportdisz. in vielen Ausführ. Interess. f. Handelsverk. i. ges. Bundesgeb. und Berlin.

Zuschr. unt. P 8973 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieurgesellschaften!

Deutsch-irisches Ingenieur- u. Architekturplanungsunternehmen bietet tätigen Kooperationspartnern Zugang zu interessantem steuerfreien Standort mit leistungsfähiger u. kostengünstiger Struktur in Irland.

Zuschr. unt. R 8974 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

GmbH-Mantel

für Augenoptik-Fachgeschäfte mit über 500 000,– DM im Jahre 1982.

Zuschr. erb. u. W 8979 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

„Ich verkaufe alles"

Aktives Top-Verkäufer-Team hat noch Kapazitäten frei.

Schnellkontakt über F 8900 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA-Repräsentanten

Renommiertes deutsches Immobilien-Vertriebs-Unternehmen sucht für seine Abtlg. „Exklusive USA-Immobilien" (Florida, Golf von Mexiko) 4 qualifizierte Repräsentanten/Agenturen (Damen o. Herren) für den Verkaufsbereich BRD u. West-Berlin.
PS: Wir bieten auch Immob.-Agenturen/Maklern für den Bereich Spanien-Immobilien eine lukrative Mitarbeit an.
Aussagefähige Bewerbungen unter T 8910 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln

bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

Exportieren Sie Ihre Produkte nach Australien

Australischer Importeur, der auf Vorverkäufe und direkte Vertriebsverfahren spezialisiert ist, sucht Produkte deutscher Herstellung. Interessant sind nur Unternehmen, die uns Ihre Exklusiv-Vertriebsrechte für Australien überlassen.

Bitte senden Sie uns Broschüren, und nennen Sie uns Ihre Preise sowie nähere Einzelheiten:

Saint John Import Co., 16 St. Georges Terrace, PERTH 6000, Western Australia, Tel.: Australien 09 – 325 1399, Telex: Australien AA 94417 (SNOCO)

International tätiger Hersteller

sucht für den Vertrieb eines verkaufsstarken und konkurrenzlosen Produkts in den Bereichen Non-food und Gastronomie-Hotelservice erstklassige Vertriebsorganisationen für die Gebiete

Rhein-Main, Hamburg/Schleswig-Holstein, Köln/Düsseldorf.

Bewerbungen erbeten unter P 8907 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter

zur Betreuung der Automobil-Industrie gesucht.

Wir sind ein eingeführter Erstausrüster in der Automobil-Industrie mit Gummiform- und Gummimetall-Verbindungen.

Interessenten, die im Automobil-Sektor als freie Industrievertreter tätig sind, über Erfahrungen verfügen, werden um Kontaktaufnahme unter S 8975 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, gebeten.

Unabhängiges Unternehmerpaar
sucht Auftrag für Pkw oder Transporter, gerne auch Ausland.
Zuschr. u. Z 8916 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsgruppe sucht Bauträger
od. Partner f. baureife Spitzenobjekte im Raum Timmendorfer Strand.
BAP: 5804 Herdecke, Tel. 0 23 30 / 7 30 36

Vertriebsleiter

42 J., Betriebswirt, prakt. Erfahrungen in Industrie u. Handel, sucht neuen Wirkungskreis im Raum Hamburg. Schwerpunkte: Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen u. Führungseigenschaften, Teilnahme an Management- u. Verkaufsschulungen, Kenntnisse in Einkauf u. Materialwirtschaft.
Angeb. erb. u. PK 46 877 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Polizeibeamter

mit langjähriger Berufserfahrung sucht interessanten neuen Wirkungskreis in der freien Wirtschaft.
Angeb. u. B 8830 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkauf/Vertrieb

Gebiets-Verk.-Leiter, 38 J., verh., Wohnort PLZ 3000, Handelsfachwirt, 17 J. Vertriebserfahrung im Pharmabereich (Apotheke) sowie in Orga., Kontrolle, Schulung. Arbeitsfreudig, selbständig, verantwortungsbew., belastb. u. flexibel, sucht neues Aufgabengebiet.
Zuschr. u. V 8934 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt

mit volljuristischer Ausbildung und breitem Erfahrungsspektrum sucht neue Aufgabe in NRW ab 1. 1. 84.
Zuschr. erbeten unter U 8933 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bilanzbuchhalter (IHK)

Industriekfm., 36 J., verh., Erfahr. als Buchhaltungsl., Controller, kfm. Leiter, sucht neue, interessante Aufgabe.
Angeb. erb. u. U 8889 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

KAUFMANN

39 J., sucht ein neues Aufgabengebiet in Handel oder Industrie. Vorzugsw. Ausland. 4 Jahre Afrika-Erfahrung, zur Zeit in einem Industrieunternehmen in Saudi-Arabien tätig. Kontaktaufnahme im September bei Deutschland-Aufenthalt möglich.
Zuschriften erbeten unter S 8931 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Rechtsanwalt
der die Praxis verkleinert, sucht für seinen
Bürovorsteher, 37 J.
neuen verantwortungsv. Tätigkeitsbereich im Raum Hamburg, Lüneburg, mit Schwerpunkten: Kosten- und Verfahrensrecht, ZV und Organisation.
Angeb. erb. u. PL 46 878 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Dipl.-Kfm./EDV

28 J., verh., Prädikatsexamen, Berufserfahrung: Kreditversicherung, EDV-Organisation und -Beratung, Marketing und Vertrieb, sucht Aufgabe im Bereich EDV, Organisation und Verwaltung.
Ang. u. PP 46 881 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Promovierter Dipl.-Mathematiker

27 J., Nebenfach Physik, Diplom 79, Promotion 82, jeweils „sehr gut", Programmierkenntnisse, z. Z. im Hochschuldienst, sucht neue Stellung.
Zuschr. u. N 8884 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbau-Ing. (45 J.)

langjährige Praxis als Vertriebsing. im RGW-Bereich und Jugoslawien, beste Verbindungen zu den entsprechenden Außenhandelsorganisationen, sucht Vertretung oder Verkaufsbüro für Wkzg.-Maschinen, Spezialmaschinen oder Anlagen. Büro, Tx. usw. vorhanden.
Angeb. erb. u. B 8896 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Für unsere

Generalvertretung Zawawi Trading Company in Oman

suchen wir einen

EDV-Koordinator

Das Aufgabengebiet umfaßt Unterstützung bei der Anwendung der EDV auf dem Ersatzteil-Sektor.

Präzisieren der Anforderungen des ET-Bereiches bis zur Dateneingabe, Erstellung von Systemdokumentationen. Vorbereitung der Belege-Verarbeitung. Kenntnisse der Logik und Systematik der angewandten Dispositionsformel sowie nach Abstimmung mit der ET-Leitung in bezug auf Änderung der Parameter. Erstellung von Anwenderhandbüchern.

Schulung von Mitarbeitern auf bestehenden bzw. neuen Systemen.

Für diese Tätigkeit wünschen wir uns einen Mitarbeiter mit abgeschlossener kaufmännischer Ausbildung, detaillierten Fachkenntnissen auf dem Ersatzteilgebiet und fundierten Kenntnissen auf dem EDV-Sektor. Gute englische Sprachkenntnisse sind unbedingt erforderlich.

Bewerber, die sich für diese Aufgaben interessieren und die geforderte Qualifikation besitzen, bitten wir, uns ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugniskopien und Lichtbild zur Weiterleitung zuzusenden.

Daimler-Benz AG
Personalwesen
Zentrale
Postfach 2 02
7000 Stuttgart 60



danit®
HERSTELLER VON HARTMETALL

Wir zählen zu den größten Hartmetall-Herstellern mit Produktionsstätten in Dänemark, Frankreich und den USA!

Zur Erweiterung unserer deutschen Verkaufsorganisation suchen wir für den Vertrieb unseres Wendeschneidplatten-, Halter- und Fräskopf-Programms einen dynamischen

Verkäufer

für den Außendienst

Der Bewerber sollte ein Zerspanungsfachmann sein und eine langjährige Berufserfahrung auf diesem Sektor nachweisen können. Wünschenswert wäre ein Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder Südhessen.

Wenn Sie der gesuchte Fachmann sind und Interesse haben, in einem dynamischen Team zukunftsorientiert zu arbeiten, senden Sie bitte Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen, die vertraulich behandelt werden, an

Danit Hartmetall GmbH
Postfach 300320, 5000 Köln 30

Aufgrund des Einsatzes unserer qualifizierten Mitarbeiter sind wir groß geworden. Wir wachsen weiter und suchen einen

Außendienstmitarbeiter

für PLZ 2000 – 2999

zur Beratung, Betreuung und zum Ausbau unseres bestehenden Kundenstammes, dem Elektrofachhandel und deren Kundendienste.

Es handelt sich um eine ausbaufähige, anspruchsvolle und selbständige Aufgabe, die Verhandlungsgeschick und Bereitschaft zur Reisetätigkeit verlangt.

Ist das die Position, die Sie suchen? Dann wenden Sie sich bitte sofort an unseren F.-J. Kok.

Menz und Könecke GmbH
Kölner Str. 33, 4054 Nettetal 2, Tel.: 0 21 57 / 15 33 + 15 34

STELLENGESUCHE

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stelle für:
Bundesanstalt für Arbeit

1137

Techn. Angestellter

57, verh., Ausb. als Schlosser, Maschinenbautechniker, Refa-Ausbildung, 7 J. Erf. Betriebs- u. Produktionsleitung in mittlerem Betrieb, 15 J. Erf. als AV-Leiter, Plan-, Teil- u. Vollkostenrechnung, Materialfluß, Produktionssteuerung, überwiegend im Maschinenbereich; sucht verantwortungsvolle Tätigkeit in Arbeitsvorbereitung, Produktion, techn. Betriebswirtschaft.

Auskünfte erteilt: Herr Heidenreich
Fachvermittlungsdienst Mainz, Schießgartenstraße 6
6500 Mainz 1, ☎ 06131/252-256, FS 4187015

ABSATZPROFI

38 Jahre, „klassische" Marketingkarriere bei renommiertem Markenartikeluntern., umfassende Führungsverantwortung, derzeit mit ca. 150 Mitarbeitern verantwortl. für Marketing und Vertrieb in einem Unternehmen der Konsumgüterindustrie.

Gesucht: Die „letzte Adresse".

Bedingung: Einen adäquaten Freiraum für einen leidenschaftlichen und souveränen Absatzwirtschaftler.

Zuschriften erbeten unter U 8823 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industrieanlagen
Beratung – Verkauf – Management

Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtsch.-Ing., 34 J., ungekündigt, 6 J. Erf. in Projekt., Planung, Verkauf auch im Ausl., gute Englischkenntn., ausbauf. Französischkenntn., sucht verantwortl. Position, evtl. auch UB oder Ing.-Büro, Norddeutschland bevorzugt.
Angeb. u. E 8965 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Rechnungswesen / Finanzen

Ausbildung: Dipl.-Kaufmann, Ausbilderprüfung. ● **Berufserfahrung:** Leitende Positionen mit Schwerpunkt Rechnungswesen, Controlling, Finanzierung, Planung, EDV-Anwendung, Versicherung, Steuern, Personalverwaltung in Handel, Industrie und Dienstleistung. ● **Sprachkenntnisse:** Englisch. ● **Alter:** 41. ● **Gesucht:** Position, die Verantwortung und Beweglichkeit fordert.

Kontakte bitte über L 8970 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GEBIETSVERKAUFSLEITER

Bereich Nahrungs- und Genußmittel, 45 Jahre, ein aktiver Gestalter, der Impulse zu geben vermag und langjährige Erfahrung zur Führung von Mitarbeitern (kooperativer Stil) und Handelsagenturen besitzt, sucht eine neue Herausforderung als

Verkaufsleiter Nielsengebiet

Erfahrung in Budgetplanung/Überwachung, Handelsmarketing, Schulung von Mitarbeitern, Verkaufsförderungsplanung, beste Kontakte zu allen wichtigen Handelspartnern und -zentralen konnte ich mir in 13 Jahren Außendienst aneignen.

Zuschriften erbeten unter M 8905 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter

52 Jahre, mit 25jähriger Erfahrung in Nordamerika, sucht entsprechende Position.

Zuschriften erbeten unter C 8897 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welche Versicherungs-Ges.

bietet Entwicklungsmöglichkeiten in der Assekuranz. Orga.-Verkaufsleiter, 37 J., verh., Jurastudium, in ungekünd. Stellung, sucht nach mehrjähriger erfolgreicher Tätigkeit in Süddeutschland aufgrund priv. Veränderung Führungsposition im Großraum Ruhrgebiet.
Zuschr. erbeten unter T 8932 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Stellengebiets-verkaufsleiter

10 J. Außendiensterfahrung, sucht neuen Wirkungskreis als Verkaufsleiter im norddt. Raum.
Ang. u. L 8904 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

VOLLJURIST

28 J., verh., mit Prädikatsexamen, Englisch- und Japanischkenntnissen, mehrfachen Japanaufenthalten, sucht herausfordernde Anfangsstellung bei Unternehmen, Bank, Verband, WP oder RA. Auslandstätigkeit angenehm.
Zuschriften erbeten unt. S 8909 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger, flexibel eingestellter
Maschinenbau-Ing.
sucht neuen Wirkungskreis. Bewandert im allgemeinen Maschinen- und Anlagenbau mit mehrjähriger Praxis im Rohrleitungsbau (Kernkraftwerke), Baustellenerfahrung, auf diesem Gebiet in allen Bereichen einsetzbar. Angebote unter H 8968 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Angest.

17 J. Außendienst Bereiche Farben, Lack, Gummi/Kunststoff, Papier/Chemische Industrie, sucht neue Anstellung z. 1. 1. 84 f. Innen- und/od. Außendienst. Raum Norddeutschl. bevorzugt.
Zuschriften erb. u. U 8911 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Housekeeper - Cook

Butler, Anf. 40, led., beste Erfahrungen u. Kenntnisse des gesamten Privathaushalts, gute Referenzen, su. Dauerstellung.
Zuschr. an PS 46 883 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Innenarchitektin BDIA

30, selbständig, sucht neue Aufgabengebiete, auch in freier Mitarbeit, im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. PA 46869 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

30jähr. Bau- u. Maschinenschlosser m. guten Schweißkenntnissen u. Wartung von gr. Dieselmotoren, sucht interessante Auslandstätigkeit (techn. Offiziersassistent).
Zuschriften unter W 8913 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sonderangebot

Gebildeter, attraktiver Frühpensionär (Single), perfekter Hobby-Handwerker, z. Z. resident in Spanien, bewohnt und versorgt kostenlos Ihren schönen Besitz in einem Sonnenland.
Anfragen unter R 8886 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtin

45 J. (mit 10jähr. Sohn), 30 Jahre Berufserfahrung, 13 Jahre selbständig, sucht wegen Scheidung zum Winter oder Frühjahr 1984 neuen verantwortungsvollen Wirkungsbereich. Bin Allround-Typ u. mit allen Sparten wie Großküchen, Stoßbetrieben, Hotels, Gaststätten, Kantinen, Cafés u. Weinstuben vertraut.
Zuschr. erb. u. U 8977 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Prokurist

44 Jahre, Praktiker, sucht für Anfang 1984 eine neue Aufgabe im Raum Norddeutschland. Langj. Erfahrungen in den Bereichen: Finanz-/Rechnungswesen u. Controlling, Erfolgsplanung, Revision, Versicherungen, EDV, Logistik, allg. Verwaltung, Außenhandel.

Angeb. u. PW 46 885 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Leiter der kaufm. Verwaltung

Dipl.-Volkswirt, 45 J., detaillierte Erfahrungen auf den Gebieten Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, Vertragswesen, Personal, EDV/Organisation, Praxis im intern. Geschäft – überwiegend Ostblock, sucht per 1. 1. 1984, ggf. früher, leitende Position in Handel, Dienstleistung oder Verband.
Ang. unter K 8969 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Manager Administration/Finances

sucht neue Aufgabe in Deutschland, Europa oder Übersee. Anf. 30, verh., Kinder, ungek., seit langem in intern. Unternehmen der Transportbranche tätig. Erfahrung in allen Bereichen moderner Durchführung seiner Aufgabe und im Transportbusiness. Trotzdem branchenunabhängig. Englisch und Spanisch (Südamerikaaufenthalt in leit. Position).
Kontakt mit Infos über Ort und Art sowie ca.-Kondit. der Aufgaben erb. u. S 8887 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Oecotrophologin

22 Jahre, Examen 2/83, sucht Anfangsstellung in der Lebensmittelindustrie oder im Großhaushalt.
Angeb. u. M 8883 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann
– Allround-Kfm. –

38 J., langjährige Außendiensterfahrung, sucht neuen Wirkungskreis im Außendienst, Norddeutschland bevorzugt, keine Beding. Istgehalt o. Provision p. a.?
Angeb./Zuschr. erb. u. M 8971 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Chefarztsekretärin

42 J., mit langj. Erfahrung, versiert in neuer GOÄ, perf. Engl.-Kenntnisse, su. anspruchsvollen Wirkungskreis.
Angebote unter F 8966 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Reisender

35 J., sucht verantwortungsv. Position i. Außendienst. Evtl. Handelsvertretung. Seit über 12 J. bei den führenden Uhren- u. Schmuckgeschäften der PLZ 4 u. 5 bestens bekannt (8 J. Tissot AD, 4 J. Brillantschmuck).
Zuschr. erb. u. L 8838 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dynamischer, flexibler
Industriekaufmann
25 J., bisher Bilanzbuchhalter, sucht zum 1. 9. 83 neues Wirkungsfeld, möglichst Raum HH.
Angebote unter Z 8828 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieur (grad.)

sucht neue Aufgabe. Kenntnisse: Konstruktion, Entwicklung, Anlagenplanung, Export (14 J.), Übersee-Erfahrung, fließend Englisch. Sucht: Kundenberatung, Versuchsdurchführung, techn. Angebotsausarbeitung, auftragstechn. Abwicklung.
Angebote unter V 8978 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sprachtherapeutin

Fachgebiet Aphasietherapie, Hochschulabschluß, Praktika, sucht Stellung.
Angeb. unter N 8906 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Deutsch-Mexikaner

23 J., ledig, geb. u. wohnh. in México-City, Erfahrg. im Im- u. Exportgesch., Mutterspr. Deutsch/Span., sucht geeign. Posten für deutsche Firma in México.
Angebote unter D 8964 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Wirtsch.-Ing.

27 J., Studium in Hamburg, Examen: gut, Recht, Arbeitswiss., Materialflußplanung, Produktionstechnik, techn. u. kaufm. Praktika (auch Ausl./Engl.) sucht interessante Anfangsstellung.
Angebot erb. unt. G 8967 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Org.-Programmierer

25 J., IHK-Abschluß, Assembler, Cobol, BS 2000, sucht Erstanstellung.
Zuschr. erb. u. L 8882 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bauleiter

41, Maschinen- u. Stahlbau, mehrsprachig sucht Montageeinsatz im französisch sprechenden Ausland. Langj. Auslandserf. (Großbaustellen).
Angeb. u. Nr. 41 583, Sarag, Postfach 327, 6600 Saarbrücken

Verkäufer

34 J., mit Pkw, Innendienstverkaufserfahrung in Konsum- u. Investitionsgüterbr., sucht überreg. Reisetätigkeit, mögl. im Angestelltenverh.
Angeb. erb. u. PP 46825 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Französin, 25 Jahre, gute Englisch- u. Deutschkenntnisse, Abitur, 2 Jahre Ausbildung i. d. Werbebranche, Textverarbeitung, sucht Stellung in Dortmund o. Umgebung. Marie-Christine Brument, T-893 Residence Ch. Lorilleux, F- 92800 Puteaux.

Montageleiter

Anfang 40 J., langj. Erfahrung als Montage-/Projektleiter an Großprojekten, Min.-Ölverarb./Synfuels/Kraftw./Zellst.ff usw. sucht neue Aufgabe in englisch- oder französischsprechend. Ausland.
Angeb. erb. u. T 8888 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dachdeckermeister und Klempnermeister

40 J., sucht verantwortungsvollen Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. D 8788 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Examinierte Altenpflegerin

35 J., in ungekündigter Stellung, sucht Privatpflegestelle zum 1. Januar 1984.
Angebote erbeten unter D 8898 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.





Opposition fordert Pinochets Rücktritt und ein wirtschaftliches Notprogramm

Chile soll zur Demokratie zurückkehren / Stützen die Streitkräfte weiter das Regime?

Von MANFRED NEUBER

Rechtzeitig zum zehnten Jahrestag der Machtübernahme in Chile durch General Augusto Pinochet am 11. September ist eine neue Residenz für den Präsidenten fertiggestellt worden. Sie erhebt sich wie eine Zitadelle über der Hauptstadt Santiago.

Wie lange wird der Staatschef dort der Hausherr sein können? Pinochets politische Gegner behaupten, die Tage seines Regimes seien gezählt. Das ist wohl Wunschdenken. Mit Bauernschläue und Stehvermögen scheint der General auch die gegenwärtige Krise zu meistern.

Als aussichtslos gilt jeder Versuch, Pinochet durch einen Aufruhr zu stürzen. „Wenn die Marxisten gewaltsam vorgehen, werden sie niedergeschlagen", drohte der Präsident allen Chilenen, die auf der Straße protestieren. Noch steht die Armee hinter ihrem Befehlshaber.

Wenig wahrscheinlich ist die Vorstellung, er könnte durch einen Staatsstreich entmachtet werden. Auch die Forderung der verbotenen Parteien, Pinochet solle seinen Platz für eine Übergangsregierung räumen, ist derzeit „unrealistisch", wie die einflußreiche Zeitung „El Mercurio" bemerkte.

Offenbar will der Präsident seine angeschlagene Stellung durch Konzessionen an die konservativen Schichten festigen. Deshalb berief er den Botschafter Sergio Jarpa zum Innenminister, und zu diesem Zwecke betraute er den Zivilisten damit, Kontakte zur bürgerlichen Opposition herzustellen.

„Die Zeit ist reif"

Jarpa war früher Vorsitzender der konservativen Nationalen Partei. Ihr Elder Statesman, der greise Expräsident Jorge Alessandri, knüpfte bereits Verbindungen an zwischen Kabinettsmitgliedern, Militärs und Oppositionspolitikern, die nach einem friedlichen Ausweg in Santiago suchen.

Nach den Übergangsbestimmungen der neuen Verfassung muß bei einer Vakanz an der Staatsspitze die herrschende Junta aus ihren Reihen einen Nachfolger berufen. Besteht kein Konsensus, kommt im weiteren Wahlverfahren durch den Staatsrat der Präsident des Obersten Bundesgerichtes zum Zuge.

Bei freien Wahlen, so erklären Beobachter in Chile, würde der Präsident der chilenischen Christdemokraten siegen, der frühere Außenminister Gabriel Valdes. Auf einer Kundgebung aller demokratischen Kräfte sagte er kürzlich: „Die Zeit ist reif für einen Wechsel an der Spitze."

Das Bündnis der suspendierten Parteien, regimekritischer Berufsverbände und zugelassener Gewerkschaften verlangt den Rücktritt Pinochets, Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung und die Bildung einer Interimsregierung, die Chile bis zu Wahlen für ein Parlament führen soll. Pinochets Amtszeit nach der 1980 von zwei Dritteln der Chilenen gebilligten Verfassung endet erst 1989.

Anfang dieser Woche hat die neugegründete „Demokratische Allianz", der namhafte Politiker der Rechten, der Christlichen Demokraten, der bürgerlichen Radikalen, der Sozialdemokraten sowie der Sozialisten angehören, in einem neunseitigen Dokument ihre Vorstellungen von einer „nationalen Verständigung" zur Überwindung der schweren sozialen und wirtschaftlichen Krise umrissen.

Die Parteiführer, die von der Regierung als „bekannte politische Exhibitionisten" bezeichnet wurden, verlangen darin die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände, die volle Beachtung der Menschenrechte, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Auflösung der Sicherheitspolizei sowie ein Wirtschaftsnotprogramm.

Zur innenpolitischen Entspannung nach dem „nationalen Protesttag" am 11. August, bei dem 26 Personen ums Leben kamen, trägt die Ankündigung der Regierung bei, mehr als tausend ins Exil geflüchtete oder verbannte Chilenen dürfen heimkehren. Unter ihnen ist der Präsident der chilenischen Menschenrechtskommission, Jaime Castillo.

Durch Vermittlung der katholischen Kirche wird es nun zu einem Dialog zwischen Regierung und Oppositionspolitikern kommen. Aber die Christlichen Demokraten lassen sich noch nicht von der kompromißlosen Einstellung abbringen, daß ein Gespräch mit Repräsentanten des Pinochet-Regimes diesem Legitimität verleihe.

Der neue Innenminister Jarpa scheint aber die Kooperation von Repräsentanten der Parteien mit dem Versprechen zu gewinnen, die auf Pinochet zugeschnittene Verfassung könne geändert und schon bald durch ein Referendum sanktioniert werden. Vor Ende dieses Jahrzehntes werde es bestimmt einen aus Wahlen hervorgegangenen Kongreß geben.

Vetternwirtschaft

Seit Pinochet infolge der schweren Wirtschaftskrise die Unterstützung des Mittelstandes und eines großes Teils der reichen Familien des Landes verloren hat, hängt der Machterhalt für ihn von der Geschlossenheit der Streitkräfte ab. Aber auch da treten für ihn beunruhigende Anzeichen auf.

Marine und Luftwaffe sind verärgert, weil ihre Etats von den Sparmaßnahmen der Regierung betroffen sind. Luftwaffen-Chef Fernando Matthei betonte nach dem jüngsten Protesttag, seine Soldaten seien nicht in Zusammenstöße mit der Bevölkerung verwickelt gewesen. Und der pensionierte General Roberto Viaux, der 1969 gegen den christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei rebellierte und am Komplott gegen Präsident Salvador Allendes Heereschef, General René Schneider, verwickelt war, sagte klipp und klar: „Soldaten sollten nie als Polizei gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden."

Verliert Pinochet die Gefolgstreue der Offiziere, weil seine Familie in bisher in Chile nicht gekannte Korruptionsaffären verwickelt sein soll? Anfang dieses Monats trat sein Schwiegersohn Julio Ponce als Vizepräsident der staatlichen Entwicklungsbehörde Corfo zurück – aus „persönlichen Gründen". Der Vorwurf der Vetternwirtschaft wurde auch gegen die Ehemänner seiner beiden anderen Töchter erhoben.

Als sichtbares Zeichen der Verschwendung, die zum spartanischen Stil der chilenischen Militärs nicht paßt, erhebt sich jetzt die neue Präsidenten-Residenz in Lo Curro. Die Baukosten (60 Millionen Mark) sprechen der schweren Krise des Landes Hohn, meinen nicht nur Regimekritiker.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberge Allee 99, Postfach 20 08 66, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28 / 30 41, Telex 885 714

Kirche und Widerstand

Fast täglich werden wir davon in Kenntnis gesetzt, daß eine steigende Anzahl evangelischer Geistlicher im Namen des „Friedens" – wie sie sagen – zum Widerstand gegen die demokratische Ordnung in unserem Staat aufruft. Sie mißbrauchen dabei oft ihre Amtstracht, den Talar, um ihr Mißfallen an unserem Staat damit um so herausfordernder zu machen.

Vermehren sich diese Leute vielleicht darum so rapide, weil es heute so billig ist, öffentlich Mißfallen an unserem Staat zu zeigen?

Es ist noch nicht lange her, da war es riskanter, gegen den Staat zu demonstrieren; riskanter im persönlichen Leben und riskanter für den schmalen privaten Geldbeutel, das zu tun. Ich meine den Widerstand im Talar gegen Hitler und seinen Rassenwahn zwischen 1933 und 1945. Wo waren damals die evangelischen Pfarrer im Talar und ohne Talar im Widerstand? Als einer der wenigen Geistlichen, der als „sattsam bekannter Staatsfeind" – wie es im Schutzhaftbefehl des Gestapo-Chefs Heydrich geschrieben stand – war ich seit 1934 wiederholt in Haft, um die Jahre 1941–1945 als KZ-Gefangener Nr. 26 661 im KZ Dachau zu verbringen.

Wie minimal war damals die Zahl der evangelischen Geistlichen in KZ-Haft im Vergleich zu den katholischen Priestern! (Von 2500 gefangenen Geistlichen im KZ Dachau waren 2400 katholische Priester, von denen viele an Hunger und Seuchen verstorben sind. Dem standen rund 100 evangelische Geistliche gegenüber.) Das war Widerstand gegen Rassenwahn und Verbrecherstaat, Widerstand, der mit dem höchsten Risiko des eigenen Lebens geleistet wurde. Amtstracht war dem Geistlichen bei diesem Widerstand nicht gestattet. Statt dessen trug er den armseligen Häftlingskittel mit Gefangenen-Nummer und Winkel. Das war Kirche im Widerstand gegen die Brutalität des NS-Staates.

Wie lächerlich wirken daneben heute in der Bundesrepublik die wichtigtuerischen Demonstranten im Talar und ohne Talar!

Pfarrer Heinrich Albertz, Berlin, wollte – so sagte er zur Begründung seiner Anwesenheit bei den Demonstrationen gegen die Aufrüstung – „diesmal die Demonstranten nicht allein lassen, und nicht dazu schweigen, wie er es vor dem Krieg und von 1939–1945 getan habe". Schade, daß ihm das jetzt erst einfällt, wo es so billig geworden ist, für den „Frieden" zu demonstrieren und unsere demokratische Ordnung herauszufordern und in Frage zu stellen.

Chr. Reger, Pfr. i. R., Lorch / Weitmars

*

Sehr geehrte Redaktion,

man darf wohl annehmen, daß Pastor Heinrich Albertz noch im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist. Deshalb muß man sich gegen diesen spektakulären Fernsehauftritt eines prominenten Vertreters der Evangelischen Kirche zur Wehr setzen.

Herr Albertz will an einer Blockade teilnehmen. Als Christ weiß er aber, daß seine Freiheit da zu enden hat, wo die Freiheit des Nächsten beginnt. Als früherer hochrangiger Verantwortlicher für das Funktionieren unseres demokratischen Rechtsstaates sollte er wissen, daß niemals ein Grundrecht ein anderes aufheben kann, daß also auch das Recht auf Demonstrationsfreiheit des einen nicht das Recht auf Freizügigkeit für den anderen aufheben kann. Eine Blockade, eine Behinderung der Freizügigkeit, nötigt den anderen, auf ein Grundrecht zu verzichten. Das ist bewußter Rechtsbruch, eines Christen unwürdig.

Aber die Zeiten, da sich alle Pastoren die Pflicht auferlegten, gutes Vorbild zu sein, sind ja ohnehin vorbei.

Wenn Herr Albertz sagt, wir hätten „damals" durch unser Schweigen Schuld auf uns geladen und dürften deshalb heute nicht schweigen, hat er recht. Hätten wir damals den Westalliierten klarmachen können, daß sie nicht dem vertrauen dürften, was unser Diktator ihnen am Verhandlungstisch sagte und auch mit ihnen zusammen unterschrieb, sondern auf die vielen Parolen wie „Volk ohne Raum", „Germanische Herrenrasse", die Aufheizlieder „Es zittern die morschen Knochen" usw. hören müßten und sich über die tausendfach verbrieften Ziele der Nazis informieren sollten, hätten sie sicher gemerkt, daß die Hochrüstung des Deutschen Reiches nicht nur für die Verteidigung (gegen wen überhaupt?) und Führerparaden betrieben wurde. Sicher hätten sie dann so nachgerüstet, daß sie die Nazis von der Auflösung eines Krieges hatten abschrecken können.

Herr Albertz will Frieden schaffen ohne Waffen. Nun sagt aber gesunder Menschenverstand, daß man nur schaffen kann, was nicht ist. Bei uns herrschen Friede und Freiheit, und so dürfen wir sicher damit rechnen, daß er dorthin geht, wo Krieg ist und wo sich die Völker seit vielen, vielen Jahren nach Frieden, Freiheit und erträglichem Leben sehnen: nach Afghanistan, Kambodscha, Äthiopien oder wo immer Kommunisten im Auftrag Moskaus mit Krieg Angst, Tod und millionenfaches Elend säen. Ob sie wohl ihre Kalaschnikows zerbrechen, ihre Panzer sprengen, ihre Flugzeuge anzünden und ihre Kriegsschiffe versenken, wenn Herr Albertz kommt und ihnen verkündet: „Sehet, ich komme zu euch, ich werde Frieden schaffen ohne Waffen! Und nun werft schön euer Kriegsspielzeug weg!"?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Kampsmeyer, Hiddenhausen

Eine Lösung?

„Keine Solidarität"; WELT vom 13. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie schreiben in Ihrem Artikel, wie viele Jugendliche ihre Ausbildung nicht antraten, obwohl die Zusage vorlag. Sie schreiben: „Wie kann man dem Dilemma beikommen?"

Ganz einfach: Es wird bei der Einstellung ja ein Ausbildungsvertrag abgeschlossen, und der IHK eingereicht zur Genehmigung und Registrierung.

Die Lösung: Dieser Vertrag muß wieder ein Vertrag sein, und nicht wie bisher, nicht mehr als ein Blatt Papier. Wer den Vertrag nicht einhält, zahlt eine entsprechende Strafe, und damit wäre die Sache vom Tisch.

Haben Sie nicht den Mut, das auszusprechen, oder sind Sie nicht darauf gekommen?

Mit freundlichen Grüßen
Julius Gast, Recklinghausen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

REISE

Heinz Kühn, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung und ehemaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hält sich zu einem einwöchigen Besuch in Polen auf. In seinem Verlauf sind Gespräche mit den Partnerorganisationen der Stiftung sowie mit dem Vize-Außenminister **Ernest Kuczar** vorgesehen. In Breslau will Kühn Gespräche an der Universität führen und auf dem jüdischen Friedhof einen Kranz am Grab des Führers der Internationalen Arbeiterbewegung, **Ferdinand Lasalle**, niederlegen.

TODESFÄLLE

Dr. Arnold Rimpau, Präsident der Ärztekammer Hamburg, ist im Alter von 63 Jahren gestorben. Der Präsident der 7900 in Hamburg tätigen Ärzte, Leitender Arzt der Pathologischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses Altona, hat sich seit 1950 der ärztlichen Berufspolitik, zuerst im Marburger Bund, gewidmet. 1974 wurde er als Nachfolger von Prof. Dr. **Ernst Fromm** zum Präsidenten der Ärztekammer Hamburg gewählt und 1978 und 1982 in seinem Amt bestätigt.

*

Dr. **Hans Horak** (61), bis Ende April Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg, ist nach schwerer Krankheit gestorben. Horak, der seit 1977 die Arbeit der wirtschaftlichen Selbstverwaltung mit neuen Ideen und großem persönlichen Engagement von Stuttgart aus förderte, war Träger der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg.

Wort des Tages

„Der eigentliche Sinn des Reichtums ist es, freigiebig davon zu spenden."

Blaise Pascal, franz. Mathematiker und Philosoph (1623–1662)

Genscher: Auf keinen Fall verschieben

dpa/AP, Saarbrücken

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher will auf „gar keinen Fall" eine Verlängerung der Verhandlungsfrist in Genf unterstützen, wie sie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt befürwortet. Genscher, der damit gestern im Saarländischen Rundfunk den von Brandt unterstützten Vorschlag der griechischen Regierung auf sechsmonatige Verschiebung der Raketenstationierung eine Absage erteilte, appellierte an Moskau, „endlich die Blockade der Verhandlungen" zu beenden.

Der Zusammenhalt der NATO sei durch den griechischen Moratoriums-Vorschlag nicht gefährdet, sagte der Minister weiter. Dies gelte vor allem für Länder, die in der ersten Phase für die Stationierung in Frage kämen, also Italien, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland.

Allerdings gebe es „überhaupt keinen Zweifel, daß das Abrücken der SPD von der früheren gemeinsamen Position in Richtung auf die Position der Grünen in der Raketenfrage natürlich eine Schwächung der westlichen Verhandlungsposition ist", erklärte Genscher.

Infratest macht für USA Umfrage

rtr, Bonn

Durch eine Meinungsumfrage bei der westdeutschen Bevölkervng will die amerikanische Regierung herausfinden, ob Bundeskanzler Helmut Kohl den Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses innenpolitisch durchsetzen kann. Das Münchner Meinungsforschungsinstitut Infratest bestätigte gestern, daß es zur Zeit eine „Untersuchung zu aktuellen politischen Fragen" im Auftrag der „United States Information Agency" (Usia), einer Dienststelle des US-Außenministeriums, durchführt.

Eine weitergehende Stellungnahme lehnte der für die Untersuchung verantwortliche Infratest-Projektleiter ab, „da wir vertraglich an den Auftraggeber gebunden sind". Nach Informationen der Hamburger Illustrierte „Stern" wollen die amerikanischen Auftraggeber unter anderem wissen, für wie wahrscheinlich die befragten Bundesbürger die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland nach einem Scheitern der Genfer Verhandlungen halten.

Mutterschaftsgeld: Vier Monate lang 450 Mark?

Plan der Bundesregierung wird vermutlich verändert

GISELA REINERS, Bonn

Einen Tag vor der Beratung der CDU-Führung über die in der Union aufgebrochenen Meinungsverschiedenheiten über das Mutterschaftsgeld zeichnen sich drei Richtungen für eine Änderung ab. Daß es bei der von der Regierung beschlossenen Linie – Kürzung der Bezugsdauer von vier auf drei Monate und Senkung des Betrages von höchstens 750 auf 600 Mark monatlich – bleiben wird, ist dabei unwahrscheinlich.

Es gibt die Möglichkeit, es bei der jetzigen Bezugsdauer von vier Monaten zu belassen, den Betrag aber nochmals um 150 Mark auf 450 Mark zu senken. Das wäre kostenneutral; die Einsparungen und Mehrausgaben würden im Sozialetat stattfinden. Dies ist die Linie der CDU-Fraktion, die von ihrem Vorsitzenden Dregger gestützt wird.

Ein weiterer Weg ist von Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth vorgeschlagen worden: Durch Einkommensgrenzen sollen Mittel bei den Besserverdienenden gespart werden, die Bedürftige erhalten sollen. Dies wird von der FDP unter Hinweis auf verfassungsmäßige Bedenken abgelehnt. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, hat gewisse Sympathien für Späths Plan erkennen lassen.

Ein weiterer Vorschlag kommt vom CSU-Abgeordneten Höpfinger: Die auf 600 Mark gekürzten Beträge sollen vier Monate gezahlt werden; die benötigten 160 Millionen könnten bei Subventionen gestrichen werden. Dieses Vorhaben deckt sich mit der Auffassung der CDU-Frauenvereinigung und stößt auf gewisse Gegenliebe beim Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Barschel. Hier würde zwar das Gesamtkonzept von Finanzminister Stoltenberg nicht berührt, die Einsparungen würden jedoch auf einem anderen Feld als dem Sozialetat gesucht.

Stoltenberg sagte gestern in Bonn, wenn man über Veränderungen beim Mutterschaftsgeld reden wolle, könne man das am Donnerstag tun. Er sei jedoch optimistisch, daß das Sparziel erreicht werde. FDP-Chef Genscher forderte die Koalitionsparteien auf, „mit Kraft und Mut die hoffnungsvoll eingeleitete Wende zum Besseren konsequent fortzusetzen". Gemeinsames Handeln sei erforderlich. Sozialminister Blüm hatte am Tag zuvor die Kürzungen bei Mutterschaftsgeld und -urlaub verteidigt. Er warnte davor, die Kabinettsbeschlüsse durch neue Kompromisse zu verwässern.

Moskauer Vergeßlichkeit

„Trud" setzt Kampagne gegen „niedrige Plandisziplin" fort

FRIED H. NEUMANN, Moskau

„In der Welt der Planwirtschaft geht es systematisch und geregelt zu." An diese offizielle Phrase glauben nicht einmal die sowjetischen Propagandisten, die sie immer wieder verkünden.

Inzwischen haben nicht nur die Ökonomen von Nowosibirsk in ihrer Reformschrift darauf verwiesen, daß die erdrückende Übermacht der Plan- und Leitungsbürokratie die Wirtschaft behindert. Soeben veröffentlichte die Gewerkschaftszeitung „Trud" den Hilferuf eines Betriebes: Seit zwölf Tagen, schrieben Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeiter der metallurgischen Fabrik von Krasnij Sulin, bekämen sie weder Walzstahl noch Roheisen. Ein Produktionsstopp sei wohl unvermeidlich.

Was war geschehen? Das Ministerium für Schwarzmetallurgie, das wie Dutzende andere für die zentralistisch geführte sowjetische Wirtschaft praktisch als Konzernspitze fungiert, hatte die Verträge mit den bisherigen Lieferanten gekündigt. Es vergaß aber, andere mit der Belieferung zu beauftragen. Der in völliger Unselbständigkeit gehaltene Betrieb bemerkte das erst, als die Rohstoffe ausblieben.

Die Veröffentlichung in „Trud" ist wahrscheinlich gesteuert. Das Verfahren paßt gut zu der von Parteichef Andropow favorisierten Methode, Mängel in der Hierarchie durch Druck von unten aufzudecken. Das wird „sozialistische Demokratie" genannt, ist aber durchaus riskant: Wenn die Partei nicht aufpaßt, könnte sie rasch ein demokratisches Wunder erleben.

Stoltenberg: SPD hat nichts dazugelernt

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Entschieden haben sich gestern Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gegen die neuen Ausgabenpläne der SPD ausgesprochen. Am Vortag hatte der Bremer Sozialsenator Henning Scherf (SPD) einen 45-Milliarden-Vorschlag präsentiert, um die Arbeitslosigkeit um 750 000 Menschen zu reduzieren.

Für Hans-Dietrich Genscher bedeuten die Forderungen der SPD nach neuen Ausgabenprogrammen „in Wahrheit die Forderung nach einer neuen Flucht in die Staatsverschuldung". Gerhard Stoltenberg betonte in Bonn, dadurch würden die wirtschaftlichen Grundlagen in der Bundesrepublik weiter zerstört. Er warf den Sozialdemokraten vor, daß sie nichts aus ihrer Schuldenpolitik gelernt hätten. Nach Ansicht Genschers würde eine höhere Staatsverschuldung die deutlich erkennbaren Erholungstendenzen in der Wirtschaft auf das schwerste gefährden.

Genscher: „Die Bundesrepublik, für die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik steht, darf nicht um den Ertrag der mit viel Mut und Kraft neu eingeleiteten Wende in der Finanzpolitik gebracht werden."

Auch das System der sozialen Leistungen werde auf Dauer in seinen Grundelementen nur zu sichern sein, wenn der Prozeß der wirtschaftlichen Erholung fortgesetzt werden könne. „Unsozial handelt, wer der Bundesregierung bei ihrer Politik der Haushaltskonsolidierung in den Arm fällt." Die Devise müsse jetzt lauten: „Sparen, damit es wieder mehr und sichere Arbeitsplätze gibt." Die Erfolge der Politik der Bundesregierung könnten nur dann gesichert werden, wenn Leistungswille und Investitionsbereitschaft gefördert und nicht bestraft werden. Daher müsse eine fühlbare Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden. Daher erhebe die FDP Bedenken gegen pseudosoziale Einkommensgrenzen für Leistungsgesetze, die in Wahrheit zu unvertretbaren Belastungen und Entmutigungen der Empfänger mittlerer Einkommen führen. Stoltenberg verwies die SPD-Vorstellungen in die Skurrilitätenecke des Bonner Sommertheaters, an dem sich auch andere beteiligt hätten.

Wissenschaftler zu den Folgen eines Atomkriegs

Die vier Hauptfolgen eines globalen Nuklear-Holocaust

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die mutmaßlichen Folgen eines totalen Nuklearkrieges zwischen den Supermächten und neue globale Verteidigungssysteme zur Abwehr atomarer Raketenangriffe sind die beherrschenden Themen des diesjährigen internationalen Seminars über Atomkriege in der sizilianischen Stadt Erice bei Trapani.

Zu den Teilnehmern gehören prominente Wissenschaftler aus West und Ost. Das erste Ergebnis des Treffens besteht in der Erkenntnis, daß die nukleare Apokalypse als Folge eines Atomkrieges zwischen den USA und der Sowjetunion weit größere Ausmaße annehmen würde, als bisher vermutet.

Wissenschaftler beider Supermächte bekannten, daß sie auf diesem Feld in der Vergangenheit einigen Kalkulationsirrtümern verfallen seien. So seien beispielsweise bis vor kurzem noch die meisten Fachleute davon ausgegangen, daß die radioaktiven Rauch- und Staubwolken eines Atomkrieges zu einem mittleren globalen Temperaturrückgang von 1 bis 3 Grad führen würden. Die neuesten Analysen hätten jedoch weit alarmierendere Werte ergeben.

Die Amerikaner sagen jetzt mindestens 7 Grad Temperatursturz voraus, der sowjetische Mathematiker Wladimir Aleksandrow sprach in Erice sogar von 15 Grad. Für einige Länder wären schon 7 Grad gleichbedeutend mit dem Todesurteil. Für Kanada beispielsweise, dessen Premierminister Trudeau ebenfalls an der Tagung teilnimmt, würde ein mittlerer Temperaturrückgang von 5 Grad ausreichen, um den größten Teil des heute bebauten und bewohnten Landes in eine Eiswüste zu verwandeln.

Nach Darstellung Aleksandrows würden vor allem vier Faktoren im Falle eines Atomkrieges zwischen den Supermächten die Erde von Grund auf verändern:

1. Der durch Flächenbrände in Großstädten, Industriezentren und Waldgebieten erzeugte dichte Rauch, der sich in der Troposphäre ausbreiten und zu wochen-, wenn nicht monatelanger Dunkelheit führen würde;
2. die durch die Nuklearexplosion bewirkten chemischen Reaktionen in der Atmosphäre, die tödliche Stickstoffoxide erzeugen würden;
3. ein Staubschleier, der bis in die Stratosphäre vordringen und den ganzen Planeten wie ein Kokon umhüllen würde;
4. der Niedergang radioaktiver, für alles Leben schädlicher Stoffe auf der ganzen Erde.

Protestmarsch in Pakistan

150 000 demonstrierten / Opposition will Aktion ausweiten

rtr/AP, Islamabad

Bei dem bisher größten Protestmarsch der seit dem 14. August andauernden Aktionen gegen die pakistanische Militärregierung sind nach Angaben der Opposition sieben Menschen getötet worden. Bis zu 150 000 Menschen hatten sich am Montag nach Berichten von Augenzeugen an dem Marsch durch die Städte Khairpur und Ranipur in der Provinz Sind beteiligt. Offiziell wurde der Tod von drei Menschen bei Zusammenstößen mit der Polizei bestätigt. Für gestern hatte die Opposition zu einem Generalstreik in Quetta, der Provinzhauptstadt von Baluchistan, aufgerufen.

Die in der Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) vereinigten pakistanischen Oppositionsparteien haben angekündigt, die Protestaktionen gegen die Militärregierung von Präsident Mohammed Ziaul Haq nach dem Streik in Quetta auch auf weitere Landesteile auszuweiten. Nach Angaben der acht illegalen Oppositionsparteien sollen noch in dieser Woche Aktionen in der bevölkerungsreichsten Provinz Pakistans, Punjab, folgen.

Über das Ausmaß der seit zehn Tagen andauernden Proteste und ihre Opfer liegen unterschiedliche Angaben von Opposition und offizieller Seite vor. In einer gestern veröffentlichten Erklärung der MRD, die aus dem Gefängnis von Karatschi geschmuggelt wurde, hieß es, 60 Menschen seien bisher getötet und mindestens 15 000 verhaftet worden. Offiziell wurde nur der Tod von 17 Personen und die Verhaftung von etwa tausend Demonstranten bestätigt.

Seite 2: Das riskante Spiel

Präsident Reagan: „Friedensbewegung" schwächt Westen

AFP/rtr, Seattle

In scharfer Form hat US-Präsident Ronald Reagan die „Friedensbewegungen" im Westen angegriffen. Mit ihrem „modernen Gehabe und Spektakel" würden sie die „freien Völker" schwächen, sagte Reagan in einer Rede vor Kriegsveteranen in Seattle. Das Resultat könnte ein neuer Weltkrieg sein. Die Pazifisten zwischen den beiden Weltkriegen hätten bereits den gleichen Fehler begangen. Reagan sagte, wenn er glaubte, daß die „Friedensbewegungen" wirklich der Sache des Friedens dienten, würde er sich selbst an die Spitze der Bewegung stellen.

In der Rede griff Reagan auch die Sowjetunion scharf an. Er machte sie für die Spannungen in Afrika, vor allem in Tschad, verantwortlich. Nach seinen Angaben befinden sich derzeit mehr als 40 000 Militärs aus der UdSSR und ihren Satelliten-Staaten in Afrika. „Kein Wunder, wenn Afrika das Opfer von Konflikten und Spannungen ist", sagte der Präsident. Das beste Beispiel sei die „offene Aggression" gegen Tschad durch Libyen, das Moskau für „nahezu zehn Milliarden Dollar" aufgerüstet habe.

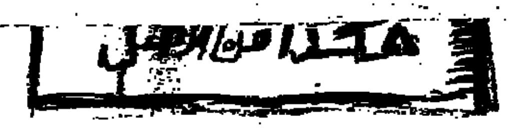
Treffen Bahrs mit Honecker?

hrk./DW. Berlin

Offenbar zu Gesprächen über den Stand der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen traf gestern der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr in Ost-Berlin ein. Dem Vernehmen nach hatte er zuvor auch andere Städte in der „DDR" besucht. Er spricht vermutlich auch mit SED-Generalsekretär Erich Honecker.

Bahr war vor zwei Jahren in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Unterausschusses „Abrüstung und Rüstungskontrolle" im Bundestag mit Honecker und mit SED-Politbüro-Mitglied Hermann Axen in Ost-Berlin zusammengetroffen. Damals erregte Aufsehen, daß die „DDR"-Führung offenbar bemüht war, daß sich Egon Bahr und Honecker unter vier Augen treffen. Der damalige Leiter der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin, Staatssekretär Klaus Bölling, setzte jedoch schließlich durch, ebenfalls an der Unterredung teilnehmen zu können.

Den Stand der Genfer Verhandlungen erörterten Ende Mai auch SPD-Fraktionschef Vogel und Honecker am Werbellin-See.



Kühne Behauptung

J. Sch. – Die französische Preisentwicklung der letzten drei Monate „beweist unsere Kapazität, eine Verlangsamung der Inflation zu erzielen, die den Übergang zu einer Teuerung von fünf Prozent 1984 sichert." Trotz aller Verklausulierung ist dies eine sehr kühne Behauptung von Wirtschafts- und Finanzminister Delors. Tatsächlich hat sich der monatliche Preisauftrieb in Frankreich seit Mai von 0,6 über 0,7 auf 0,8 bis 0,9 Prozent (vorläufige Juli-Angabe) beschleunigt. Zwar wurde der Preisindex des letzten Monats durch die Erhöhung der Tabaksteuer mit 0,1 Prozentpunkt belastet. Aber schon um Delors' Jahresziel für 1983 (8 Prozent) zu erreichen, dürften die Preise in den nächsten Monaten nur noch um durchschnittlich 0,4 Prozent steigen.

Bei dieser Rate müßte es dann das gesamte nächste Jahr bleiben, damit der Fünf-Prozent-Traum Delors' Wirklichkeit wird. Demgegenüber sagt die OECD Frankreich für dieses Jahr 9 und für das nächste Jahr 7,5 Prozent Inflation voraus, was schon eine recht optimistische Prognose ist. Denn wegen der schwachen Produktivität der französischen Wirtschaft könnte die Inflationsrate nur dann derart reduziert werden, wenn die Franzosen einen beträchtlichen Rückgang ihrer Lohnkaufkraft akzeptieren.

Bisher hat ihnen die sozialistische Regierung vor allem durch Steuererhöhungen Kaufkraft aus der Tasche geholt. Daß sich jetzt der Franzose mit Lohnerhöhungen von 3 bis 4 Prozent begnügen sollte, paßt wohl kaum in seinen Kopf. Dann schon lieber 10 Prozent höhere Löhne und 12 Prozent höhere Preise.

Extra-Tour

adh. – Einen kräftigen Sprung nach vorn haben im Juli die ausländischen Automarken in der Gunst der deutschen Autokäufer gemacht. Das spiegelt der im Juli erreichte Anteil an den Neuzulassungen von 29 Prozent wider. Das geht nicht nur auf das Konto von Lieferungen aus neuen spanischen Werken von Ford und Opel. Das ist ganz erheblich auch eine Folge der wieder gewachsenen Zuneigung der Deutschen zu japanischen Automodellen. Die Japaner lieferten 16 Prozent mehr Autos an deutsche Kunden als vor einem Jahr; die Zahl der Neuzulassungen stieg aber gleichzeitig nur um sieben Prozent. In den Management-Etagen der deutschen Automobilindustrie sollte dies Anlaß zum Nachdenken geben. Man erinnere sich: Schon einmal zogen die Japaner scheinbar unaufhaltsam davon. Die Antwort der Deutschen auf die japanischen „Komplett-Autos" zum festen Preis war damals erfolgreich. Besser ausgestattete deutsche Modelle holten Terrain zurück. Mit der in der Branche weit verbreiteten Vorliebe für zusätzlich zu bezahlende, eigentlich selbstverständliche „Extras" sollte dieser Erfolg nicht aufs Spiel gesetzt werden.

AUTOVERSICHERUNG / Betrügerische Schadensmeldungen treiben die Kosten

Verträge mit Selbstbeteiligung werden künftig preiswerter sein

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zwar noch nicht amtlich gesiegelt, doch praktisch vom Bundesaufsichtsamt genehmigt: Mit Beginn des kommenden Jahres tritt die neue Tarifstruktur der Auto-Teilkaskoversicherung in Kraft. Die Autofahrer können dann zwischen einer Teilkaskoversicherung mit Selbstbeteiligung von 300 DM und einer ohne Selbstbehalt wählen. Erstere wird gegenüber der jetzigen Prämie um neun Prozent billiger, ohne Selbstbehalt jedoch um 33,5 Prozent teurer. Auch die Beiträge zur Vollkaskoversicherung werden steigen.

Sowohl die starke Prämienerhöhung (ohne Selbstbehalt) als auch die geringe Beitragsverringerung (mit Selbstbehalt) erklären sich durch Prämienerhöhungen, die ohnehin aufgrund des gestiegenen Schadenbedarfs zum Jahreswechsel fällig geworden wären, jetzt aber mit 13,5 bzw. elf Prozent in den neuen Prämienrechnungen enthalten sein werden.

Die Versicherer werden schon in Kürze mit dem Versenden von Informationen beginnen, die die neuen konkreten Beiträge für beide Tarifarten enthalten. Innerhalb von vier Wochen nach Erhalt der Schreiben muß man sich für die Annahme des Tarifs ohne Selbstbehalt gegenüber seinem Versicherer ausdrücklich erklären. Für den Selbstbehalt-Tarif genügt Schweigen. Bisher in den Bedingungen eingebaute Selbstbeteiligungen, so z. B. die von 250 DM für Wildschäden oder die von 20 Prozent für Glasbruch und Schmorschäden in der Autoelektrik, werden mit der 300-DM-Spielart entfallen.

Die neue Teilkasko-Tarifstruktur wird sich auch auf die Vollkaskoversicherung auswirken. Wer hier bislang ohne Selbstbeteiligung fuhr, hat auch künftig seine Teilkaskoversicherung ohne Selbstbehalt. Wo bei Vollkasko bisher Selbstbehalte vereinbart waren – rund 85 Prozent aller Autobesitzer haben Selbstbehalte von 650, 1000 oder 2000 DM – werden sie durch die neue Teilkasko-Selbstbehalt von 300 DM abgelöst. Dies wird nicht zuletzt dazu führen, daß zumindest in den nächsten drei Jahren die Prämienanpassungen in der Vollkaskoversicherung moderater steigen. Der Schadenaufwand für Teilkaskotatbestände in der Vollkaskoversicherung wird geringer. Nicht auszuschließen sind jedoch vielleicht in den nächsten Jahren bedeutendere Prämienerhöhungen als in der Vergangenheit, da sich als Folge der sicher eintretenden negativen Risikoauslese beim selbstbehaltlosen Tarif der Preisunterschied zwischen beiden Varianten vergrößert.

Daß die angekündigten Erhöhungen bzw. Absenkungs-Prozentsätze bei den Versicherern einheitlich ausfallen werden, liegt daran, daß die Teilkaskoversicherung tief in roten Zahlen steckt. Allein 1982 haben um 3,4 Prozent mehr Schäden deren durchschnittliche Aufwendungen pro Schaden von 558 auf 584 DM klettern lassen. Die Versicherer fuhren rund 90 Mill. DM an versicherungstechnischen Verlusten ein.

Dies war nicht zuletzt eine Folge zunehmender Teilediebstähle (Antennen, Radio, Reifen) deren Zahl in den letzten Rezessionsjahren überdurchschnittlich gewachsen war. Dabei waren nach Auffassung des Vorsitzenden der Kraftfahrt-Schadenkommission im Verband der Autoversicherer, Alois Deichl, 1982 rund ein Viertel aller 1,1 (1977: 0,85) Millionen Teilediebstähle für 380 (230) Mill. DM sowie 20 Prozent aller 1 (0,64) Millionen Glasbruchschäden für 345 (185) Mill. DM manipuliert. So werden den Versicherern z. B. nicht einmal zerbrochene Windschutzscheiben in Rechnung gestellt oder Entschädigung für einfache, vorher nicht vorhandene getönte verlangt. Preisdifferenz immerhin: 300 bis 500 DM. HUK-Verbandsvorsitzender Heinz Sievers schätzt, daß etwa die Hälfte aller dieser gemeldeten Schäden in den Maschen der Selbstbeteiligung hängen bleibt.

Ab 1. Oktober dieses Jahres bereits können die Beiträge in der Vollkaskoversicherung erhöht werden: für Pkw, Kräder, Campingfahrzeuge und Wohnwagenanhänger um 3,6 Prozent, für Lkw um 3,4 Prozent. Diese Sätze wurden von einem unabhängigen Treuhänder im Rahmen der seit 1982 geltenden Beitragsanpassungsklausel errechnet.

US-ZINSEN

Notenbank bleibt auf Kurs – Geld wird nicht billiger

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Federal Reserve Board macht Pause. Kurz nach Beginn der zweitägigen Sitzung des Offen-Markt-Ausschusses, der sich aus den sieben „Fed"-Gouverneuren und fünf Präsidenten der zwölf regionalen Notenbanken zusammensetzt, sickerte durch, daß die USA ihren vor einem Monat neu abgesteckten Geldkurs nicht ändern werden. Im Klartext bedeutet das ein Festhalten am derzeitigen kurzfristigen Zinsniveau. Bis zur nächsten Sitzung will das Komitee testen, ob die bisher erreichte leichte monetäre Verknappung Bestand hat.

Die Entscheidung des Ausschusses wird so interpretiert, daß die amerikanische Zentralbank mit der Geldversorgung in dieser Konjunkturphase zufrieden ist. In der Berichtswoche, die am 10. August endete, sank das Aggregat M1 (Bargeld und Sichteinlagen) um 500 Millionen Dollar, nachdem es zuvor nur um 200 Millionen Dollar (revidiert) gestiegen war. Mit 1,6 Milliarden Dollar liegt es nur noch geringfügig über dem Zielkorridor. Die Wachstumsrate beträgt 10,1 Prozent auf Jahresbasis bei einem Soll von fünf bis neun Prozent. Es wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet.

Diese Politik heißt aber auch, daß das „Fed" keine Anstrengungen unternimmt, um die Geldmenge etwas auszuweiten, was einer Lockerung der Kreditschraube gleichkommen und den Devisenmärkten Entlastung bringen würde. Es befürchtet offensichtlich eine Explosion der Geld- und Kapitalnachfrage, die angesichts des rasanten wirtschaftlichen Wachstumstempos – real 9,2 Prozent in der April-Juni-Periode und vermutlich zehn Prozent im laufenden Quartal – jeden Augenblick eintreten kann. In der letzten Woche sank die Nachfrage nach Geschäftskrediten um 220 Millionen Dollar, davor hatte sie jedoch um 1,6 Milliarden Dollar zugenommen.

Ins Haus steht aber auch keine Drosselung der Geldmenge, obwohl sie wegen des Aufschwunges logisch wäre. Hier nimmt das „Fed" deutlich Rücksicht auf die Verschuldungskrise: die Liquidität der Banken soll nicht zu knapp gehalten werden. Vermutlich kalkuliert die Zentralbank auch die Entwicklung der US-Haushaltsdefizite ähnlich wie das Budgetbüro des Kongresses. Danach machen sie jährlich rund 200 Milliarden Dollar aus und liegen 1986 um 50 Milliarden Dollar über dem von der Reagan-Administration vorausgesagten kumulierten Defizit.

Gegenüber der WELT warnten indes Mitarbeiter des „Fed" vor einer Überschätzung der Geldmengen. Erst Ausschläge um zwei bis drei Milliarden Dollar signalisierten geldpolitische Eingriffe, ein Plus oder Minus von 200 oder 500 Millionen Dollar sage überhaupt nichts aus, wurde betont. Wegen der Unruhe, die die Wochenzahlen an den Märkten stiften, wird „Fed"-Chef Volcker dem Kongreß wahrscheinlich eine monatliche Veröffentlichung vorschlagen.

Mühsame Strukturpolitik

Von DOMINIK SCHMIDT

Die Konferenz der Wirtschaftsminister und -senatoren aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Berlin, die in der vergangenen Woche in Hannover stattfand, gibt den Skeptikern neue Nahrung: Die kommenden Wochen und Monate signalisieren keineswegs eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im norddeutschen Küstenraum. Die Hoffnungen, im Zuge der konjunkturellen Erholung werde sich die Situation entspannen und das Nord-Süd-Gefälle ein wenig nivelliert, verflüchtigen sich. Wirtschaftspolitik in Norddeutschland bedeutet – das Beispiel der Werften belegt das –, noch immer in weiten Teilen Krisenmanagement.

Für Niedersachsen gilt dies möglicherweise in noch stärkerem Maße als für die nördlichen Nachbarländer, wenngleich gerade in Hannover beträchtliche Anstrengungen unternommen werden, die Probleme einer Wurzelbehandlung zu unterziehen. Die Schwierigkeiten des Flächenlandes sind struktureller Natur. Daraus ergibt sich das Hinterherhinken gegenüber dem Bundesdurchschnitt bezogen auf nahezu alle relevanten wirtschaftlichen Daten.

Mittlerweile hat sich in Hannover aber die Erkenntnis durchgesetzt, daß diesem Zustand kurzfristig nicht abzuhelfen sein wird. Die Instrumente und Möglichkeiten einer Landesregierung, Strukturen so nachhaltig zu verändern, daß sie auf Dauer positiv wirken, sind nicht derart geschaffen, daß sie ad hoc das angestrebte Ziel realisieren könnten. Zumindest im Wirtschaftsministerium ist die Bereitschaft zu erkennen, über die Legislaturperiode hinaus zu denken und dafür auf kurzlebige Erfolgsmeldungen schon mal zu verzichten.

Auf Nackenschläge auch aus eigenen Reihen muß sich Birgit Breuel, in Niedersachsen verantwortlich für Wirtschaft und Verkehr, bei diesen ihren Bemühungen allerdings einstellen. Das Beispiel der „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei zeigt, daß längst nicht alle ihre Kabinettskollegen Marktwirtschaft so interpretieren, wie es notwendig wäre: Der drohende Verlust von 500 Arbeitsplätzen in Cuxhaven veranlaßte Regierungschef Ernst Albrecht, sich „persönlich einzuschalten" und mittels 30 Millionen Mark, die für den Kauf der „Nordsee"-Gebäude aufgewandt wurden, die Entscheidung des Unternehmens zu revidieren.

Strukturpolitik dieser Art, so wurde von Beobachtern unterstellt, gehöre in Niedersachsen der Vergangenheit an. Sie liegt zugleich ganz sicher nicht im Interesse des Landes und des neu geschaffenen Stabes im Wirtschaftsministerium, der Ursachenforschung in Sachen Strukturproblematik betreibt und erhebliches Potential bindet. Wenn das Land Niedersachsen ein Technologie-Programm auflegt und für die Dauer von fünf Jahren ganze 6,5 Millionen Mark bereitstellt, um Innovationsberatung für die mittelständische Wirtschaft zu ermöglichen, stellt sich die Frage nach der angemessenen Relation. Das Prinzip, daß die öffentliche Hand lediglich Hilfe zur Selbsthilfe leisten darf, gilt offensichtlich nur bedingt.

Dennoch ist Niedersachsen, auch wenn die Mittel relativ zäh fließen, mit seinem Technologie-Programm auf dem richtigen Weg. Es ist ausgerichtet auf kleine und mittlere Unternehmen, denen geholfen werden soll, Anschluß an neue technologische Entwicklungen zu halten. All diese Aktivitäten rechtfertigen den Anspruch einer wohlüberlegten Strukturpolitik, die regional Wirkung verspricht, wenn sie auf Bundesebene, etwa im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, von entsprechenden Schritten begleitet wird.

Störfaktoren für eine solche kontinuierliche Arbeit werden nicht ausbleiben. Dem Land und seiner Wirtschaft stehen Probleme ins Haus, deren Lösung erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird. Nicht nur der Schiffbau rechnet, wenn der Bund bei seinem Nein bleibt, auf die Hilfe der Landesregierung. Auch die Stahlindustrie wird sich wieder zu Worte melden, wenn die Zeit gekommen ist. Wenig Erfreuliches kommt ferner von den Arbeitsämtern in Niedersachsen; Ende Juli lag die Arbeitslosenquote bei 11,2 Prozent.

Das Bündel der schlechten Nachrichten wird ergänzt von Hochrechnungen der Erdöl- und Erdgasindustrie. Die Einnahmen aus dem Förderzins werden deutlich unter den Erwartungen bleiben. Statt der vorgesehenen zwei Milliarden Mark dürften allenfalls zwischen 1,8 bis 1,9 Milliarden Mark in die Kassen fließen. Der anhängige Streit um den Länderfinanzausgleich allerdings erhält dadurch eine pikante Note.

AUF EIN WORT



„Es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, das Konsumverhalten mit einiger Sicherheit einzuschätzen: Es hängt in zunehmendem Maße nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von politischen Einflüssen ab."

Bruno Lippmann, Vorsitzender des Vorstandes der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt/Berlin.
FOTO: DIE WELT

Rekordjahr für Gebrauchtwagen

dpa/VWD, Flensburg

Auf dem privaten und gewerblichen Markt für gebrauchte Kraftfahrzeuge zeichnet sich 1983 ein Rekord ab: Bis einschließlich Juli wechselten mehr als 3,7 Milionen Kraftfahrzeuge ihre Besitzer. Wie aus einer Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg hervorgeht, waren das über 337 000 Fahrzeuge mehr als im gleichen Zeitraum des bisher stärksten Ummeldungsjahres 1978. Allein im Juli 1983 wurden wieder 511 000 Kraftfahrzeuge – davon fast 455 000 Personenwagen – auf neue Besitzer überschrieben. Die Gesamtzahl der Besitzumschreibungen lag damit um 5,8 Prozent höher als im Juli 1982.

ZOLLVERWALTUNG

Verbrauchssteuern sind der wichtigste Einnahmeposten

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Der Zoll" von heute habe wenig gemein mit dem „Zolleinnehmer" früherer Tage. Das gehe allein schon, wie Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg bei der Vorlage des Zolljahresberichts, der alle zwei Jahre von seinem Hause herausgegeben wird, betonte, aus den Einnahmen hervor: 1982 hat die Zollverwaltung an Zöllen für Waren aus Nicht-EG-Ländern 4,7 Milliarden Mark erhoben, an Verbrauchssteuern einschließlich Einfuhrumsatzsteuern aber 87,1 Milliarden.

Damit waren die Zolleinnahmen geringfügig niedriger als 1981, als sie bei 4,96 Milliarden Mark lagen. Und das, obwohl die Zahl der Einfuhrsendungen von 24,5 auf 25 Millionen stieg. Die Zölle fließen, abgesehen von denen auf Montan-Güter, seit dem 1. Januar 1975 abzüglich eines Verwaltungskostenanteils an die Europäische Gemeinschaft.

Die Aufgaben des Zolls reichen von der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs, des innerdeutschen Handels und des Berlin-Verkehrs über Maßnahmen im Rahmen der EG-Marktorganisationen bis zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs. In den letzten Jahren sind als wichtige Schwerpunkte die Verfolgung des international organisierten Rauschgift- und Waffenschmuggels hinzugekommen. Stoltenberg sieht hier keine Zeichen für eine Entspannung. Allein auf dem Flughafen Frankfurt wurden im ersten Halbjahr 85 Kilo Heroin, 38 Kilo Kokain und 95 Kilo Marihuana sichergestellt.

Die Zollverwaltung wirkt jetzt auch mit bei der Sicherung der Fangrechte und der Fischbestände in deutschen Fischereizonen und bei der Verhütung der Meeresverschmutzung.

ELEKTROINDUSTRIE

Die Lage wird jetzt mit mehr Zuversicht beurteilt

dpa/VWD, Frankfurt

Eine Stimmungsbesserung verzeichnet die Elektroindustrie, zweitgrößter Industriezweig in der Bundesrepublik. Nach Angaben des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) in Frankfurt wurde bei den Beurteilungen der Unternehmen über die aktuelle Lage und die Erwartungen zur Jahresmitte mehr Zuversicht registriert, obwohl die negativen Einschätzungen noch immer überwiegen. Die Erwartungen der Hersteller elektrotechnischer Investitionsgüter hinsichtlich der künftigen Entwicklung waren nach ZVEI-Angaben erstmals nach mehreren Jahren seit dem Frühjahr überwiegend leicht positiv.

Im ersten Halbjahr 1983 nahmen die Inlandsbestellungen in der Branche im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um nominal 6,4 Prozent zu. Aus dem Ausland kamen jedoch 5,7 Prozent weniger Aufträge herein als vor einem Jahr. Insgesamt stieg die Nachfrage nach elektrotechnischen Erzeugnissen um zwei Prozent. Im Investitionsgütersektor nahmen die Inlandsbestellungen um 7,2 Prozent zu, während die Exportaufträge um 6,4 Prozent zurückgingen. Bei Gebrauchsgütern stieg die Inlandsnachfrage um 3,1 Prozent, während die Auslandsorders um 3,6 Prozent rückläufig waren.

Die Elektroproduktion ging im ersten Halbjahr um real ein Prozent zurück. Dabei lag die Erzeugung elektrotechnischer Investitionsgüter um rund ein halbes Prozent, diejenige von Gebrauchsgütern um rund 2,5 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Erzeugerpreise elektrotechnischer Produkte zogen um 2,8 Prozent an, und zwar bei Investitionsgütern um 3,1 Prozent und bei Gebrauchsgütern um 1,8 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Arbeitslosenzahl stabil

Brüssel (VWD) – Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft hat sich während der letzten vier Monate stabilisiert, wie aus einer statistischen Veröffentlichung der EG hervorgeht. Ende Juli waren in der Gemeinschaft 11,6 Millionen Personen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote lag damit bei 10,3 Prozent.

Langer US-Aufschwung

Washington (Sbt.) – Ronald Reagan braucht sich nicht zu sorgen, daß der Konjunkturaufschwung in den USA vor der Präsidentschaftswahl im November 1984 zusammenbricht. Nach einer Umfrage unter den Mitgliedern der National Association of Business Economists dauert die wirtschaftliche Erholungsphase, die im Januar begonnen hat, weitere 18 Monate. Bis Ende 1984 werde es weder neue Inflationsschübe noch Zinserhöhungen oder eine Rezession geben, erklärte der Verband, dem die Leiter volkswirtschaftlicher Abteilungen von rund 250 Unternehmen angehören. Als entscheidendes Jahr wird 1985 angesehen. Dann müsse das US-Haushaltsdefizit drastisch gekürzt werden.

Offene Ausbildungsplätze

Düsseldorf (dpa/VWD) – Im deutschen Maler- und Lackiererhandwerk waren Ende Juli noch 1678 angebotene Lehrstellen nicht besetzt. Wie Verbandspräsident Paul Schnitker in Düsseldorf mitteilte, wurden in dieser Handwerksbranche in diesem Jahr drei bis vier Prozent mehr Lehrverträge abgeschlossen als 1982, als 38 000 Ausbildungsplätze ausgeschrieben worden waren.

Stahlimporte nahmen zu

Duisburg (dpa/VWD) – Die deutsche Stahlindustrie hat in den Sommermonaten neue Rückschläge hinnehmen müssen. Nach jüngsten statistischen Erhebungen, die gestern bekannt wurden, ist die Marktversorgung im Juni zu 45 Prozent über Importe gedeckt worden. Mit einem weiteren Anstieg sei zu rechnen, wenn die politischen Bedingungen für die Stahlerzeugung nicht klargestellt würden, heißt es dazu in führenden Kreisen der Stahlindustrie. Die Auffassung der deutschen Stahlindustrie habe sich nicht geändert: Die deutsche Produktion sollte auf der Höhe des deutschen Verbrauchs liegen, und die traditionellen Ex- und Importströme sollten sich gegenseitig decken.

Preisangabe bei Grundstücken

Karlsruhe (rtr) – Bei Grundstücksangeboten muß nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes künftig der Gesamtpreis ausgewiesen werden. Nach einer Entscheidung des ersten Zivilsenats ist es ein Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht, wenn in einem Grundstücksangebot lediglich der Quadratmeterpreis, nicht aber der Gesamtpreis für ein angebotenes Grundstück ausgewiesen werden (Aktenzeichen: I ZR 113/81).

Reifengeschäft belebt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die deutschen Reifenhersteller verkauften im ersten Halbjahr 1983 im Inland 16,3 Millionen Pkw-Reifen, 4,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Nach Angaben des Wirtschaftsverbandes der deutschen Kautschukindustrie, Frankfurt, ging der Mehrabsatz ausschließlich in den Ersatzbedarf. Ihren Gesamtumsatz konnte die Kautschukindustrie um 6,4 Prozent auf 6,5 Milliarden Mark steigern. Dem stand allerdings nur eine Mengensteigerung um 1,2 Prozent auf rund 580 000 Tonnen gegenüber. Für die kommenden Monate beurteilt die Branche die Aussichten eher verhalten.

Geldmenge stark gewachsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Geldmenge ist auch im Juli relativ stark gewachsen. Wie die Bundesbank mitteilte, wuchs die Geldmenge M-1 (Bargeld und Sichteinlagen) in den vergangenen sechs Monaten Februar bis Juli mit einer Jahresrate von 10,6 Prozent. M-2 (M-1 plus Termineinlagen bis vier Jahre) wuchs dagegen nur 2,9 (5,5) Prozent. Für M-3 (M-2 plus Spareinlagen) errechnete sich eine Wachstumsrate 6,8 (9,2) Prozent.

WÄHRUNGSFONDS

Internationale Bankkredite sind sehr stark geschrumpft

H.-A. SIEBERT, Washington

Zum erstenmal seit 1977 sind im vergangenen Jahr die internationalen Bankkredite stark zurückgegangen. Nach einer neuen Untersuchung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sank das Ausleihvolumen auf netto 95 Milliarden Dollar, verglichen mit 165 und 160 Milliarden Dollar 1981 und 1980. In die Industriestaaten gingen 57 (99; 96), in die Erdöl-Exportländer 8 (2; 6), in die ölimportierenden Staaten der Dritten Welt 25 (51; 49) und an internationale Organisationen 9 (8; 4) Milliarden Dollar. Die Darlehen an kommunistische Zentralverwaltungswirtschaften schrumpften um 4 (plus 5; 5) Milliarden Dollar.

Kreditgeber waren in der Hauptsache die Industrienationen, die 102 Milliarden Dollar bereitstellten. Aber auch hier erwiesen sich die Verschuldungskrise, die Rezession und die vorsichtigen Ausleihpraktiken als Bremse: 1981 machten die Darlehen der Industrieländer noch 141 und 1980 rund 103 Milliarden Dollar aus. Die Banken der Erdöl-Exportländer drosselten ihre Kreditvergabe um 19 (plus 5; 41) Milliarden Dollar; die übrige Dritte Welt verlieh 5 (9; 8), der Ostblock 2 (0; 1) und die Internationalen Organisationen 5 (10; 7) Milliarden Dollar.

Trotz der höheren Risiken sind nach Angaben des IWF 1982 die sogenannten Spreads bei neuen mittelfristigen Krediten geringfügig auf 0,79 Prozent gestiegen. Allerdings erhöhten sich die Spreads gegenüber Entwicklungsländern auf 1,09 Prozent. Für 1983 rechnet der Fonds mit einem weiteren, aber „marginalen" Rückgang der Bankausleihungen. Auf 25,1 (1981: 21,3) Milliarden Dollar ausgeweitet hat sich die Emission ausländischer Anleihen.

BRASILIEN / Internationale Schuldenkrise verschärft sich weiter

Verwirrung nach Zahlungsaussetzung

rtr/VWD/DW. Brasilia/Frankfurt

Verunsicherung und Verwirrung löste gestern am Frankfurter Bankenplatz die Erklärung des brasilianischen Finanzministers Ernane Galveas aus, Brasilien habe fällige Zahlungen in Höhe von zwei Milliarden Dollar für seine staatlich verbürgten Auslandskredite eingestellt.

Während in einer Meldung ausdrücklich von Zins- und Tilgungszahlungen die Rede ist, wird in einer anderen nur von Zahlungen, die eingestellt werden, gesprochen. Würde Brasilien in der Tat die Zinszahlungen einstellen, so ist in Frankfurter Bankenkreisen zu hören, dann wäre dies eine weitere Verschärfung der Schuldenkrise Brasiliens.

Auf der anderen Seite wird aber auch diese Auffassung vertreten: Wenn es sich nur um eine Aussetzung der Kreditfälligkeiten bei weiterer Zinszahlung handele, dann könnte das vor dem Hintergrund der laufenden Umschuldungsverhandlungen verständlich erscheinen.

Der brasilianische Planungsminister Delfim Netto traf am vergangenen Wochenende mit dem geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Jacques de Larosière, und dem Vorsitzenden des für die staatlich verbürgten Kredite zuständigen „Pariser Club", Michael Candessus, zusammen. Die Kredite der 14 Mitgliedsländer des „Pariser Club" an Brasilien belaufen sich auf acht Milliarden Dollar. Allein 1983 wären Rückzahlungen von 500 Millionen Dollar fällig, 1984 weitere 1,5 Milliarden Dollar.

Der IWF und die internationalen Geschäftsbanken hatten ihre Zahlungen an Brasilien eingestellt, nachdem sich abzuzeichnen begann, daß das mit rund 90 Milliarden Dollar verschuldete Land die mit dem IWF vereinbarten wirtschaftspolitischen Ziele nicht erreichen würde. Die Banken hatten daraufhin Auszahlungen im Rahmen eines bereits vereinbarten 4,4-Milliarden-Dollar-Kredits gestoppt, während der IWF weitere Zahlungen aus einem 4,9-Milliarden-Dollar-Paket einstellte. Bankenkreisen zufolge ist zunächst eine neue Vereinbarung zwischen Brasilien und dem IWF Voraussetzung für weitere Zahlungen an das Land. Finanzminister Galveas äußerte sich zuversichtlich, daß der IWF den privaten Banken im September grünes Licht geben werde, 1,2 Milliarden Dollar des bereits vereinbarten Kredits auszuzahlen.

In Bonn erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, er halte im Falle Brasiliens eine Umschuldung für „unvermeidbar". Die liege nicht nur im Interesse des südamerikanischen Landes, sondern auch in dem der Gläubiger. Stoltenberg glaubt nicht, daß dies eine Signalwirkung für andere Länder haben werde.

KOHLE / Haldenabbau soll unterstützt werden

EG schlägt Zuschüsse vor

dpa/VWD, **Brüssel**

Die EG-Kommission hat den Regierungen der Mitgliedsstaaten zum ersten Mal die Bereitstellung eines Milliarden-Pakets von nicht rückzahlbaren Zuschüssen für die Kohleindustrie vorgeschlagen. Der Vorschlag läuft allerdings auf die Einschränkung der EG-Steinkohleförderung um rund ein Drittel hinaus.

Mit der Finanzspritze sollen die Förderung modernisiert, die Überschußhalden abgebaut und der Braunkohle- und Torfabbau in Griechenland und Irland ausgedehnt werden. Gleichzeitig plädiert die Kommission für eine Begrenzung ihres für den Zeitraum 1984 bis 1988 angelegten Beilhilfeprogramms auf die wirtschaftlich arbeitenden Zechen, die rund 150 Millionen Tonnen zu den insgesamt 235 Millionen Tonnen EG-Kohleförderung beisteuern.

Für 1984 sind nach Auffassung der Kommission mindestens 300 Millionen Ecu (680 Millionen Mark) für Modernisierungsinvestitionen bei Stein- und Braunkohle sowie 100 Millionen Ecu (228 Millionen Mark) zum Haldenabbau erforderlich.

Die Kommissionsvorschläge werden in EG-Fachkreisen als Versuch gewertet, eine Brücke über den Gräben zwischen den vier Steinkohleförderländern der EG – Bundesrepublik, Großbritannien, Belgien, und Frankreich – und den übrigen EG-Ländern zu schlagen, die immer stärker auf die billigere Drittlandskohle setzt. Dem Vernehmen nach sind Italien und die Niederlande nur dann zu einer Subventionierung der Gemeinschaftskohle aus dem EG-Haushalt bereit, wenn die unwirtschaftlichen Zechen stillgelegt werden. Die Kommission hat in ihrem Vorschlag als Voraussetzung für die Übernahme von bis zu 25 Prozent der Projektkosten eine Produktivitätsschwelle von mindestens 380 Kilogramm je Mann und Stunde im Jahresdurchschnitt festgesetzt. Bei Kapazitätsneubauten müsse eine voraussichtliche Untertageförderung von 600 Kilogramm je Mann und Stunde erreicht werden.

LOHNKOSTEN / In Frankreich stärker gestiegen als in vielen anderen Ländern

Abstand zu den Deutschen verringert

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Unter der sozialistischen Regierung sind in Frankreich die Lohnkosten stärker gestiegen als in den meisten anderen westlichen Industriestaaten. Insbesondere gegenüber der Bundesrepublik wurde aber der dadurch entstandene Wettbewerbsnachteil durch drei Franc-Abwertungen beziehungsweise D-Mark-Aufwertungen ausgeglichen. Dies ergibt sich aus einer Untersuchung des Nationalinstituts für Statistik (Insee).

Die deutschen Löhne (ohne Personalzusatzkosten) liegen auch heute noch wechselkursbereinigt über den französischen. Allerdings ist dieser Abstand kleiner geworden, und dies schon seit längerer Zeit. So erreichte 1970 der durchschnittliche Stundenlohn in Frankreich erst umgerechnet 3,91 Mark gegenüber 6,20 Mark in der Bundesrepublik. Im Jahre 1982 war das Verhältnis 11,39 zu 14,76 Mark.

Auch in diesem Jahr dürfte Frankreich das deutsche Lohnniveau unter Berücksichtigung der letzten Paritätsbereinigung noch nicht erreicht haben. Jedoch werden die französischen Unternehmen bei den Sozialabgaben wesentlich stärker als die deutschen belastet. Bereits 1978 erreichte der Anteil der Sozialabgaben an den Lohnkosten in Frankreich 30 Prozent gegenüber 22 Prozent in der Bundesrepublik.

Ob Frankreich lohnstückkostenmäßig inzwischen mit der Bundesrepublik gleichgezogen hat, ist mangels neuerer Daten schwer zu beurteilen. Nach Insee-Angaben wurden die französischen Kosten 1981 von den deutschen um 13 Prozent übertroffen, nachdem dieser Abstand 1978 noch 43 Prozent erreicht hatte. Wie das Institut feststellt, hat sich Frankreich in dieser Zeitspanne den Ländern mit besonders hohen Lohnkosten stark angenähert.

Zur Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind aber eine Reihe weiterer Faktoren wichtig, die laut Insee eher Frankreich benachteiligen. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsintensität und für die Produktivität, während die Abhängigkeit vom Außenhandel und damit von der Weltkonjunktur in der Bundesrepublik größer sein soll.

Als besonderes Handikap der französischen Wirtschaft bezeichnet die Untersuchung die relativ hohen unproduktiven Gehälter. Das Verhältnis zwischen den Stundenlöhnen und den übrigen Löhnen und Gehältern betrug in Frankreich zuletzt 1 zu 1,64 gegenüber 1 zu 1,41 in der Bundesrepublik. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil in Frankreich auf hundert Arbeitnehmer 52 Stundenlöhner und in der Bundesrepublik 57 kommen.

Frankreich steht heute unter den Wohlfahrtsstaaten nach den skandinavischen an der Spitze, wobei die sozialistische Regierung bis vor kurzem vor allem die Unternehmen zur Finanzierung der Sozialleistungen herangezogen hat. Allerdings sollen jetzt auch hier die Sozialabgaben stärker „fiskalisiert", das heißt über die Steuern erhoben werden.

GROSSBRITANNIEN / Makler-Courtagen im Visier

Reform der Börsenregeln

WILHELM FURLER, **London**

Einige für die Londoner Wertpapierbörse typische Strukturen werden sich in der nächsten Zeit ändern. Dazu zählen die Aufhebung der bislang bindenden Regel fester Mindest-Courtagen für Broker (Makler), Konzessionen beim gegenwärtig erheblich erschwerten Zutritt zur Börsenmitgliedschaft von Brokern und sogenannten Jobbern, sowie die Beschränkung der jetzt geltenden unbeschränkten Haftung der Partner oder Geschäftsführer der als Börsenmitglieder arbeitenden Broker- und Jobberfirmen.

Entsprechende, allerdings noch nicht im Detail ausgearbeitete Vorschläge hat die Führung der Londoner Stock Exchange jetzt vorgelegt. Sie antwortet damit auf die Entscheidung der Regierung Thatcher, ein seit Jahren anstehendes Begehren des Office of Fair Trading nach einem Kartellverfahren gegen die Londoner Börse aus der Welt zu schaffen.

Bereits vor rund sieben Jahren hatte die dem deutschen Kartellamt vergleichbare Behörde erklärt, daß einige der Börsenregeln den Wettbewerb beschränkten. Dabei verwies sie auf die strikte Trennung der Funktionen von Brokern und Jobbern. Letztere sind für die Londoner Börse spezifische Eigenhändler, die auf eigene Rechnung und auf eigenes Risiko Wertpapiere kaufen und verkaufen.

Diesem sogenannten Prinzip der „single capacity" zufolge, können Wertpapiere nur durch die Vermittlung von Maklern gehandelt werden, die sich ihrerseits die Papiere ausschließlich bei den Eigenhändlern beschaffen bzw. sie bei ihnen abstoßen müssen. Die Aufhebung der „single capacity"-Regel würde im Prinzip bedeuten, daß Broker auch als Jobber arbeiten bzw. diese umgehen und ausschalten könnten und umgekehrt.

Die Londoner Börse weigert sich gegen jede Aufweichung dieses Prinzips. Mit Erfolg, denn das für die Börsenreform zuständige Handelsministerium hat sich inzwischen dieser Argumentation angeschlossen.

Demnach wird die gegenwärtige Börsenregel weiterbestehen, wonach Verfehlungen gegen das Prinzip der „single capacity" mit Disziplinar-Maßnahmen geahndet werden.

Dagegen werden die anderen Reformpunkte gesetzlich festgelegt. So soll die Abschaffung der festgelegten Mindest-Courtage in einzelnen Schritten in einem Zeitraum von drei Jahren bestimmt werden. Bereits jetzt weist der Börsenvorstand allerdings darauf hin, daß die Ablösung der Mindest-Courtagen durch jeweils frei auszuhandelnde Kommissionen zu Lasten der privaten Investoren gehen werden, die gegenüber den institutionellen Anlegern nicht über die notwendige Verhandlungsmacht verfügen.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Vorsorgewille ungebrochen

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Auch letztes Jahr haben anhaltende Wirtschaftsflaute und erneut gesunkene Realeinkommen der Bundesbürger den Wachstumskurs der deutschen Versicherungswirtschaft nicht ernsthaft gefährden können. Mit diesen Worten leitet der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) seinen Bericht über den Geschäftsverlauf 1982 ein. Zwar seien die Prämieneinnahmen über alle Sparten nur noch um 6,6 (9,4) Prozent auf 86,1 Mrd. DM (einschließlich der Nichtverbandsmitglieder sogar auf 92 nach 86,4 Mrd. DM) gestiegen, doch sehe man darin ein „äußerst respektables Ergebnis".

GDV-Präsident Georg Büchner zum Ergebnis der Individualversicherung: „Die Vorsorgebereitschaft der Bürger ist intakt. In der Krise an Versicherungen zu sparen hieße, sich zusätzliche Risiken aufzubürden." Büchner sieht für die Branche weiter gute Wachstumschancen. Derzeit bringt jeder Bundesbürger jährlich für sechs Verträge fast 1500 (1400) DM an Beiträgen auf.

Das Schadenbild hat sich 1982 leicht verbessert. Das gilt vor allem für die Auto-Haftpflichtversicherung, die private Krankenversicherung sowie für die seit Jahren verlustreiche Transportversicherung. Dagegen machten steigende Kriminalität, Großbrände und Unternehmenskonkurse den Versicherern wie nie zuvor zu schaffen. So mußten für Einbrüche und Raub mehr als 1,1 Mrd. DM an Versicherungsleistungen aufgebracht werden, 15 Prozent mehr als 1981.

Wie bereits in den Vorjahren schnitt die Personenversicherung weitaus besser als die Schadenversicherung ab. Lebens-, Unfall- und Kranken-Versicherung buchten eine Beitragssteigerung von 7,9 (9,7) Prozent auf insgesamt 49 Mrd. DM. Die Lebensversicherung als größter Versicherungszweig überhaupt erzielte ein Prämienaufkommen von 33,7 Mrd. DM (plus 7,5 Prozent). Die Schadenversicherer weisen für 1982 um 5 (9) Prozent höhere Beiträge aus. Hier machte sich das schwache Abschneiden der Kfz-Versicherung bemerkbar.

Didier bleibt zuversichtlich

VWD, **Wiesbaden**

Einen unter den gegebenen Verhältnissen „weitestmöglich befriedigenden Rechenschaftsbericht" hofft der Vorstand der im Feuerfestbereich tätigen Didier-Werke AG, Wiesbaden, für 1983 erstatten zu können. Im Aktionärsbrief wird jedoch hervorgehoben, daß sich auch das in hohem Maße von der Stahlindustrie abhängige Unternehmen den welt- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen nicht entziehen könne. Im ersten Halbjahr 1983 konnte der Umsatz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um zwei Prozent auf 348 Mill. DM erhöht werden.

Die strukturell erneut angepaßten Kapazitäten waren nach zwei schwachen ersten Monaten durchschnittlich zu 75 (70) Prozent ausgelastet. Derzeit liegt die Auslastung bei über 80 Prozent. Auch für die nächsten Monate erwartet Didier eine befriedigende Beschäftigung. Zur Jahresmitte waren in der AG 4009 Mitarbeiter beschäftigt, fünf Prozent weniger als im Jahresdurchschnitt 1982. Die Exportquote beim Feuerfest-Umsatz lag bei 56,0 (Durchschnitt 1982: 58,2) Prozent, hat aber im zweiten Quartal bereits wieder 58,7 Prozent erreicht.

Finanzierung von Hanomag gesichert

dos, **Hannover**

Die langwierigen Verhandlungen über die Neubau-Finanzierung der Hanomag GmbH, Hannover, sind im Sinne des zur Mainzer Baumaschinengruppe IBH gehörenden Unternehmens beendet worden. Das 170-Mill.-DM-Projekt, für das noch eine Finanzierungslücke von 20 Mill. DM bestand, ohne daß IBH-Chef Horst-Dieter Esch nennenswerte Mittel einbringt. Vom Gesamtvolumen entfallen 75 Mill. DM auf Hilfen der öffentlichen Hände. Weitere 80 Mill. DM stellen mehrere Banken zur Verfügung, nachdem das Land Niedersachsen seine Bürgschaft auf 60 Mill. DM aufgestockt hatte. Die IBH selbst engagiert sich lediglich mit 15 Mill. DM. Dies entspricht dem Betrag, den Esch durch den Verkauf des Hanomag-Geländes erzielte.

Die Institute, die an der Finanzierung beteiligt sind, sind die SMH-Bank in Frankfurt, die Norddeutsche Landesbank, die Vereins- und Westbank, die Westfalenbank und die Stadtsparkasse Hannover. Der unverbürgte Teil von 20 Mill. DM wird von der Westfalenbank, der SMH-Bank und der NordLB aufgebracht.

Krisensichere Arbeitsplätze

hg. **Bonn**

„Die Werbewirtschaft bleibt von Arbeitslosigkeit verschont." Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW), Bonn, begründet dies mit dem „geänderten Werbeverhalten vieler Branchen der Wirtschaft, die in den vergangenen drei Jahren Rezession ihre Werbeaufwendungen nicht gekürzt, sondern sie sogar den erhöhten Einschaltkosten angepaßt haben". Die rund 300 000 Arbeitsplätze in der Werbewirtschaft und ihrer Zulieferbranchen seien darum trotz anhaltender Konjunkturschwäche „krisensicher".

Allerdings haben sich die Arbeitsplatzangebote von Werbeagenturen, werbungtreibenden Unternehmen und Werbeträgern im ersten Halbjahr 1983 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um sieben Prozent vermindert, teilt der Spitzenverband mit. Es sei aber weder zu bedeutsamen Entlassungsaktionen gekommen, noch habe sich die Menge der Arbeitsplatzangebote so weit verringert, daß ein Ankoppeln an die allgemeine Arbeitslosigkeit befürchtet werden müsse.

Gesuchtester Werbeberuf, so der ZAW, war der Media-Experte; hier nahmen die Stellenangebote im ersten Halbjahr um neun Prozent zu. An zweiter Stelle stehen mit einem Zuwachs der Offerten um drei Prozent die Werbefachleute in Marketingabteilungen, die überwiegend von den Warenherstellern gesucht werden. Noch an dritter Stelle rangieren die Grafiker, für die das Arbeitsplatzangebot erneut zurückging, und zwar um elf Prozent. Die Angebote für Texter verringerten sich stark um 26 Prozent.

Wie in den Jahren zuvor kamen auch 1983 die meisten Arbeitsplatzangebote von der werbungtreibenden Wirtschaft, gefolgt von den Agenturen. Ausgeweitet hat sich der Anteil der Angebote von Werbeträgern.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Nachl. d. Hans Eduard Bewan, Verwaltungsangestellter, Rothenburg o. d. T.; **Köln:** Maria Keller, handelnd u.d. Fa. Josef M. Keller; **Wuppertal:** DBG Bedachungsges. mbH, Heiligenhaus; INDIGA-Immobilien- u. Verwaltungs-Ges. mbH.

Vergleich eröffnet: Euskirchen: Realton Mikroelektronik Innovation GmbH & Co. KG.

Vergleich beantragt: Düren: Mukkel GmbH, Stahl- u. Maschinenbau, Aldenhoven-Freialdenhoven.

FRANKREICH / Steuerpläne nach oben revidiert

Streit im Regierungslager

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die französischen Steuern werden im nächsten Jahr weiter erhöht. Dies hat die Regierung bereits mehrfach offiziell angekündigt. Jedoch ist noch offen, wie die zusätzliche Steuerlast im einzelnen verteilt werden soll. Das hängt nicht zuletzt davon ab, welche Mehreinnahmen der Staat benötigt, um das Budgetdefizit für 1984 nicht über drei Prozent des Bruttosozialproduktes hinaus ansteigen zu lassen, nachdem die Zunahme der Staatsausgaben bereits auf nominal sieben Prozent begrenzt worden war.

In seinen Steuerplänen war Wirtschafts- und Finanzminister Delors bisher davon ausgegangen, daß das Sozialprodukt 1984 um real ein Prozent zunimmt und der dieses belastende Preisanstieg 5,8 Prozent erreicht. Unter dieser Hypothese wäre im Staatshaushalt ein Loch von 15 bis 20 und im Sozialversicherungshaushalt von 20 bis 25 Milliarden Franc abzudecken gewesen.

Nunmehr ist die Rede davon, daß nach einem Budgetdefizit von 125 Milliarden Franc bei voll ausgeglichenem Sozialhaushalt ein Bedarf an zusätzlichen Einnahmen von an die 60 Milliarden Franc entsteht. Grund für diese Neueinschätzung ist eine vorsichtigere Bewertung der Wachstumschancen. So erwartet beispielsweise die OECD für 1984 eine Zunahme des französischen Sozialprodukts um nur ein halbes Prozent.

Andererseits haben die „harten und reinen" Sozialisten Joxe und Goux, die als Präsidenten der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung und deren Finanzkommission eine wichtige Rolle bei der parlamentarischen Verabschiedung des neuen Haushaltsplanes spielen, das Projekt Delors kategorisch zurückgewiesen, auf sämtliche Bruttoeinkommen eine zweiprozentige Sondersteuer zu erheben. Dadurch hätten mindestens 36 Milliarden Franc beschafft werden können.

An ihre Stelle soll, wie es heißt, eine Erweiterung der in diesem Jahr eingeführten „einmaligen" einprozentigen Abgabe auf die steuerpflichtigen Einkommen treten. Als sicher gilt, daß die Einkommensteuer für die mittleren und oberen Kategorien verschärft wird. Neu geplant ist außerdem eine Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuersätze. Schließlich wird die Regierung kaum an der Anhebung der Mehrwertsteuer für einzelne Produkte vorbeikommen.

Die im Regierungslager bestehenden Meinungsverschiedenheiten betreffen vor allem die Frage, wie weit diesmal sämtliche Franzosen zur Kasse gebeten werden sollen. Das ist eine höchst politische Entscheidung, die Staatspräsident Mitterrand persönlich treffen muß. Sein Beschluß wird für Mitte September erwartet.

SOWJETUNION / Um deutsche Beteiligung an Kohlevergasung ist es still geworden

Abbau viel schwieriger als erwartet

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Seit Jahren erwarten deutsche Firmen einen weiteren Großauftrag aus der Sowjetunion: die Beteiligung an der Verflüssigung oder Vergasung der riesigen Braunkohlevorkommen im südsibirischen Kansk-Atschinsk. Obwohl erste Kontakte schon vor sechs Jahren aufgenommen wurden und mehrere Firmen bereits mit Angeboten zur Stelle waren, ist es in diesem Jahr um das Sieben-Milliarden-Mark-Projekt still geworden.

Das sei auf Finanzierungsschwierigkeiten zurückzuführen, hieß es. Die wichtigste Ursache für die sowjetische Zurückhaltung hat jetzt die Gewerkschaftszeitung „Trud" enthüllt: Moskau konnte sich noch nicht entscheiden, was mit der Kohle geschehen soll. „Die Zeit drängt", mahnt der Direktor des „Instituts für Entwicklungsprobleme des Kohlebeckens von Kansk-Atschinsk", W. Butkin.

Um die Gefahr abzuwenden, daß schließlich „das einfachere Verfahren des Verheizens" der Kohle in Kraftwerken favorisiert werden könnte, führt er mehrere technische und praktische Gründe zugunsten der Veredelung an. Mit ungewöhnlicher Deutlichkeit warnt Butkin aber auch vor den Gefahren für die Umwelt: Mehr als drei oder vier Kraftwerke zu errichten, sei ökologisch riskant. Zahlreiche Wissenschaftler im Gebiet von Krasnodar, zu dem das Kohlebecken gehört, lehnten deshalb eine „höhere Dichte" von Kraftwerken ab.

Das größte Braunkohlenvorkommen der Welt, dessen Vorräte auf 1200 Milliarden Tonnen geschätzt werden, ließe sich rentabel zu Methanol oder selbst zu Benzin verarbeiten, über Pipelines könnten die Veredelungsprodukte in die westlichen Industriegebiete der Sowjetunion oder zur Kompensation von Krediten auch nach Westeuropa geleitet werden. In der Bundesrepublik sind aber vorerst nur zwei Großbagger bestellt worden.

Der Abbau ist viel schwieriger als erwartet, in keinem anderen Tagebau sei man jemals auf eine so komplizierte Struktur der Kohle gestoßen, schreibt Butkin. Die sowjetische Fördertechnik sehe sich dadurch vor unüberwindliche Probleme gestellt: Die Kohle sei wegen hoher Feuchtigkeit sehr weich und enthalte viele Beimengungen.

Mehrere Forschungsinstitute des Ministeriums für Kohleindustrie waren beauftragt worden, bis 1985 brauchbare Lösungen zu entwickeln. Davon sei heute noch nichts zu bemerken, so daß jetzt zusätzlich Institute der Akademie der Wissenschaften eingeschaltet würden. Die Neuentwicklung geeigneter Bohrtechnik hätte gemäß einem Regierungsbeschluß im nächsten Jahr abgeschlossen werden sollen. „Bisher stehen die Maschinen nur auf dem Papier."

Vor allem ruft der Wissenschaftler nach einer Experimentalanlage zur Kohleverflüssigung. Ohne eine solche Basis seien bei der Entwicklung geeigneter Verfahren für die nächsten Jahrzehnte „keine ernsthaften Ergebnisse" zu erwarten. Das Ministerium für Chemieanlagen habe aber trotz vielfacher Anforderungen nichts geliefert. Dabei wäre es schon jetzt zweckmäßig, noch einen Schritt weiterzugehen und ein Werk zur Herstellung der neuen Technologie und unweit des Kohlevorkommens zu projektieren.

Etwas wehmütig verweist der Institutsdirektor auf die Atomtechnik, die in der Sowjetunion so massiv gefördert worden sei, daß sich „die kühnsten Träume der Gelehrten" verwirklichen ließen. Der technische Aufwand für die Veredelung von Kohle sei aber kaum geringer einzuschätzen. „Sie ist so kompliziert wie die Atomtechnologie."

CPT TEXT-COMPUTER / Umsatz- und Ertragssteigerungen setzen sich fort

Lösungen für das Büro der Zukunft

HEINZ STÜWE, **Cork**

Das gute alte Telefon will der Textcomputer-Hersteller CPT Corporation, Minneapolis/USA, für die Informationsverarbeitung im Büro der Zukunft einsetzen. Über eine digitale Telefon-Nebenstellenanlage werden nach dem CPT-Konzept elektronische Einzelarbeitsplätze zu einem unternehmensinternen Netz verbunden, das auch den Zugriff auf öffentliche Datennetze erlaubt.

Den wesentlichen Vorteil dieses Systems, von dem in Deutschland bereits einige Pilotanlagen installiert sind, sieht CPT darin, daß teure Investitionen für die Verkabelung entfallen. Einen Punkt, den Waldemar B. Melzer, Geschäftsführer der deutschen Vertriebsgesellschaft CPT Text-Computer GmbH, Köln, zum Grundsatz erhebt: „Wir wollen für die Bürokommunikation das nutzen, was der Anwender schon hat." So soll das „Büro-Dialog" getaufte System die Verknüpfung von Textautomaten, Personal-Computern und Peripheriegeräten auch verschiedener Hersteller ermöglichen. Ob sich CPT damit am Markt durchsetzen wird, hängt nicht zuletzt von der Bundespost ab, die bisher nur widerrufbare Einzelzulassungen gewährte.

Die Grundlage, von der aus sich CPT Ausflüge in die noch wenig überschaubare Bürokommunikation leisten kann, ist die Textverarbeitung. Mit 5000 installierten Bildschirmarbeitsplätzen und einem Marktanteil von 15 bis 18 Prozent ist man nach eigenen Angaben hinter IBM und Triumph-Adler die Nummer drei in Deutschland. Eine Position, die weiter ausgebaut werden soll, wie Melzer in der europäischen CPT-Produktionsstätte in Cork/Irland erklärte. Die Geschäftsentwicklung des ersten Halbjahres 1983, die ein Umsatzplus von 30 Prozent auf 19,4 Mill. DM brachte, stützt diesen Optimismus. In diesem Jahr werden die 135 (1982: 116) Mitarbeiter – so die Erwartung – 48 Mill. DM umsetzen. 1984 soll sich das Wachstum mit einer Rate von 20 bis 25 Prozent fortsetzen.

Die Ertragsentwicklung hält bisher mit der Geschäftsausweitung durchaus Tritt. Nach einem Bruttoergebnis von knapp 2,6 Mill. DM 1982 ist das Ertragsziel für 1983 mit 3,5 Mill. DM deutlich höher gesteckt. So kann die Ankündigung Melzers nicht überraschen, daß die GmbH, an der die CPT Corporation mit 25 Prozent beteiligt ist, ihre Expansion aus eigener Kraft finanzieren könne. 1984 soll das Stammkapital aus stillen Reserven von 2,8 auf 4 Mill. DM aufgestockt werden.

CPT will in Zukunft – so Melzer – weiterhin großen Wert auf bedienungsfreundliche Produkte legen. Der Bildschirm in Positivdarstellung etwa, heute noch in verschwindender Minderzahl, werde sich auf Dauer durchsetzen. Daß viele Käufer und Verkäufer die Hardware für das wesentliche Auswahlkriterium halten, ist nach Ansicht Melzers falsch. Nicht die Speicherkapazität, sondern vielmehr die im Unternehmen benötigten Funktionen seien entscheidend. CPT widme daher der Beratung und Schulung der Anwender große Aufmerksamkeit. Darüber hinaus will CPT das Software-Angebot verbessern. Dem Werk in Cork wurde eine neue Abteilung Software-Entwicklung angegliedert.

Wachstum heißt auch in der Gruppe, die weltweit über 1500 Mitarbeiter beschäftigt, das Stichwort. Im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) konnte die CPT Corporation ihre Umsätze um 23 Prozent auf 178 Mill. US-Dollar steigern. Das Nettoergebnis erhöhte sich um 11 Prozent auf 17,7 Mill. Dollar. 1983/84 sollen es 30 Prozent Umsatz mehr sein. Wie Bob Gershenson von der europäischen CPT-Zentrale in Leiden/Niederlande erklärte, wird dazu vor allem das Auslandsgeschäft beitragen, dessen Anteil von derzeit 27 Prozent bis 1986 auf 50 Prozent gesteigert werden soll.

NWK: Stagnation beim Stromabsatz

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, haben in den ersten 9 Monaten des Geschäftsjahres 1982/83 beim Stromabsatz im eigenen Versorgungsgebiet keinen Zuwachs erzielt. Die Lieferungen von 15,4 Mrd. kWh lagen lediglich um 0,1 Prozent über denen des Vorjahres. Ein Minus von 3 Prozent in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahres ist durch steigenden Bedarf ab Februar dieses Jahres ausgeglichen worden. Der Gesamtabsatz einschließlich Verbundlieferungen erhöhte sich um 2 Prozent auf 18,3 Mrd. kWh.

Aufgrund von Preiserhöhungen stieg der Umsatz um 7,9 Prozent auf 2,1 Mrd. DM. Diese Mehrerlöse hätten dazu beigetragen, die Belastungen aus einer vorübergehend schlechteren Erzeugungsstruktur auszugleichen, heißt es in einem Aktionärsbrief. Für das ganze Jahr erwartet der Vorstand ein wieder zufriedenstellendes Ergebnis.

Die Veränderungen in der Erzeugungsstruktur ergaben sich durch den Stillstand des inzwischen wieder in Betrieb gegangenen Kernkraftwerks Brunsbüttel. Der Anteil der Kernenergie an der Eigenerzeugung ging bei NWK von 45,3 auf 36,9 Prozent zurück, der von Kohle stieg von 48,6 auf 56,1 Prozent. Im nächsten Geschäftsjahr wird der Kernenergieanteil bei NWK gut 50 Prozent erreichen. Voraussetzung dafür ist, daß das Kernkraftwerk Krümmel planmäßig noch in diesem Monat den Betrieb aufnimmt. Einer Genehmigung stehe aus technischer Sicht nichts mehr entgegen, schreibt der Vorstand.

Im Zuge des Ausbaus der Kernkraftwerke hat es bei NWK im Berichtsjahr einen Investitionssprung gegeben. Die eingesetzten Mittel sind in den ersten neun Monaten um fast 54 Prozent auf 677 Mill. DM gestiegen. Die Abschreibungen reduzierten sich dagegen auf das normale Maß von 129 Mill. DM, nachdem sie im vergangenen Jahr durch die Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen für den Umweltschutz noch 172 Mill. DM erreicht hatten.

VARTA / Keine Anzeichen für eine Belebung

Deutliche Umsatzeinbußen

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Varta AG, Bad Homburg, verzeichnet „über alles gesehen" zwar eine geringfügige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gegenüber dem Tiefpunkt Ende 1982. Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1983 spiegele aber die noch immer schwierigen Rahmenbedingungen deutlich wider. Eine merkliche Konjunkturverbesserung, so schreibt der Vorstand in einem Zwischenbericht, sei auch für das zweite Halbjahr nicht zu erwarten.

Mit 694 (i. V. 751) Mill. DM blieb der Weltumsatz des Unternehmens in den ersten sechs Monaten um 8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Der Rückgang sei wesentlich beeinflußt worden von den veränderten Wechselkursen und dem gesunkenen Bleipreis. Der Umsatz des Inlandskonzerns verringerte sich nur um 4 Prozent auf 439 (459) Mill. DM. Hier habe sich auch die Verschmelzung der nicht konsolidierten Beteiligungsgesellschaft Electronic Watch Batterie GmbH mit der Varta Batterie AG ausgewirkt. Der Export des Inlandskonzerns erreichte 169 (181) Mill. DM und hat damit einen Anteil von 38 (39) Prozent am Gesamtumsatz. Das gesamte internationale Geschäft macht 61 (63) Prozent des Weltumsatzes aus. Gegenüber Ende 1982 verringerte sich die Belegschaft auf 11 894 (12 267) Mitarbeiter.

Der umsatzstärkste Bereich, die Sparte Starterbatterien, verzeichnete mit einem Minus von 17 Prozent auf 273 (330) Mill. DM die kräftigsten Umsatzeinbußen. Um 5 Prozent auf 221 (233) Mill. DM ging der Gerätebatterieumsatz zurück. Diese Sparte brachte in den vergangenen Jahren die deutlichsten Zuwachsraten. Das günstigere Geschäft im Inland bescherte der Sparte Industriebatterien eine Umsatzsteigerung um 4 Prozent auf 173 (166) Mill. DM.

Trotz der bislang ungünstigen Entwicklung rechnet der Varta-Vorstand für das Gesamtjahr 1983 mit einem Ergebnis, das dem des Vorjahres entspricht. Für 1982 hatte die AG einen Jahresüberschuß von 16,1 Mill. DM und einen Bilanzgewinn von 8,2 Mill. DM ausgewiesen. Daraus war eine Dividende von 8 (10) Prozent ausgeschüttet worden.

NAMEN

Dipl.-Kfm. **Clemens K. Hiemenz**, persönlich haftender Gesellschafter der Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co., Frankfurt, wurde am 23. August 60 Jahre alt.

Dr.-Ing. **Werner Köttnitz**, persönlich haftender Gesellschafter und Geschäftsführer der Andreas Hofer Hochdruckapparatebau KG und Andreas Hochdrucktechnik GmbH, Mülheim, feiert am 25. August seinen 70. Geburtstag.

Prof. Dr. **Eberhard Laux**, Vorsitzender des Beirates der Gesellschaft für Organisation e. V. und Vorstandsmitglied der Wibera Wirtschaftsberatung AG, Düsseldorf, vollendet am 24. August sein 60. Lebensjahr.

Dr. **Bernd Veltjens** ist in die Geschäftsführung der Niederlassung Hannover der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank AG berufen worden. Er löst Dr. **Alexander Knote** ab, der in die Münchener Zentrale zurückgekehrt ist.

Dr. **Hans Horak**, bis Ende April Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg, ist im Alter von 61 Jahren gestorben.

Walter Hönscheidt, seit 1977 Leiter der Abteilung Motor- und Wirtschaftspresse der Porsche AG, Stuttgart, verläßt das Unternehmen am 31. August auf eigenen Wunsch, um bereits zur IAA bei Alfa Romeo Deutschland, Frankfurt, zu sein. Dort wird er Nachfolger von Dr. **Antonio Cerlenizza**.

SCHWEIZ / Das Einzelhandels-Imperium von Maus Söhne wächst unaufhaltsam

Verschiebungen im Warenhaussektor

IRENE ZÜCKER, **Genf**

Für die Schweizer ist das Warenhaus Oscar Weber AG ein Symbol der Zürcher Bahnhofstraße. Entsprechend schwer fiel dem Familienunternehmen die Entscheidung, sich ab 1. Februar 1984 aus dem Einzelhandel zurückzuziehen. Damit verschwindet eine im letzten Jahrhundert gegründete Warenhausgruppe mit elf Geschäften von der Bildfläche. Der Hauptgrund für das Ende dieser Warenhauskette liegt in der besonderen Filialstruktur: Neben einem Großwarenhaus mit 8000 qm an der Zürcher Bahnhofstraße werden zehn kleinere Filialen geführt. „In den kleineren Geschäften hatten wir ein zu gehobenes und an der Zürcher Bahnhofstraße ein zu wenig gehobenes Sortiment", erklärte Verwaltungsrat Walter Stoeckli das Dilemma.

Mit 132,5 Mill. DM Umsatz bei rund 1000 Mitarbeitern liegt die Oscar Weber AG deutlich hiner anderen Warenhausketten zurück. Im Vergleich: Maus Söhne AG, Genf, die größte Warenhausgruppe der Schweiz, erreichte 1982 mit ihren 7300 Mitarbeitern einen Umsatz von 1,87 Mrd. DM. Jelmoli, Zürich, wies bei 5365 Beschäftigten einen konsolidierten Umsatz von 1,5 Mrd. DM aus, Globus bei 5185 Angestellten 1,23 Mrd. DM und die Neue Warenhaus AG (erfolgreiche Schwestergesellschaft der Oscar Weber AG in der Oscar Weber Holding AG) bei 3600 Mitarbeitern einen Umsatz von 848 Mill. DM.

Der eingeschlagene Ausweg aus der Ertragsschwäche der Oscar Weber AG: Zwei ihrer elf Geschäfte werden von der selbständigen Neuen Warenhaus AG übernommen. Für weitere zwei Filialen laufen Gespräche mit dem mehrheitlich im Besitz des Basler Handelshauses NTC International befindlichen Jelmoli-Konzern. Zudem mietet Maus Söhne AG die beiden Warenhäuser in St. Gallen und an der Zürcher Bahnhofstraße an. Das Ende der Ära Oscar Weber in der Warenhausbranche öffnet damit der größten Warenhausgruppe der Schweiz, der Maus AG, den Weg nach Zürich. Mit seinen 67 Schweizer Warenhäusern ist Maus bisher nur in mittelgroßen Städten vertreten.

Maus gilt als heimliches Einzelhandelsimperium, das 1952 mit der Eröffnung der Lausanner Placette zur Expansion ansetzte. Fast jedes Jahr wurde bis zum Ende der Hochkonjunktur ein neues Warenhaus eröffnet, wenn auch unter verschiedenen Namen. So als Placette und Au Louvre in der französischsprachigen Schweiz (20 Geschäfte) und als Innovatione im Tessin (13 Niederlassungen). Die 34 Filialen in der Deutsch-Schweiz laufen unter Vilan, Nordmann, Rheinbrücke und unter 12 weiteren Namen. Zudem wurde 1974 die Jumbo-Kette (5 Warenhäuser) aufgekauft sowie verschiedene Immobiliengesellschaften. Die von der Maus-Holding beherrschten Firmen sind juristisch eigene Gesellschaften, die selbständig versteuern, bilanzieren und Dividende sowie Kommission nach Genf entrichten.

Die Spitze des Konzerns bildet eine Holdinggesellschaft, die Maus Söhne AG, ein reines Familienunternehmen. 100 Prozent der Aktien befinden sich im Besitz der verschwägerten Familien Maus und Nordmann. Sie sind auch Alleinaktionäre der Manor AG in Basel, einer Verwaltungs- und Einkaufsgesellschaft, welche die Zweigstellen bedient, aber auch 14 Warenhäuser, die von der Maus-Holding unabhängig sind.

Der Schwerpunkt der Maus-Gruppe liegt jedoch nicht in der Schweiz. Wichtigste Beteiligung ist das 33-Prozent-Aktienpaket, das Maus eine Sperrminorität in der französischen Warenhausgruppe Du Printemps ermöglicht. Zu dieser Gruppe gehört auch Prisunic und Printania, die Escale-Jumboverbrauchermärkte und Brummel, eine Bekleidungsfirma im Boutique-Stil, insgesamt 268 Anschlußhäuser mit rund 4,4 Mrd. DM Jahresumsatz.

Zudem ist die französische Gruppe an 85 Häusern in aller Welt beteiligt. Weiter hält Maus in Frankreich Beteiligungen bei Viniprix (25 Prozent) und Euromarché (18 Prozent). Zu den ausländischen Maus-Töchtern zählen weiter die amerikanischen Gruppen Bergner's und Ch. Weise's. Zudem besteht ein Management-Vertrag mit dem größten japanischen Einzelhandelsunternehmen über den Bau von sechs japanischen Warenhäusern. Damit sind die Maus Söhne weltweit mit über 430 Häusern liiert und gehören zu den ganz Großen der europäischen Warenhausbranche.

Aktien überwiegend nachgebend

Aber Aachen-Münchener Beteiligung weiter sehr fest

DW. – Obwohl mit dem sinkenden Dollar, der vorangegangenen Tendenz an der New Yorker Börse sowie der stabilisierten Haltung am deutschen Rentenmarkt die Voraussetzungen für einen Wiederanstieg der deutschen Aktien günstig erschienen, setzte sich auch am Dienstag ihre Abwärtsbewegung noch fort. Begründet wurde dies in erster Linie mit Gerüchten über eine Zuspitzung der brasilianischen Zahlungsprobleme. Wegen der Gefahr einer dramatischen Entwicklung hielten sich die Anleger am Aktienmarkt zurück, so daß das auch aus dem Ausland zur Verfügung gestellte Angebot nur zu weichenden Notierungen unterzubringen war.

Auf Basis der ermäßigten Kurse zeigte sich in der zweiten Börsenstunde einiges Anlageinteresse, so daß nicht alle Standardwerte zu den niedrigsten Tageskursen schlossen. Obwohl das Kreditgewerbe wegen des Brasilienrisikos neuerdings zu den Problembranchen gerechnet wird, hielten sich bei den Bankaktien die Abschläge mit knapp 3 DM durchaus im üblichen Tagesrahmen. Etwas stärker war der Druck auf die Warenhauswerte, besonders auf Karstadt (minus 4 DM). Zu einer Sonderbewegung kam es wie schon am Vortag bei Aachen-Münchener Beteiligung, hier kam der Kurs zeitweise auf 815 DM (plus 38 DM). Mehrere Gruppen sollen hier als Käufer im Markt sein.

Düsseldorf: Pongs und Zahn verminderten sich um 8 DM auf 75 DM, Gerresheimer Glas sanken um 2,50 DM auf 117,80 DM und Düwag gaben um 4 DM auf 146 DM nach.

Frankfurt: Am Aktienmarkt hat sich am Dienstag die Abwärtsbewegung der Kurse verstärkt. Die Umsatztätigkeit hielt sich jedoch auf niedrigem Niveau, im Verlauf gab es leichte Erholungstendenzen. Die Standardwerte gaben bis zu 5 DM nach, von Nebenwerten blieben MAN Roland 390,20 DM minus 9,80 DM, Audi 252 DM minus 10 DM, Deutsche Atlanten 325 DM minus 11 DM, Aachen-Münchener Beteiligung 800 DM plus 23 DM, Münchener Rückversicherung Inhaberaktien 812 DM minus 38 DM und Commerzbank Restquoten bei Doppelminus vier minus 2 DM.

Hamburg: Flensburger Schiffbau konnten sich behaupten. Reichelt und Hapag waren schwach veranlagt. Phoenix Gummi gingen zu 138 DM minus 3,40 DM und Beiersdorf zu 325 DM minus 7 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. sanken auf 361 DM, Leonische Draht sanken um 2 DM auf 323 DM und Zahnräder Renk verminderten sich um 4 DM auf 250 DM.

Berlin: Herlitz Stämme festigten sich um 2 DM. DUB-Schultheiss lagen um 0,20 DM geringfügig freundlicher. Herlitz Vorzüge mußten um 5,50 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart.

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Wien

Zürich

Madrid

Paris

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel vom 23. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-70/6,20, 10-75/3, 1-70/8,50, 4-70/12,50, 4-80/7,65, 4-75/3, Siemens 1-370/14,80, 1-400/5, 4-400/11, 4-380/25, 4-410/11, Veba 10-180/6,80, 10-190/3,50, 1-180/12, 1-200/5,70, 4-180/19, 4-190/14, BASF 10-150/11,40, 10-160/2,90, 10-170/2, 1-160/8,50, 1-170/5, 4-160/15,30, 4-170/10,15, 4-180/8, Bayer 10-150/6,20, 10-170/2, 1-150/12, 1-160/6, 4-150/18, 4-170/7,20, Hoechst 10-150/12,50, 10-170/3, 1-150/15, 1-160/7,40, 1-170/6,50, 4-150/21,80, BMW 1-430/12, VW 10-230/11, 10-240/7,20, 10-250/5,70, 1-200/34,75, 1-220/18,60, 1-240/14, 1-260/7,40, 1-180/61,26, 4-220/30, 4-230/26, 4-240/23, 4-250/21, 4-270/10, Conti 1-110/7,50, 4-110/14, 4-120/7,50, Lufthansa 10-120/7, Commerzbank 10-180/3,50, 10-190/2,30, 1-170/20, 1-180/12, 1-160/29, 1-200/5, 4-180/20, 4-210/9,10, Deutsche Bank 10-330/5,50, 1-330/17,90, 1-360/8, 1-370/5,20, 1-390/4,50, 4-340/26,20, Dresdner Bank 10-180/6,40, 1-190/3,50, 1-200/4,40, 4-180/22, 4-190/15, 4-220/5,60, Hoesch 1-45/9, 1-50/5,30, 1-55/3,50, 4-60/4,90, Mannesmann 1-150/9, 4-160/9, 4-170/6, 4-180/4,50, Thyssen 10-70/3,60, 10-75/1,35, 1-70/7,50, 4-70/10,50, 4-75/7,35, 4-90/3,60, Bay. Hypobank 4-300/15, BBC 1-210/18, GHH 1-150/6,60, Karstadt 10-280/12,50, Klöckner 4-40/6,90, Mercedes 1-520/25, 1-530/19, RWE 1-170/10,60, 4-180/9,50, RWE Vorz. 1-170/9,40, Chrysler 1-75/9,40, 1-80/6, 1-90/4,50, 4-90/7, Sperry Rand 1-85/31, Xerox 10-120/6,60, Philips 1-45/3,90, 4-50/4, Royal Dutch 4-130/25,80, 4-140/16,10, 4-150/10,60, Unilever 10-190/10,60, Elf 10-60/9,50, 10-65/5, 1-60/11,35, 1-65/9,40, 4-60/14,60, Norsk Hydro 1-210/19. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-65/2, Siemens 10-340/4,50, 10-350/10, 1-350/10,60, Veba 10-180/3,50, Bayer 1-150/3, BMW 4-370/14,20, VW 10-210/3, 10-230/10, 1-210/5,30, 1-220/9,80, 1-230/15,60, 4-200/5, Conti 4-110/6, Commerzbank 10-170/3, 4-170/6,45, Deutsche Bank 4-320/15, Dresdner Bank 10-180/6,90, Hoesch 10-50/2,10, 1-50/4,50, 4-50/5, Thyssen 10-70/2,15, Klöckner 4-40/4,40, MAN 1-130/6,50, Chrysler 10-70/4,60, 1-70/6, IBM 10-300/9,40, Philips 4-45/6,20. 711 Optionen 38 200 (31 900) Aktien, davon 76 Verkaufsoptionen = 4050 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾– 9⅞	4⅞–5⅛	4½–4⅞
3 Monate	9¾–10⅛	5⅛–5⅜	4⅞–4⅜
6 Monate	10¼–10½	5⅛–5⅞	4⅝–4⅞
12 Monate	10½–10⅞	6 –6¼	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1915,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1238,00	1453,06
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,26
1 £ Sovereign alt	259,00	319,06
1 £ Sovereign Elizabeth II	253,00	311,22
20 belgische Franken	192,00	253,08
10 Rubel Tscherwonez	270,00	336,30
2 südafrikanische Rand	254,00	312,38
Krüger Rand, neu	1130,00	1333,80
Maple Leaf	1129,00	1332,66
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	328,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	274,74
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	269,04
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1045,00	1259,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	210,00	262,20
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	485,00	592,02
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	115,00	153,90

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

23. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,6129	2,6209	2,5862	2,57	2,66
London¹)	4,007	4,021	3,971	3,94	4,08
Dublin¹)	3,147	3,161	3,091	3,11	3,25
Montreal³)	2,1233	2,1313	2,1061	2,09	2,18
Amsterd.	89,280	89,500	89,23	88,25	90,25
Zürich	122,840	123,040	122,94	121,50	124,25
Brüssel	4,976	4,996	4,941	4,83	5,05
Paris	33,160	33,320	32,47	32,25	34,25
Kopenh.	27,725	27,845	27,585	26,50	28,50
Oslo	35,495	35,615	34,905	34,50	36,25
Stockh.**)	33,675	33,835	33,245	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,670	1,680	1,625	1,64	1,73
Wien	14,204	14,244	14,209	14,11	14,33
Madrid**)	1,759	1,769	1,657	1,72	1,83
Lissabon**)	2,155	2,175	2,055	1,84	2,74
Tokio	1,0805	1,0835	—	1,04	1,10
Helsinki	46,340	46,540	45,48	45,50	47,25
Buen. Air.	–	—	—	—	20,00
Rio	–	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	2,880	2,934	—	2,30	3,10
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,3190	2,3380	—	2,25	2,35
Johannesbg.*)	2,3380	2,3570	—	2,05	2,30

Alles in Hundert. ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der Dollar eröffnete am 23. 8. in Europa mit Kursen um 2,6130. Nach einem Ausrutscher auf 2,6230 bewegte sich der Kurs während des Tages zwischen 2,6150 und 2,6190. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,6169 festgestellt. Für den Kursrückgang im Vergleich zum Vortag nannte man überwiegend die entspannte Zinssituation in den USA. Entsprechend der schwächeren Dollar-Notierung konnte sich die D-Mark gegenüber den übrigen amtlichen Notierungen befestigen. Das britische Pfund notierte mit 4,014 um 1,3 Pf schwächer. Der Schweizer Franken gab um 10 Pf auf 122,94 nach, und der japanische Yen schwächte sich um 0,28 Prozentpunkte auf 1,0830 ab. Dollar in: Amsterdam 2,9275; Brüssel 52,5175; Paris 7,8760; Mailand 1562,55; Wien 18,5670; Zürich 2,1286; Pfund/DM 3,154; Pfund-Dollar 1,5339.

Ostmarkkurs am 23. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports verringerten sich am 23. August parallel zu den erneut nachgebenden Dollarzinssätzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,12/1,02	3,12/3,02	6,08/5,88
Pfund/Dollar	0,05/0,08	0,14/0,18	0,31/0,35
Pfund/DM	2,10/0,70	5,00/3,60	8,90/7,50
FF/DM	30/14	82/65	169/153

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23. 8.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,35–5,45 Prozent; Dreimonatsgeld 5,6–5,7 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 23. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – 6,25 (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – 9,00 (6,98) – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Der Triumph der Zuverlässigkeit.

Auf der Teststrecke in Nardo in Süditalien wurde soeben ein Weltrekord* aufgestellt, der es in sich hat: 50.000 km in nur 201 Stunden, 40 Minuten.

Das bedeutet eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 247.939 km/h, trotz Unterbrechungen für Tankstops, Fahrer- und Reifenwechsel und sogar für Wartungsarbeiten, fast wie bei einem normalen Serienfahrzeug.

Das Auto, das diesen Marathon-Weltrekord fuhr, war der neue Mercedes 190 E 2.3–16. Ein Fahrzeug mit einem soliden 4-Zylinder-Motor, der seine hohe Leistung durch einen Zylinderkopf mit 2 obenliegenden Nockenwellen und mit 16 Ventilen entwickelt.

Dieses Fahrzeug werden wir mit unveränderter Leistungscharakteristik im nächsten Jahr in Serie bauen.

Manche mögen sich darüber wundern, daß es gerade ein Mercedes ist, der einen solchen Rekord aufstellt.

Zunächst einmal ist ein derartiger Dauertest für uns nichts Besonderes. Jeder neue Fahrzeugtyp muß nämlich einen ähnlichen Hitze- und Härtetest in Nardo bestehen – auch wenn nicht immer ein Weltrekord damit verbunden ist. Erst dann kann er in Serie gehen.

Es geht uns bei einer solchen Testfahrt, die hier zur Rekordfahrt geworden ist, also nicht darum, Trophäen zu gewinnen, sondern wichtige Erkenntnisse für die Serie.

Erkenntnisse über Grenzwertbereiche, in denen sich ein Autofahrer normalerweise nie bewegen wird.

Erkenntnisse, die jedoch dazu beitragen, die besonderen Qualitäten eines Mercedes noch weiter zu verbessern.

Zum anderen wollen wir damit beweisen, daß ein Mercedes nicht ausschließlich eine komfortable Reiselimousine sein muß, sondern auch ein technisch intelligentes und sportliches Auto sein kann – aber immer mit der schon fast legendären Zuverlässigkeit.

Ein Anspruch, der sich nur dann über Jahrzehnte hinweg konsequent durchhalten läßt, wenn die richtigen Leute dahinterstehen.

Auf allen Gebieten.

Das gilt auch für die Marathonfahrt in Nardo, bei der eine hervorragende Mannschaftsleistung und ein großartiger Teamgeist aller Beteiligten dieses Ergebnis erst ermöglicht haben.

Ein Teamgeist, ohne den alle unsere großen Anstrengungen und Leistungen der Vergangenheit nicht möglich gewesen wären.

Ein Teamgeist, mit dem allein eine der wichtigsten Tugenden erreicht werden kann:

Die Zuverlässigkeit.

Daimler-Benz Aktiengesellschaft.

* Vorbehaltlich der Anerkennung durch die F.I.A.

Renten wenig verändert

Die Kurse am Rentenmarkt bewegten sich nur wenig. Obwohl eine zinspolitische Verschärfung durch den Zentralbankrat für wenig wahrscheinlich gehalten wird, hielten sich sowohl die Großkundschaft als auch das Publikum mit Anlagekäufen zurück. Der Handel bleibt dadurch mit Material gut versorgt. Öffentliche Anleihen waren überwiegend stabil, bei den DM-Auslandsanleihen ergaben sich kleinere Abschläge. Die Pfandbriefumsätze hielten sich ebenfalls in sehr engen Grenzen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		23. 8.	22. 8.
F 4 Abl 57	4 84	100.6G	100.6G
5½ Bdbahn 58	10.83	100 05G	100.05G
10 dgl 73 II	11 83	100 75G	100.75G
7¾ dgl 72	2 54	100.55	100 55
8 dgl 72	9 84	101.45	101.35G
8¼ dgl 76	9 84	101 7	101.6
6 dgl 78 II	11 84	99 2	99.2
5½ dgl 79	2 95	99.2G	99.2
8¼ dgl 73	2 85	101.5	101.5
7 dgl 77	2 97	97.1G	97 1G

Bankschuldverschreib.

	23. 8.	22. 8.
F 6 Allg Hypo Pf 1	80,5G	80,5G
6½ dgl Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99.9T	99,9T
9 dgl Pf 106	102.9G	102.9G
10 dgl Pf 108	107.85G	107,85G
7 dgl KS 132	94G	94G
8 dgl KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl KS 169	102,3G	102,3G

	23. 8.	22. 8.
M 5½ Bayer Haba Pf 14	89.75G	89,75G
6 dgl Pf 20	81G	81G
6¾ dgl Pf 2	93,75G	93,75G
7 dgl Pf 3	93,75G	93,75G
7 dgl Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl KS 14	95.25G	95,35G
7½ dgl KS 27	89.25bG	89,25bG

	23. 8.	22. 8.
Br 6½ dgl Pf 77	93	93
6 dgl Pf 42	99.25G	99.25G
8½ dgl Pf 47	101G	101,25G
F 5 Frf Hypobk. Pf 66	69.5G	69,5G
5½ dgl Pf 53	76G	78G
6 dgl Pf 79	78.5	78,5
6 dgl. Pf 130	90.5G	90,5G
6½ dgl. Pf 133	86G	86G

	23. 8.	22. 8.
H 6 Schiffshyp Pf 23	97.5G	97 5G
7½ dgl Pf 45	100.7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88G7G	88G7G
5½ dgl Pf 57	–	–
6½ dgl Pf 143	92.5G	92.5G
7 dgl. Pf 87	92.5G	92.5G
7½ dgl Pf 104	95G	94.5G
7 dgl. KS 49	91G	91G
7½ dgl KS 81	98.5G	98.5G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Fest schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Kaffee ging uneinheitlich aus dem Markt. Kakao notierte in sämtlichen Positionen fester.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	22. 8.	19. 8.
Sept	402,50	382,50
Dez	423,25	355,25
März	433,75	363,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	22. 8.	19. 8.
Wheat Board cif		
St. Lawrence I CW	242,09	343,64
Amber Durum	258,89	261,09

Roggen Winnipeg (can. $/t)

Genußmittel

Kakao New York ($/t)	22. 8.	19. 8.
Sept.	2120	2081
Dez.	2150	2130
Terminkontr. März	2180	2160
Umsatz	4370	5665

Zucker New York (c/lb)	22. 8.	19. 8.
Kontrakt Nr. 11 Sept	10,75	10,20
Okt	11,27	10,75
Jan.	12,10	11,50
März	12,63	12,12

Kakao London (£/t)	22. 8.	19. 8.
Terminkontrakt Sept.	1497–1498	1486–1487
Dez.	1527–1528	1520–1521
März	1533–1535	1524–1536
Umsatz	4438	3955

Zucker London (£/t)	22. 8.	19. 8.
Rohzucker Okt	181,50	182,75–182,90
Dez	189,00–190,50	190,00–191,50
März	200,40	201,10–201,25
Mai	204,45–204,75	205,20–205,25
Aug	–	–
Umsatz	4448	1998

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	22. 8.	19. 8.
schw. Sarawak spez.	257,50	257,50
weißer Sarawak	347,50	347,50
weißer Muntok	347,50	347,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	23. 8.	22. 8.
10.30	425,75	421,25
15.00	426,40	421,75
Zürich mittags	426,60–427,10	421,10–421,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 350	107 900

Silber (p/Feinunze)	23. 8.	22. 8.
London Kasse	831,70	811,50
3 Monate	851,90	831,20
6 Monate	872,10	851,00
12 Monate	913,80	893,20

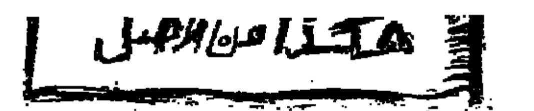
Platin (£-Feinunze) London	22. 8.	19. 8.
fr. Markt	290,50	285,55

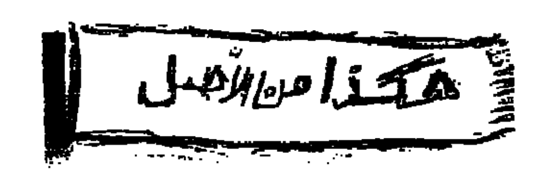
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	101,15	98,65

Londoner Metallbörse

Kasse	1077,5–1078,0	1073,5–1074,5
3 Monate	1106,5–1107,0	1102,5–1103,0
Blei (£/t) Kasse	261,00–261,20	261,00–261,50
3 Monate	271,00–271,20	271,00–271,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1066,5–1067,5	1056,0–1056,5
3 Monate	1094,0–1095,0	1085,0–1085,5
abends Kasse	–	1061,5–1062,0
3 Monate	–	1090,0–1090,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1035,0–1037,0	1031,0–1033,0
3 Monate	1062,0–1063,0	1058,0–1059,0
Zink (£/t) Kasse	546,00–546,50	543,50–544,00
3 Monate	564,00–564,50	559,50–560,00
Zinn (£/t) Kasse	8420–8425	8420–8425
3 Monate	8535–8540	8540–8541
Quecksilber ($/Fl.)	–	280–285
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	73–79

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND





Am 19. August 1983 ist der Präsident der Ärztekammer Hamburg

Dr. med. Arnold Rimpau

seinem schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden erlegen. Der Verstorbene hat die Ärztekammer Hamburg seit 1974 mit Hingabe und großem persönlichen Einsatz geleitet und die Belange der Ärzte in Hamburg wie auch auf Bundesebene als Mitglied des Vorstandes der Bundesärztekammer wahrgenommen. Er hat sich um die Ärzte verdient gemacht.

Ärztekammer Hamburg
Vorstand
Dr. med. Gerhard Krauel
Vizepräsident

Die Trauerfeier findet statt am Montag, 29. August 1983, um 13 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Blankenese, Mühlenberger Weg. Beisetzung anschließend im Familiengrab.

Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden bittet die Familie um eine Spende für die Wilhelm-Warner-Stiftung. Bankverbindung: Kto. 269 964, BLZ 201 201 00, M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg.

Die Hans-Neuffer-Stiftung trauert um ihren Vorsitzenden, Herrn

Dr. med. Arnold Rimpau

gest. 19. August 1983

Herr Dr. Rimpau hat sich mit Umsicht und großem Einsatz den Aufgaben der Hans-Neuffer-Stiftung gewidmet. Er hat sich besonders große Verdienste um den internationalen Meinungs- und Gedankenaustausch der Ärzte und um die Förderung der Forschung im gesundheits- und sozialpolitischen Bereich erworben.

Die Hans-Neuffer-Stiftung wird ihrem Vorsitzenden ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorstand und Kuratorium der
Hans-Neuffer-Stiftung

Köln, den 22. August 1983

Wir bedauern das Ableben unseres langjährigen Vorstandsmitgliedes

Dr. med. Arnold Rimpau

Seit 1961 war der Verstorbene für unseren Verband tätig. Stets setzte er sich selbstlos für die Krebsbekämpfung und Krebsforschung ein. Wir werden ihn wegen seiner hohen Qualitäten als Arzt und Forscher sowie wegen seiner humanen Gesinnung in dankbarer und ehrender Erinnerung behalten.

Der Hamburger Landesverband für Krebsbekämpfung und Krebsforschung
(Hamburger Krebsgesellschaft)
Prof. Dr. H. Nowakowski
Vorsitzender

Der Vorsitzende unserer Stiftung

Dr. med. Arnold Rimpau

ist nach schwerer Krankheit am 19. August 1983 im Alter von 63 Jahren gestorben.

Er hat seit 1961 die Stiftung mit großer Umsicht und menschlichem Verständnis im Sinne von Wilhelm Warner geleitet. Wir haben ihm viel zu verdanken.

Wilhelm-Warner-Stiftung
Hamburg
Vorstand

Am 19. August 1983 verstarb im Alter von 63 Jahren Herr

Dr. Arnold Rimpau

Leitender Krankenhausarzt

Als langjähriger Chefarzt der pathologischen Abteilung und von 1971 bis 1975 zugleich als Ärztlicher Direktor des neu erbauten Allgemeinen Krankenhauses Altona hat er die Krankenhausmedizin in Hamburg wesentlich mitgestaltet. Wir verlieren in ihm einen vorbildlichen leitenden Mitarbeiter, der uns stets mit Rat und Tat zur Seite stand.

Freie und Hansestadt Hamburg
Gesundheitsbehörde
Helga Elstner
Zweiter Bürgermeister

Am 19. August 1983 verstarb im Alter von 63 Jahren

Dr. med. Arnold Rimpau

seit 1958 Chefarzt der Pathologischen Abteilung
und von 1971–1975 Ärztlicher Direktor unseres Hauses

Herr Dr. Rimpau war ein weit über sein Fachgebiet hinaus engagierter Arzt. In der ihm eigenen vorbildlichen Pflichterfüllung hat er noch in den letzten Wochen trotz schwerer Krankheit seine ganze Schaffenskraft in den Dienst des Hauses gestellt. Wir werden ihn in ehrender Erinnerung behalten.

Das Chefarztkollegium
des Allgemeinen Krankenhauses Altona
Hamburg

Am 19. August 1983 verstarb im Alter von 76 Jahren der Repräsentant unserer Firmengruppe, Herr

Direktor

Friedrich Eichholz

Sein beruflicher Lebensweg war eng mit unserem Unternehmen verknüpft. Herr Eichholz gehörte zu der Gründergeneration unserer Firma und war mit kurzer Unterbrechung bis zur letzten Stunde in verantwortungsvoller Position für uns tätig. Den Aufbau unseres Unternehmens und die erfolgreiche Weiterentwicklung hat er tatkräftig mit unermüdlichem Einsatz bis ins hohe Alter maßgeblich mitgestaltet. In den vielen Jahren der vertrauensvollen Zusammenarbeit in unserem Hause und mit unseren Geschäftsfreunden entstand eine menschliche Verbundenheit, die uns den Verlust besonders schmerzlich empfinden läßt.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Gesellschafter, Geschäftsführung, Betriebsrat
und Mitarbeiter der Unternehmensgruppe
Burgwallbronn
Essen

Das Seelenamt ist am Donnerstag, dem 25. August 1983, um 8.00 Uhr in der St.-Martinus-Pfarrkirche, Westerholt. Die Beisetzung findet anschließend um 9.30 Uhr von der Trauerhalle des Hauptfriedhofes, Gelsenkirchen-Buer, aus statt.

Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden liegt es im Sinne des Verstorbenen, des Hermann Gmeiner Fonds, SOS Kinderdorf, Konto-Nr. 7 777 777 bei der Stadtsparkasse München, BLZ 701 500 00, zu gedenken.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47–43 80, –39 42 oder –42 30
Berlin
(0 30) 25 91–29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg
02 17 001 777 as d
Berlin 01 84 611
Kettwig 08 579 104

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

SCHWIMMEN / Europameisterschaften in Rom – Der große Tag des Offenbachers Michael Groß

Petra Zindler kam nicht einmal ins B-Finale

sid, Rom

Die Erfolgsbilanz des ersten Tages mit einer Gold-, einer Silbermedaille sowie drei dritten Plätzen konnten die Schwimmer aus der Bundesrepublik bei den 16. Europameisterschaften in Rom am zweiten Tag nicht wiederholen. Von den acht Einzelstartern des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) schieden vier in den Vorläufen aus. Die erste große internationale Überraschung war das Abscheiden der niederländischen Weltmeisterin Annemarie Verstappen über 200 m Kraul. Sie war mit 2:04,70 Min. nur im B-Finale vertreten. Ausgeschieden ist auch die EM-Dritte über 400 m Lagen, Petra Zindler (Köln), die auf der 200-m-Kraul-Distanz 2:07,73 schwamm und damit nicht einmal das B-Finale erreichte.

Erwartungsgemäß nicht im A-Finale vertreten war die Heidelbergerin Angelika Knipping. Sie wurde in 2:42,98 Minuten nur als 14. der Vorläufe über 200 m Brust gestoppt. Der deutsche 400-m-Lagenrekordler Ralf Riedel (Bonn) konnte sich ebenfalls nicht qualifizieren. Er blieb als Zehnter in 4:31,46 Minuten um fast vier Sekunden über seiner persönlichen Bestleistung. Ihm hatte man die Finalteilnahme eher zugetraut als dem mit 4:36,37 ebenfalls ausgeschiedenen 200-m-Lagen-Meister Michael Hahn aus Burghausen.

ERGEBNISSE

Herren: 200 m Freistil: 1. Groß (Deutschland) 1:47,87, 2. Woithe („DDR") 1:50,18, 3. Fahrner (Deutschland) 1:50,92, 4. Lejdström (Schweden) 1:51,58, 5. Rampazzo (Italien) 1:51,62, 6. Lodziewski („DDR") 1:51,73.

100 m Brust: 1. Schulpa (UdSSR) 1:03,32, 2. Moorhouse (Großbritannien) 1:03,37, 3. Mörken (Deutschland) 1:04,16, 4. Avagnano (Italien) 1:04,17, 5. Dagon (Schweiz) 1:04,25, 6. Kis (UdSSR) 1:04,34.

Kunstspringen: 1. Gueorguiev (Bulgarien) 619,800 Punkte, 2. Drodschin (UdSSR) 618,800, 3. Snode (Großbritannien) 610,170, ... 9. Dörr (Deutschland) 550,260.

Damen: 100 m Freistil: 1. Meineke („DDR") 55,18, 2. Otto („DDR") 55,52, 3. van Bentum (Niederlande) 56,61, 4. Verstappen (Niederlande) 56,75, 5. Seick (Deutschland) 57,41, 6. Koptschikowa (UdSSR) 57,64.

400 m Lagen: 1. Nord („DDR") 4:39,95, 2. Schneider („DDR") 4:40,34, 3. Zindler (Deutschland) 4:47,90, 4. Savi-Scarponi (Italien) 4:48,88, 5. Dendeberowa (UdSSR) 4:49,43, 6. Gerassimowa (UdSSR) 4:52,99.

4 x 200 m Freistil: 1. „DDR" 8:02,27 Minuten, 2. Deutschland (Kalweit, Kowalczyk, Zindler, Beyermann) 8:11,69, 3. Niederlande 8:12,41, 4. Großbritannien 8:15,50, 5. UdSSR 8:18,23, 6. Schweden 8:18,99.

„Dieser Mann ist so phänomenal, daß er lange nicht zu schlagen sein wird"

DIETMAR SCHULZ, Rom

Total lasch habe er sich gefühlt, nach den geringsten Anstrengungen sei sein Puls schnell auf 50 Prozent über normal geklettert. In dieser Verfassung, bitte schön, könne niemand erwarten, daß der Weltmeister auch Europameister werde. Nicht nur Michael Groß hat so von sich selbst gesprochen. Auch seine Umgebung gab den geheimnisvollen Krankenstand weiter. Der Arzt der Schwimm-Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland stand in Rom „vor einem Rätsel". Und Michael Groß sagte jedem, der ihn nach seinen Chancen fragte: „Ich weiß nicht, was ich im Augenblick kann."

Nun darf die besiegte Konkurrenz versuchen, das Rätsel Groß zu lösen. Mit der Medizin allein geht es ohnehin nicht, vielleicht versucht sich hier einmal ein Psychologe. Michael Groß gewann den europäischen Titel über 200 m Kraul. Nicht nur so, wie er viele Rennen gewinnt, weil er eben ein überragender Schwimmer ist, sondern in Weltrekordzeit. In 1:47,87 Minuten war er um 0,41 Sekunden schneller als bei seiner ersten Bestmarke bei den deutschen Meisterschaften Ende Juni in Hannover. Der schlappe, lange Groß grinst sich jetzt eins: „Die Amerikaner werden wohl in Ohnmacht fallen, vor allem Rowdy Gaines." Gaines hielt den Weltrekord vor Groß, bei den panamerikanischen Spielen in Caracas hat er nur 1:49,98 erreicht.

Da häufen sich Widersprüche bei Groß. Denn so einfach ist es nicht, ihm ein Pokerspielchen mit seiner Gesundheit zu unterstellen, oder einen einfachen Bluff, der die Gegner in Sicherheit wiegen sollte. Die verschleppte Infektion, der erhöhte Pulsschlag waren ja nachzuweisen.

Was also ist es dann? Viel eher ein hausgemachtes Verfahren, sich selbst in Stimmung zu bringen, das bei Groß gar nicht so selten ist. So paradox es klingen mag – aus der Unsicherheit über seine körperliche Fitness schöpfte Groß die Kraft und die notwendige Ruhe für seinen Sieg in Weltrekordzeit. Selbst die Trainer am Beckenrand konnten ihre Überraschung darüber nicht verhehlen, welche lockere Gelassenheit der 19 Jahre alte Abiturient aus Offenbach eine halbe Stunde vor dem Start plötzlich demonstrierte. Jeder Druck von außen – das ist das wichtige bei der Methode von Groß – war gewichen.

Die Europameisterschaft, der Titel über 200 m Kraul, den jeder von ihm erwartet hatte, war für ihn eigentlich keine große Herausforderung. Den Weltrekord, das wußte er, würde er in Rom ohnehin nicht verlieren. Die Herausforderung kam mit der mysteriösen Infektion. Sie drohte ihn aus der sportlichen Bahn zu werfen. Wenn es im Finale schiefgegangen wäre, Groß hätte sich nichts vorzuwerfen gehabt. Diese Einsicht, nicht siegen zu müssen, aber durchaus zu wollen, es unbedingt zu versuchen, die ließ ihn am Ende locker und leicht zum Weltrekord schwimmen.



Der lange Groß und ein Wasserfloh aus Köln garantieren Medaillen. Die 17 Jahre alte, nur 1,69 m und 52 kg schwere Petra Zindler ist eine Schülerin von Gerhard Hetz. In Rom geht sie fünfmal an den Start. Ein Mammutprogramm, das selbst den Trainer erregt. Er kann nicht verstehen, daß der Verband Petra Zindler auch über 200 m Kraul meldete. Das Ergebnis: Gestern schied sie mit schwachen 2:07,73 aus. Trainer und Athletin hatten vorher abgesprochen, in diesem Rennen „nur zu baden". FOTO: PERENYI

Michael Groß – der Kämpfer, der seinen Gefühlen selbst nicht traut, einer, der Widerstände braucht, um sich an ihnen reiben zu können. So war es auch kurz vor seinem Weltrekord in Hannover. Ohne die Trainingsschwierigkeiten in Offenbach, ohne die Tatsache, daß ihm der Ost-Berliner Sven Lodziewski eine Woche zuvor den Europarekord entrissen hatte, wäre Groß auch in Hannover nie und nimmer Weltrekord geschwommen.

Wer Groß von außen unter Druck setzen will, wird scheitern. Wenn er selbst den Druck verspürt, gegen sich selbst ankämpfen zu müssen und diese Herausforderung annimmt, wird er wohl noch lange Zeit der beste Schwimmer der Welt bleiben. Wolfgang Richter, der als Trainer in der „DDR" viele Athleten zu Medaillen und Rekorden geführt hat, sagt über Groß: „Dieser Mann ist so phänomenal, daß er auf lange Sicht nicht zu schlagen ist."

Groß selbst sagte in Rom das, was zu seinem Charakter paßt: „Ich will nicht sagen, daß der Weltrekord ein Abfallprodukt ist, aber es ist die Konsequenz daraus, daß die anderen mich getrieben haben – vor allem auch psychologisch getrieben haben." Zum Schluß sei er „bis auf die Knochen geschwommen". Das ist eine Umschreibung dafür, wie sehr er diese Zeit seinem Körper abringen mußte. Er schaffte es, weil er es wollte.

Aber neben Michael dürfen die anderen Leistungen der Schwimmer aus der Bundesrepublik nicht verblassen. Silber für die 4 x 200-m-Kraulstaffel der Damen, Bronze noch dazu für Petra Zindler, Bronze auch für Thomas Fahrner über 200 m Kraul und – das erstaunlichste – für Gerald Mörken über 100 m Brust. Mörken war von vielen schon abgeschrieben worden. Der bereits 23 Jahre alte Dortmunder hatte seinen Jahresurlaub (er macht eine Lehre als Bankkaufmann) dafür benutzt, gezielt zu trainieren. Jetzt denkt er sogar wieder an eine olympische Medaille: „Das ist alles nur eine Frage des Trainings. Ich muß mit meinem Arbeitgeber sprechen."

Knapp zehn Stunden tagte das Renngericht des Direktoriums für Vollblutzucht und Rennen in Köln. Die Entscheidung, die der Vorsitzende Heinz H. Faßbender am Ende verkündete, verdient die Bezeichnung sensationell: 18 Monate Lizenzentzug, allerdings für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt, wurden gegen den Münchner Galopptrainer Franz-Felix Schreiner (56) verhängt, zusätzlich eine Geldstrafe von 3000 Mark.

Ebenso wie die Vorinstanz ging das Renngericht davon aus, daß Schreiner den Berufsrennreiter Gerhard Steimer veranlaßt habe, am 1. November in München-Riem das von ihm gerittene Pferd Nachtfalke am Sieg zu hindern. Vom Strafmaß her korrigierte man aber die Entscheidung des Ordnungsausschusses. Dort hatte man im März 1983 eine nach der Rennordnung nicht zulässige Geldbuße von 18 000 Mark verhängt.

Es ist das erste Mal, daß die Verbandsgerichtsbarkeit eine Lizenzstrafe gegen einen Trainer verhängte. Der erste Fall einer unerlaubten Verabredung und eines Starts ohne den Willen zu gewinnen, wars mit

STAND ● PUNKT

Offene Fragen nach einem harten Urteil

Sicherheit nicht. Doch bisher verhinderten Beweisschwierigkeiten stets eine Bestrafung, da die beteiligten Reiter ihre Hintermänner deckten. Wirtschaftliche Abhängigkeit, die Angst, keine weiteren Ritte mehr zu bekommen, waren der Grund.

Die in sich geschlossene glaubwürdige Zeugenaussage des erst 20 Jahre alten Gerhard Steimer mag insofern von den Vertretern der Direktoriums-Justiz als Glücksfall gewertet werden. Sie gibt die Gelegenheit, endlich ein Exempel zu statuieren. Auf der anderen Seite ist das, was ein Akt der Säuberung sein sollte, dem Ansehen des Galopprennsports keinesfalls zuträglich. Es macht deutlich, daß auch im Zeitalter der elektronischen Rennverfilmung und anderer moderner Überwachungstechniken noch immer nicht alles so ist, wie es sein sollte. Und Imageverlust ist, was der Turf in seiner ungünstigen finanziellen Lage am wenigsten gebrauchen kann.

Sorgen müssen sich die Galopp-Funktionäre aber auch um grundsätzliche Fragen ihrer Verbandsgerichtsbarkeit machen. Eine Lizenzstrafe für einen Profitrainer, auch wenn sie wie hier zur Bewährung ausgesetzt wird, kommt in die Nähe eines Berufsverbotes und damit in einen kritischen Bereich. Die Frage, ob und bis zu welcher Grenze Sportgerichte zu solchen Entscheidungen wirklich legitimiert sind, wird immer häufiger gestellt.

Eine wachsende Gruppe von Trab- und nun auch Galoppaktiven aus dem bayerischen Raum bemüht sich, die Verbandsjustiz außer Kraft zu setzen. Sie wird hier am ehesten Ansatzpunkte für einen Dammbruch finden ... Was damit erreicht werden soll, ist freilich schwer ersichtlich. Über die Gerichtsbarkeit brauchte zumindest im Galopprennsport bisher niemand zu klagen. MICHAEL PLEYER

HOCKEY

Auf dem Weg zum Titel

dpa, Amstelveen

Nach vier Spielen ist die Bilanz der deutschen Hockey-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft weiterhin makellos. Der letzte Sieg, ein klares 6:0 über Wales, war nur Formsache für den Titelverteidiger, aber notwendig für den Einzug ins Halbfinale. Bundestrainer Klaus Kleiter gibt sich nach dem Erfolg selbstsicher. „Jetzt wollen wir auch wieder Europameister werden", verkündet er das nächste Ziel für seine Mannschaft.

Im letzten Gruppenspiel heute gegen Spanien (die ARD überträgt das Spiel als Aufzeichnung von 15.15 bis 16.10 Uhr) will Kleiter mit dem fünften Erfolg hintereinander auch den Gruppensieg erreichen, um im Halbfinale gegen den Zweiten der Gruppe B spielen zu können. Der Gegner soll nach Kleiters Rechnung die UdSSR sein, gegen die Deutschland bisher noch kein Länderspiel verloren hat. Gegen die starken Holländer, die in der B-Gruppe als Sieger gehandelt werden, möchte Kleiter wegen der starken Zuschauerunterstützung für den Gastgeber am liebsten erst im Finale antreten. Aber auch die Sowjetunion darf vom deutschen Team nicht unterschätzt werden. Kleiter kommentiert die Entwicklung des UdSSR-Teams so: „Die Sowjets sind Weltklasse geworden. Wir haben unsere Entwicklungshilfe als deren Lehrmeister erfolgreich abgeschlossen. Jetzt können wir von denen teilweise sogar lernen."

NACHRICHTEN

Bonhof will aufhören

Berlin (DW.) – Rainer Bonhof (31), Fußball-Weltmeister von 1974, hat einen Antrag auf Sportinvalidität gestellt. Bonhof, der im Dezember letzten Jahres vom 1. FC Köln nach Berlin wechselte, bestritt nur fünf Spiele für Hertha BSC. Er ist mit 400 000 Mark zugunsten des Vereins und mit 100 000 Mark zu seinen Gunsten versichert.

Heute Bundesliga

Bonn (DW.) – Heute findet die zweite Hälfte des dritten Spieltages der Fußball-Bundesliga statt. Um 20.00 Uhr spielen Hamburg – Uerdingen, Köln – Offenbach, Frankfurt – Leverkusen, Mönchengladbach – Bremen.

Staffel-Weltrekord

Caracas (sid) – Die 4x100-m-Staffel der USA schwamm bei den Panamerikanischen Spielen in Caracas Weltrekord. In 3:40,42 Minuten verbesserten Rick Carey (55,60/Rücken), Steve Lundquist (1:02,02/Brust), Matt Gribble (53,47/Schmetterling) und Rowdy Gaines (49,34/Freistil) ihre eigene Bestmarke um 42 Hundertstelsekunden.

Goldmedaillen aberkannt

Caracas (sid) – Wegen Dopings wurden den Gewichthebern Daniel Nunez, Alberto Blanco Fernandez (beide Kuba), Guy Greavette und Michel Viau (beide Kanada) bei den Panamerikanischen Spielen insgesamt acht Goldmedaillen und ein Weltrekord aberkannt. Bei den Dopingtests der Gewichtheber fielen insgesamt sieben Proben positiv aus.

Absage an die Profis

München (sid) – Der 20 Jahre alte Amateurboxer Ralf Rocchigiani wechselt nicht wie sein jüngerer Bruder Graciano ins Profilager. Dies erklärte der deutsche Vizemeister im Halbschwergewicht in einem Gespräch mit Bundestrainer Dieter Wemhöner. Dabei sagte Ralf Rocchigiani auch seine Teilnahme für das Ostalb-Turnier (1. – 4.9. in Oberkochen) und die anschließende Länderkampfreise in die USA zu.

Pfaff ausgeschieden

Mahwah (sid) – Eva Pfaff (Frankfurt) ist bereits in der ersten Runde des internationalen Tennis-Turniers in Mahwah (US-Bundesstaat New Jersey) ausgeschieden. Sie verlor gegen die Italienerin Rafaelli Reggi in 76 Minuten mit 3:6 und 2:6.

ZAHLEN

SCHACH

Internationale Deutsche Meisterschaft in Hannover: Balaschow (UdSSR) – Chen Di (China) 1:0, Lebron (Wiesbaden) – Sosonko (Holland) 0,5:0,5, Torre (Philippinen) – Pfleger (München) 0:1, Glienke (Duisburg) – Kavalek (USA) 0,5:0,5, Quinteros (Argentinien) – Hartmann (Bamberg) 1:0, Bastian (Saarbrücken) – Bouaziz (Tunesien) 0,5:0,5, Karpow (UdSSR) – Georgadse (UdSSR) 1:0, Ostermeyer (Porz) – Jingxuan (China) 1:0. – Stand nach 14 Runden: 1. Karpow 10,5 Punkte, 2. Georgadse 10,0, 3. Balaschow 9,0, 4. Torre, Ostermeyer 8,0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000, 2: 250 717,50, 3: 13 527,10, 4: 195,90, 5: 12,30. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 1573,10, 2: 78,90, 3: 9,70. – **6 aus 45:** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 812 397,70, 2: 14 250,10, 3: 5937,50, 4: 87,30, 5: 7,90. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 287,10, 2: 67,80. – Rennen B: Klasse 1: 34,70, 2: 13,80. – Kombinationsgewinn: 24 980,20. (Ohne Gewähr)

„Gin-Rommé": Bittere Komik im Altenheim

Ein Spiel mit Lebenslügen

Ort der Handlung ist ein ganz normales Altersheim im heutigen Amerika; Weller Martin und Fonsia Dorsey, die Figuren des Zwei-Personen-Stückes, versuchen, Einsamkeit und Langeweile mit dem Kartenspiel „Gin-Rommé" zu verscheuchen. Aber die vermeintlich erlösende Freizeitgestaltung demaskiert die Spieler zusehends; was eigentlich Jux oder Beschäftigungstherapie sein sollte, also Spiel, ist für den alten Martin Kampf, Lebenskampf schlechthin. Denn er gehört zu der Kategorie Mann, die an die Überlegenheit des maskulinen Intellekts im allgemeinen und die des eigenen Ich im besonderen glaubt. Und der nicht einsehen will, daß er bereits verloren hat, noch bevor er die erste Karte anrührt.

Gin-Rommé – ARD, 20.15 Uhr

So unterliegt Weller Martin in sämtlichen Spielen mit Ausnahme eines einzigen, das die zunächst ahnungslose Fonsia Dorsey ihn gewinnen läßt. Der ehemalige Firmeninhaber und gescheiterte Geschäftsmann konzentriert alle seine Kräfte, kanalisiert alles, was ihm an Energien noch geblieben ist, zu dem einzigen Zweck, einer Frau seine Dominanz zu beweisen. Doch die Anfängerin schlägt ihn unentwegt, ja kostet ihre Siege mit rechthaberischem Triumph aus und scheint am Ende die große Gewinnerin zu sein.

In Wahrheit hinterläßt „Gin-Rommé" schließlich nur Verlierer, denn die beiden Alten finden aus ihren Lebenslügen und eingefleischten Verhaltensweisen nicht heraus, verpassen die Chance, einander näherzukommen. „Gin-Rommé" (The Gin Game) ist das erste Stück des 44jährigen Amerikaners Donald L. Coburn, der seine Intentionen so beschrieben hat: „Ich benutze das Alter wie ein Vergrößerungsglas, um dadurch jene Lebensabschnitte und Charakterzüge darzustellen, die Weller Martin und Fonsia Dorsey nie genauer untersucht haben. ‚Gin-Rommé' ist kein Sozial-Report, trotzdem können wir unser Verhältnis zum Altern und die Auswirkungen von ‚Senioren-Heimen' auf unser aller Leben nicht beiseite lassen."

Im September 1976 war „Gin-Rommé" in Los Angeles uraufgeführt worden; seit Oktober 1977 läuft es in New York als Knüller am Broadway. Deutschsprachige Erstaufführungen erlebte das Stück im Wiener Burgtheater und an den Münchener Kammerspielen 1978 (hier mit Maria Nicklisch und Peter Lühr). Ebenfalls 1978 inszenierte Regisseur Tom Toelle („Grüß Gott, ich komm von drüben" oder das „Millionenspiel" hat er unter anderem für das Fernsehen eingerichtet) die Aufführung am Thalia-Theater in Hamburg, auch damals – wie heute abend – mit dem famosen Paar Edda Seippel / Klaus Schwarzkopf. hel.

STUDIO

Nicht vor Ende 1985 rechnet ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf mit einem **neuen Koordinierungsabkommen zwischen ARD und ZDF.** Nachdem das Zweite Deutsche Fernsehen die gesetzlich vorgeschriebene Koordinierung der Programme aufgekündigt hat, wird das vom 1. Januar 1984 an noch gültige neue Programmschema für die beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten voraussichtlich bis weit in das Jahr 1985 verlängert werden müssen, sagte Schwarzkopf jetzt bei seinem traditionellen Pressegespräch in Starnberg. Die fünf Dritten und neun regionalen Programme des Deutschen Fernsehens können aber, auch wenn das ZDF dies wünscht, weiterhin nicht in die Koordinierung einbezogen werden, bekräftigte Schwarzkopf. Außerdem müsse es eine genügend große Zahl von Umschaltzeiten im Programm geben.

1984 werde für ARD und ZDF ein Jahr der „Einübung in die Zukunft". Schwarzkopf wandte sich mit Blick auf kommende Konkurrenz neuer und auch privater Medien gegen ein „Kampf- und Schlachtfeld" mit ARD und ZDF als Kontrahenten. (dpa)

KRITIK

Wie schade, Herr Sedlmayr!

Die Freunde des Walter Sedlmayr, die bis zehn Uhr ausgeharrt hatten, um den lieben bayerischen Gemütsträger als Kleinstadtarzt zu sehen (auch wenn es nur für eine knappe halbe Stunde war) wurden auf eine sehr trübe Art enttäuscht. Was da über den nächtlichen Bildschirm schlich, war trostlose Dümmlichkeit: **Der nächste, bitte** (ARD).

Es gehört schon viel dazu, aus einem Sedlmayr den Blödmann vom Dienst zu machen, das kann nur ein Drehbuch, das vormittags zwischen Weißwurscht und Kalbshaxn auf einen Bierfilz gekritzelt wurde, oder nein: Das hätte noch den Charme der Spontaneität; es wurde an einem grauen Sonntagmorgen im Wartesaal des Münchener Hauptbahnhofes ausgetüftelt. Wolfgang Mühlbauer heißt der Dichter. Der Regisseur, Rainer Wolffhardt mit Namen, konnte nichts retten, wollte nichts retten oder sollte nichts retten.

Was denn auch? Die beacheuerte Auseinandersetzung zwischen dem Landarzt und dem Naturheilkundigen, dessen Kräuter dem approbierten Mediziner die Patienten weglokken? Der Hexenschuß des Arztes, der ihn in die Praxis des unakademischen Heilpraktikers schickt? Oder die so raffiniert ausgekochte Tatsache, daß der Naturheilkundige ausgerechnet beim Arzt ins Haus gezogen ist, um dort die Konkurrenzpraxis zu betreiben?

O Walter Sedlmayr!

VALENTIN POLCUCH

Angeblich ein Action-Krimi

Als Action-Krimi wurde das Erstlingswerk („**Jetzt und alles**", ZDF) von Regisseur Dieter Meier angekündigt, der zusammen mit Peter Vitzthum auch für das Drehbuch verantwortlich zeichnet.

Die Handlung (Ort: Berlin): Smirak, ein Ami-Gangster, taucht auf, verpflichtet Marcel, einen kaputten Typ von Rocksänger, zum Kidnapping eines Industriellensohnes. Dies gelingt per getürktem Motorradunfall auf dem Golfplatz. Folgt Suche nach Unterkunft mit Opfer im Kofferraum eines geklauten Wagens. Schließlich Transport des mißhandelten Industriellensohnes in einen alten Musikkeller aus der Hausbesetzer-Szene. Dann Forderung auf zwei Millionen Mark Lösegeld. Übergabe des Geldes durch die Tochter des Opfers in der S-Bahn. Geld wird an der S-Bahn-Brücke aus dem Fenster geworfen, bleibt in den Drähten hängen, einige hundert Scheine wirbeln durch die Landschaft.

Plötzlich Scharfschützen – wahrscheinlich Polizei; Marcel, der Scheinchen sammelt, entkommt. Danach Streit mit dem Ami-Gangster. Schließlich Rettungsversuch des Opfers durch Marcel auf einer Yacht im Wannsee. Doch der Ami-Gangster bleibt ihm auf der Spur, schießt meisterlich auf weite Distanz, landet aber im See. Das Opfer liegt weiter im Boot, Marcel kehrt in leeren Rockpalast zurück. Film aus. Endlich.

SIEGFRIED IHLE

Wortlosigkeit, die Bände sprach

„Was soll ich Ihnen dazu sagen?" – diese stereotype Floskel des Vaters der seit Oktober 1979 vermißt gemeldeten Renate S. aus Kassel – in Eva Hoffmanns Dokumentarfilm „**Spurlos verschwunden**" (ZDF) – sprach Bände über die Kälte und Grausamkeit unserer Gesellschaft. Nach wie vor sind Kinder hilflos der Rücksichtslosigkeit ihrer Eltern ausgesetzt, wie die (noch lebende oder bereits tote?) Renate S. in ihrer Kindheit, und ebenso Ehefrauen der Brutalität ihrer Ehemänner. Auch die Äußerungen des Mannes von Renate S., der mehrere Tätlichkeiten eingestand und stets mit „Dazu kann ich Ihnen nichts sagen" endete, sagten durchaus etwas.

Warum aber wurde noch nicht gegen ihn ermittelt, trotz der Verdachtsmomente, die ein Polizeibeamter äußerte? Darauf gab der Film keine genügende Antwort. Warum verzichtete die Autorin auch darauf, dem Ehemann ganz gezielte Fragen zu stellen? Der Dokumentation fehlte gewiß eine Prise von Eduard Zimmermanns „Aktenzeichen XY ... ungelöst" sowie auch ein Gran warmer Mitmenschlichkeit.

GISELHER SCHMIDT





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 ARD-Sport extra
Fußball-Bundesliga / Schwimm-EM in Rom / Rad-WM in Zürich
11.25 Unser Kosmos
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.30 Der Mann in den Bergen
Der Flüchtling
15.15 ARD-Sport extra – aus Amstelveen
Hockey-EM
Spanien – Bundesrepublik Deutschland
16.10 Tagesschau
16.15 Professor Mullars Böhmischstunde
3. Folge: Vom Zusammenleben
Lore Lorentz und Fritz Muliar zählen nicht nur auf, wieviel Tschechen, Deutsche, Slowaken und Juden einst in Böhmen zusammenlebten. Sie wollen zeigen, was ein solches Völkergemisch im Alltag bedeutete. Dazu schlüpft Fritz Muliar u. a. in die Rolle eines jüdischen Maßschneiders und stellt so die Entwicklung der letzten fünfzig Jahre dar.
17.00 Wir Kinder vom Ponyhof Berlin-Tegel
Film von Constantin Pauli
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Gin-Rommé
Stück von Donald L. Coburn
Mit Edda Seippel und Klaus Schwarzkopf
Regie: Tom Toelle
22.00 Globus – Die Welt in der wir leben
Wilder Mohn, Kornblumen und Kamille in Getreidefeldern – das sieht man nur noch selten. Auch in Gärten zählen die schönen Pflanzen alter bäuerlicher Kulturen nur zum Unkraut. Was kann getan werden, um den Wildkräutern wieder einen Lebensraum zu geben? In zwei anderen Beiträgen geht es um bleifreies Benzin und um Anlage und Pflege von Feuchtgebieten.
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend ...
Zu Gast: Max Schmeling (2)
23.45 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Captain Future
Mitgefangen im Weltall
Wer wagt, gewinnt
15.45 Die Hoocha-Bande
Amerikan. Jugendfilm (1977)
Regie: Larry Elikann
16.30 Ferienkalender
16.50 Mork vom Ork
17.15 Enorm in Form
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.10 Das geht Sie an
Tips: Prozeßkostenhilfe – was ist das?
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
Feuersturm über Boston
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
Wenn Muskeln und Knochen halten ...
Die Marathonläuferin Charlotte Teske
Die jetzt 33jährige Charlotte Teske trainierte jahrelang „unter Ausschluß der Öffentlichkeit". Der Film zeigt einige Stationen der letzten zwölf Monate
20.15 ZDF Magazin
Themen: Sowjetisches Bedrohungspotential in der „DDR" / Vor 15 Jahren: Prager Frühling zerschlagen / Bürokratie behindert Herzchirurgie
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Start frei für Sammy Jo
22.10 Sport aktuell
Schwimm-EM in Rom / Rad-WM in Zürich / Intern. Leichtathletik-Sportfest in Zürich / Fußball-Bundesliga
23.55 heute

Edda Seippel und Klaus Schwarzkopf in dem Zwei-Personen-Stück „Gin-Rommé", um 20.15 Uhr in der ARD FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Der Räuber im Dickicht
Aus der Reihe „Fauna Iberica"
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Maxi und Mini
19.30 Fauna Iberica
Der Räuber im Dickicht
19.00 Rockpalast UB 40

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
90 Minuten in Münden: Live-Übertragung.
Unterhaltungssendung zum 800jährigen Bestehen der Stadt.
21.45 Auslandsreporter
60 Jahre Rebellion in Nordirland.
Film von Walter Helfer.
22.15 Shanghai-Expreß
Amerikan. Spielfilm (1932) Mit Marlene Dietrich, Clive Brook, u. a. Regie: Josef von Sternberg
23.35 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
15.00 Barry, der Bernhardiner
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Aerobic (13)
20.00 Woher mit der Angst?
Ulrich Hommes im Gespräch mit Karl Herbert Mandel
20.15 Schauplatz der Geschichte:
Moskau: Stefan Fischer versucht hinter dem täglich strapazierten politischen Begriff und den Bildern von Kreml, Kathedrale und Ballett die Spuren einer über 800 Jahre alten urbanen Tradition im heutigen Erscheinungsbild der Metropole zu finden. Er zeigt die Verflechtung von alten und neuen Sozialstrukturen und sucht nach dem Ursprung der fast mystischen Kraft dieser Stadt.
21.00 Auf eigene Faust
Amerikan. Spielfilm (1959) Regie: Budd Boetticher
22.10 Dallas
Vater und Sohn

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Der kalte Wind in der Freiheit
19.45 Evas Töchter (3)
Französ. Filmkomödie in sechs Teilen
Ein Monat auf dem Land
20.40 Z. E. N.
Gedichte von Clemens Brentano
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 California Split
Amerikan. Spielfilm (1974)
23.20 Rundschau



War Jeanne ein Jean?

vl. – Seine Erkenntnis „Es liebt die Welt, das Strahlende zu schwärzen und das Erhab'ne in den Staub zu zieh'n" hat Schiller auf die Jungfrau von Orléans bezogen – und in der Tat, gerade dieses Mädchen hat wie kaum eine Gestalt der Weltgeschichte die Schwärzer angezogen. Man kann Voltaires Roman damit zu rechtfertigen versuchen, daß er sich als Aufklärer verpflichtet fühlte, den Franzosen die eine Gestalt zu vermiesen, der sozusagen amtlich bestätigt worden ist, übernatürliche Dinge vollbracht zu haben. Im Zeitalter der wertfreien Verfreakung jedoch mußte man wohl damit rechnen, daß ein deutscher Studienrat den Beweis versuchen würde, daß Jeanne d'Arc kein „richtiges Mädchen" gewesen sei, sondern gewisse maskuline Anlagen besessen habe („testikulärer Feminismus" – Walter Rost, „Die männliche Jungfrau", Rowohlt Hamburg, 312 Seiten, 38 Mark).

Die Beweise saugt er sich aus den Fingern. Das einzige, was man dazu weiß, ist die Aussage des Ritters Jean d'Aulon, wonach Jeanne (vielleicht) unter Amenorrhöe litt. Rost behauptet etwa, weil das in sein Bild paßt, Jeanne sei „groß" gewesen. Dafür gibt es nicht den geringsten Anhaltspunkt, im Gegenteil: daß der geistliche Richter Jean Beaupère sie als „zart von Gestalt" beschrieb, unterschlägt Rost einfach. Zweitens aber, selbst wenn derartige nicht ganz seltene Entwicklungen bei ihr vorgelegen hätten: Was beweist das? Ist deshalb Orléans befreit und der König nach Reims zur Krönung geführt worden?

Eingangs seines Buches hechelt Rost: Johannas Bild müsse wohl „von Grund auf" neu geschrieben werden. So quält man sich durch die unappetitlichen Spekulationen durch bis zum Ende, um zu erfahren: „Mein Vorschlag ist", zu untersuchen, ob Energie und Ehrgeiz („Protagonismus") nicht auch bei anderen Frauen mit solchen Anlagen vorkommen, wie er sie bei Jeanne vermutet. Ein toller Einfall. Bedurfte es dazu der studienrätlichen Nase in Jeannes Intimsphäre? Zumal da Jeanne nun wirklich von jedem persönlichen Ehrgeiz frei war und allein in einem Auftrag antrat, den bis heute niemand enträtselt hat und den auch niemand mit pseudomedizinischem Voyeurtum enträtseln wird.

Also, was soll's? Wer so fragt, vergißt das bewährte Hamburger Rezept: Schlüssellochguckerei verkauft sich gut, zumal dann, wenn man ankündigen kann, daß die Geschichte umgeschrieben werden müsse.

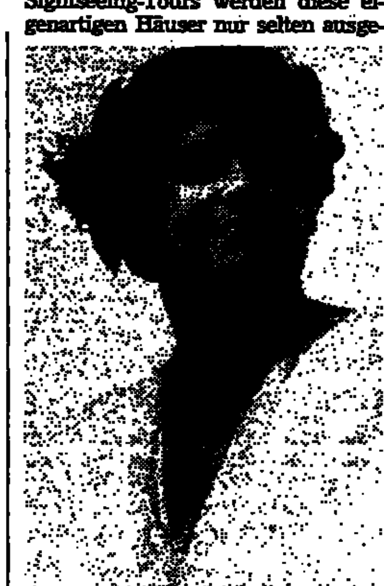
Kunst aus der Karibik: Hinwendung zu Europa

Warum Cäsar weiße Schwarze malt

Er sieht aus wie Cäsar, trägt Locken wie der Imperator und präsentiert sich gern in einer weißen Toga. Er hat den kräftigen Körper eines Gladiators und gibt sich wie ein enger Verwandter des Narziß. Auch mit Worten spart der 35jährige Mulatte nicht: „Ich habe 10 000 Kulturen in mir, denn ich bin das typische Produkt von 400 Jahren Liebe der unterschiedlichsten Rassen hier in der Karibik. Wenn es schwarzes blaues Blut gibt, dann hat das meine Familie. Wir sind in Haiti seit 1747. Meine Vorfahren haben Königen und Präsidenten gedient. Wir sind haitianischer Uradel."

Bernard Séjourné ist Maler. Aber er hält nichts von der weltweit bekannt gewordenen naiven haitianischen Malerei: „Das ist eine Kilometerkunst... Darüber wird vergessen, daß es schon lange vor diesen Naiven gute haitianische Maler gegeben hat, darunter Romantiker und Naturalisten." Seine Mutter, hellhäutiger als der Sohn, belegt das mit Fotos von Gemälden ihres Bruders.

Mutter und Sohn leben zusammen in einem der schönen „Ginger-bread-Houses" von Lalue, einem Stadtteil der Hauptstadt Port-au-Prince. Bei Sightseeing-Tours werden diese eigenartigen Häuser nur selten ausgelassen. Bemerkenswert ist bei Séjourné die Orchideenpracht. Denn Mutter und Sohn züchten diese Blumen mit Leidenschaft. So findet man die exotischen Pflanzen über das ganze Grundstück verteilt. Vom Garten hinter dem großbürgerlichen Wohnhaus führen Steinstufen zu einem Portal. Hier wird man von einem Diener nur durchgelassen, wenn der Künstler seine Erlaubnis gegeben hat. Mit dem Vorderhaus steht er durch ein Walkie-talkie in Verbindung. Der Weg führt an einem Swimming-pool (mit einer römischen Liege, wie es sich für den „Cäsar von Haiti" gehört) vorbei zu dem riesigen Atelier.



In Haiti auf Picassos Spuren: Der Maler Bernard Séjourné

FOTOS: ITALIAANDER

Bernard Séjourné wurde 1947 in Port-au-Prince geboren, studierte zunächst auf der haitianischen Akademie, später in Jamaika und in New York City. Bereits als 18jähriger stellte er in Dakar (Senegal) während des Festivals der Negerkünstler aus. Als 20jähriger vertrat er sein Land bei der Expo in Montreal (Kanada). Inzwischen hat er in den USA und in Paris viele Einzelausstellungen gehabt.

Er malt gern überdimensionale Bilder, oft in aggressiven Farben. Immer wieder lockt ihn die Darstellung von jungen schwarzen Frauen, eine Orchidee in der Hand. Aber seine schwarzen Menschen sind weiß, sogar „schneeweiß". Warum das? „Wer hängt sich denn gern ‚Nigger' an die Wand? Ich kenne doch all die Vorurteile, die man gegen uns Dunkelhäutige hat. Mit Schwarzen schmückt man sich nicht das traute Heim. Nein, auch Schwarze nicht. Also male ich schwarze Frauen weiß. Und Sie sehen selbst, es gelingt mir trotzdem, alles Typische der schönen Negerinnen unverkennbar zur Geltung zu bringen."

Die Probleme der Rassen bedrükken ihn: „Der verstorbene Präsident Duvalier war Rassist. Persönlich sehr dunkelhäutig, lehnte er Mulatten ab." Man behauptet sogar, daß „Papa Doc" keine Straßen bauen ließ, um zu verhindern, daß die Mulatten leicht in die Hauptstadt kommen – etwa um den schwarzen Diktator zu stürzen. Erst unter „Baby Doc", Duvaliers Sohn, dem jetzigen Präsidenten, hat sich das geändert. Mit dem Rassismus ist es jedoch nicht so einfach wie mit Landstraßen. „Ich be-



Erst verkaufen, dann signieren: „Negerin mit Orchidee" von Bernard Séjourné

fürchte, daß sich die Menschheit auch durch ihren Rassismus immer mehr zerstört", meint Séjourné. „Wir reden zwar von Weltbürgertum, werden aber immer nationalistischer und zugleich provinzieller – wie andere Länder übrigens auch."

Bernard Séjourné ist ein Individualist par excellence. Er liest viel. Im Gespräch zitiert er große Namen aus allen Kulturkreisen; Richelieu und Bernard Shaw, Leonardo oder Matisse. Er hat Picasso gründlich studiert und ihm sicherlich mancherlei nachempfunden. Aber Politik ist kein Thema für ihn, jedenfalls kein öffentliches. „Wo ich selbst politisch stehe, sage ich nie. Politik ist wie Sex. Man tut es und redet nicht darüber."

Seit 1972 wohnt er wieder in Haiti: „Wenn ich meinen Wohnsitz in New York aufgegeben habe, so auch deshalb, weil ich den gegenwärtigen Amerikanismus nicht verarbeiten kann. Ich tendiere geistig zu Europa. Die Karibik nahm bis zum Zweiten Weltkrieg unter europäischem Einfluß einen Aufschwung. Rückschritte haben wir zu verzeichnen, seitdem auch wir zu denken begannen, der American way of life sei der einzig wahre. Nein, ich bin absolut nicht antiamerikanisch, aber ich bin dagegen, daß die Limonadenindustrie über meine Leinwände regiert."

Seine „Leinwände" sind ihm die Hauptsache. Er kann Kritiken vorweisen, die seinem Werk begeistert huldigen. Und er muß sich nicht mit dem Kritikerlob begnügen. Halb scherzhaft und halb ernst, denn er ist sich seines Marktwertes durchaus bewußt, erwähnt er, daß es sich nicht lohne, eins seiner Bilder zu stehlen. „Sie werden erst signiert, wenn sie verkauft sind." Und er verkauft gut. Das verrät nicht zuletzt sein Wohnsitz in Port-au-Prince. Bernard Séjourné gehört zu den Männern, die das neue Selbstbewußtsein Haitis verkörpern. Dabei spielt die Kunst eine wichtige Rolle, aber man darf auch die Allüre nicht unterschätzen.

ROLF ITALIAANDER

JOURNAL

Mehr Anmeldungen zur Buchmesse

dpa, Frankfurt

Knapp sechs Wochen vor der Eröffnung meldet die 35. Frankfurter Buchmesse eine erste Höchstzahl: 5735 Verlage aus 79 Ländern werden vom 12. bis zum 17. Oktober in Frankfurt anwesend sein. Im vergangenen Jahr hatten 5688 Verlage ihre Produktion vorgestellt. 1522 Verlage kommen aus der Bundesrepublik. Für Verlage, die keinen Stand bekommen konnten, bietet die Buchmesse einen neuen Service: Im „internationalen Verlegerzentrum" können auch die Teilnehmer ohne Stand auf der Messe präsent sein.

Protestbrief deutscher Autoren nach Warschau

dpa, Berlin

Das PEN-Zentrum der Bundesrepublik und der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier haben sich in einem Telegramm an den polnischen Partei- und Regierungschef Wojciech Jaruzelski bestürzt über die staatlich verfügte Auflösung des polnischen Schriftstellerverbandes geäußert. In dem vom PEN-Generalsekretär Hanns Werner Schwarze in Berlin und dem VS-Vorsitzenden Bernt Engelmann unterzeichneten Telegramm fordern die beiden Verbände für ihre polnischen Kollegen die umgehende Wiederzulassung eines Schriftstellerverbandes, der die Interessen der Autoren wahrnehmen könne. Die polnischen Behörden hatten als Begründung für die am vergangenen Freitag verfügte Auflösung des Schriftstellerverbandes unter anderem angegeben, daß sich die Führung des Verbandes nicht habe von den Mitgliedern distanzieren wollen, die sich politisch mit „in- und ausländischen Unterwanderungszentren" verbunden hätten.

Musischer Herbst in Ludwigshafen

DW. Ludwigshafen

Das Sankai-Juku-Tanztheater aus Tokio eröffnet am 10. 9. den diesjährigen Musischen Herbst in Ludwigshafen. Weitere Höhepunkte der bis in den Dezember reichenden Veranstaltungsreihe dürften die Gastspiele des Ballet Rambert mit der Deutschen Erstaufführung von Glen Tetleys neuem Ballett „Mörder, Hoffnung der Frauen" (18. 9.) und des Théâtre l'Atelier Paris mit Jean Anouilhs neuem Stück „Le Nombril", gleichfalls als deutsche Erstaufführung in der Inszenierung des Autors, sein (20. 11.)

Lyon veranstaltet erstes Cinematheque-Festival

AFP, Lyon

Das erste Cinematheque-Festival findet vom 29. August bis 4. September in Lyon statt. Auf dem Programm stehen Stummfilmklassiker mit Beispielen von Stroheim und Fejos, Tonfilmklassiker mit Wyler und Malraux, die Dreigroschenoper mit vier Verfilmungen des Werks und der junge Schweizer Film. Die Veranstaltung löst den „Unabhängigen Kongreß des Internationalen Kinos" ab, der seit 20 Jahren für Filmfreunde, Kritiker und Historiker veranstaltet wurde, die seltene oder verkannte Filmantiquitäten wiedersehen oder Neuheiten aus den europäischen Cinematheken entdecken wollen.

Zum zehnten Male Clara-Haskil-Wettbewerb

DW. Montreux

71 Pianisten aus 17 Ländern beteiligen sich am diesjährigen Clara-Haskil-Wettbewerb, der jetzt in Montreux begann und bis zum 2. September dauert. Die Jury steht unter der Leitung von Nikita Magaloff. Zu den früheren Preisträgern des Haskil-Concours zählen Christoph Eschenbach und Dinorah Varsi.

Eine ganze Straße soll Museum werden

dpa, Berlin

Eine komplette Straße des historischen Stadtkernes von Hoyerswerda im „DDR"-Bezirk Cottbus soll als Museum hergerichtet werden. Das „in der DDR einmalige museologische Vorhaben" soll in zehn Jahren abgeschlossen sein. Die „Museumsstraße" wird so rekonstruiert werden, wie sie zu ihrer Entstehungszeit um 1750 ausgesehen hat.

Gesellschaft zur „Nydam"-Forschung

dpa, Flensburg

Genau 120 Jahre nach der Bergung des „Nydam"-Bootes", das im schleswig-holsteinischen Landesmuseum in Schleswig zu sehen ist, haben jetzt dänische Hobby-Archäologen in Schnabek bei Sonderburg (Nordschleswig) die „Gesellschaft zur Nydam-Forschung" gegründet. Über diesen Verein wollen sie erreichen, daß drei weitere im Moor von Nydam in der Gemeinde Sundewitt an der Meerenge zwischen Jütland und der Insel Alsen vermutete Boote ebenfalls geborgen werden. Am 18. August 1863 hatte der damalige Flensburger Museumsleiter Conrad Engelhard im Torf des Sundewitt das Boot aus dem vierten Jahrhundert n. Chr. entdeckt, wenige Monate später war er auf ein zweites Schiff gestoßen.

Die erste Donizetti-Monographie auf Deutsch

Salonlöwe aus Bergamo

Die Donizetti-Welle brandet weiter. Waren es vor ein paar Jahren in Deutschland gerade noch vier Werke, „Der Liebestrank", „Don Pasquale", „Die Regimentstochter" und „Lucia di Lammermoor", die ihre müden Bühnenrunden drehten, so hat sich die Szene inzwischen gründlich gewandelt. Titel wie „Maria di Rudenz" oder „Gemma di Vergy", „Maria Padilla" oder „Roberto Devereux", „La Favorita" oder „Maria Stuarda" lassen vor allem jüngeren Opernfans die Augen leuchten.

Ein paar Dutzend der insgesamt siebzig Bühnenwerke des Bergamasken liegen auf Schallplatten vor, teils in hochrangigen Studio-Produktionen, für die Primadonnen wie Sutherland und Caballé gesorgt haben, teils auf besseren Hobby-Labels, teils auch in jenen berüchtigten Piratenmitschnitten, die Fans von Fan-Aufführungen heimbrachten und weltweite Resonanz fanden. Mit dieser Piratenbeute tun sich ja nur noch die deutschen Rundfunkanstalten schwer; in den großen Plattengeschäften stehen sie längst im Regal.

Was bisher fehlte in Sachen Gaetano Donizetti, war eine hieb- und stichfeste Monographie samt Werkeverzeichnis und ähnlichen Dokumentationen in deutscher Sprache. Zwar lagen zwei englische Bücher (von Ashbrook und Weinstock) vor, aber auch die waren schon ganz am Anfang der Donizetti-Renaissance geschrieben worden und glänzten mehr durch Theorie als durch die tatsächliche Klangerfahrung der Opern Donizettis.

In diese Lücke ist nun ein junger Schweizer, Robert Steiner-Isenmann, gestoßen, der einen Gutteil seiner gerade 28 Lebensjahre in einem wahren Donizetti-Rausch verbracht haben muß. Seinem Buch jedenfalls ist durchweg anzumerken, daß er mit eigenen Ohren gehört hat, wovon er redet.

Er redet über Donizetti und seine Musik, wie ihm der Schweizer Schnabel gewachsen ist: zwar mit einigen Helvetizismen wie „innert" oder „konkurrenzieren", aber auf eine frische, unkomplizierte und zuweilen auch respektlose Art. Sein Material für Donizettis Vita schöpfte er hauptsächlich aus den großenteils unveröffentlichten Briefen, und so ist es letztlich doch Donizetti selbst, der aus dem Munde des Autors redet.

Für die ehrfurchtvolle Kontemplation besteht ja auch fürwahr wenig Anlaß. Donizetti stammte aus kleinsten Verhältnissen, schlug und vertrug sich mit Librettisten und Impresarios, stürzte aus kurzen Höhenflügen immer wieder ab in die Sklaverei des Vielschreibers; und er frönte einem ausschweifenden Lustleben, das mit seinen späteren königlichen und kaiserlichen Ehrentiteln nicht so ohne weiteres zusammenpassen will. Die Quittung für seinen Lebenswandel erhielt er prompt: Schubweise wurde sein Körper von einer früh erworbenen Syphilis zerstört, die dann auch sein Ende in geistiger Umnachtung herbeiführte.

Dieses Leben zwischen den Altstadtgassen von Neapel und den Pariser Bankiersalons, zwischen dem elterlichen Kellerloch in Bergamo und dem Glanz des Wiener Hofes liest sich wie ein Roman – und Steiner-Isenmann tut gut daran, diese Geschichte nicht durch allzu ausgiebige Erklärungen zu zersetzen.

Dafür gibt es gleich eine ganze Reihe von fachlichen Anhängen: Ein Quellenverzeichnis, das all die ausgewerteten Briefstellen zum Teil sogar als Originalzitat nachweist; einen Opernführer, der immerhin 49 der 71 Opern mit Inhalt und musikalischen Erläuterungen abhandelt; eine schematische Darstellung der stilistischen Entwicklung; einen Essay zur Aufführungspraxis; eine Diskographie; ein Werksverzeichnis; und vor dem letztlichen Register sogar noch ein Fachwörterverzeichnis, das auf die der Belcanto-Oper spezifischen Termini eingeht. Das bedeutet nun wirklich: alles über Donizetti, zumal auch das Buch in feiner Hallwag-Manier sauber gedruckt und ansprechend illustriert ist.

REINHARD BEUTH

Robert Steiner-Isenmann: Gaetano Donizetti, sein Leben und seine Opern; Hallwag Verlag Bern, 564 S., 59 Mark.

Musikfestival von Ravenna: „Estate musicale"

Drama in den Pappfelsen

Einst besangen Dante und Lord Byron die Pinienwälder von Ravenna, heute sind es die hochbezahlten Goldkehlen der Opernszene, die hier ertönen. Am Beispiel Ravenna zeigt sich, wie stark das Interesse an kultureller Abwechslung während des Badeurlaubs sein muß, denn der „Estate musicale" in der „Rocca Brancaleone", einer von den Venezianern in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erbauten Festung, erfüllt wohl vorrangig Fremdenverkehrs-Funktionen.

In Ravenna geht allerdings die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Oper Hand in Hand mit der Touristenattraktion, denn das ortsansässige Teatro Alighieri ist in dieser Hinsicht nicht sehr rührig. Der Spielplan enthält die üblichen unentbehrlichen Standardwerke.

Nach „Aida" – sie versteht sich fast von selbst – und „Bohème" gab es einige Aufführungen von Verdis „Macht des Schicksals".

Unter Maestro Campori erhob sich das Werk durch den hohen Rang der musikalischen Wiedergabe weit über die Anforderungen an eine abendliche Zerstreuung, so daß man die Längen und die holprige Dramaturgie des spanischen Dramas kaum mehr bemerkte. Zugegeben: Die Inszenierung war, soweit vorhanden, nur rudimentär erkennbar, und die gemalten Pappfelsen nahmen sich an den alten Backstein-Wänden der Festung einfach lächerlich aus. Doch gesungen wurde mit loderndem Temperament, nicht unbedingt genau die Notenwerte berechnend, aber mit Hingabe und völliger Identifikation mit den Rollen.

Die Ungarin Ilona Tokody war eine Leonora di Vargas mit einer biegsamen, von schönem Vibrato geprägten Stimme, bis in alle Fasern von glühender Dramatik durchdrungen. In der Darstellung unsicherer, ansonsten die spektakuläre Ankündigung eines gewachsenen Zwischenfachtenors war Jesus Pinto als Alvaro. Dem jungen spanischen Tenor mit dem Aussehen eines Franco Corelli, der auftrumpfenden Stimme und dem sinnlichen, gedeckten Timbre darf man getrost eine glänzende Zukunft prophezeien. Eine Preziosilla, wie man sie sich wünscht, aber selten zu hören bekommt, war Maria Luisa Nave. Leo Nucci (Don Carlo) zeigte wieder einmal, daß er sich ausschweifende Stimmdemonstrationen leisten kann. Die Rolle des „Basso cantante", des Pater Guardian, war bei Ronaldo Gaiotti gut aufgehoben, während Domenico Trimarchi den Fra Melitone mehr outrierte als sang.

Es scheint, als ob Ravenna die Absicht hätte, mehr als nur ein weiterer Farbfleck auf der übervollen Palette der sommerlichen Aufführungen von Bozen bis Palermo sein zu wollen.

ROLF FATH

Weskers Comeback – Theaterbrief aus London

Drei Gürtel für Annie

Auf der Londoner Theaterszene kamen in diesen Wochen die Klassiker wieder zu Ehren. Solche, die lange Zeit mit der Aufmerksamkeit von Literar-Historikern hatten vorliebnehmen müssen, wie Shakespeares Zeitgenosse John Marston mit seiner bitterbösen satirischen Komödie „The Fawn" (Der Schmeichler) aus dem Jahre 1606, die Giles Block auf der Cottesloe-Bühne des Nationaltheaters zu giftsprühendem Leben erweckte.

Die Royal Shakespeare Company borgte sich Zugstücke des Welttheaters vom anderen Ufer des Kanals aus und bot einen ganz unfranzösischen „Tartuffe" als einen zum Animalischen und Dämonischen offenen Rasputin-Typ, was französische Besucher fast als Beleidigung der nationalen Theaterehre empfanden. Reichlich entschädigt wurden sie durch eine Neuinszenierung von Rostands „Cyrano de Bergerac" mit dem bei uns als Bühnen-Hamlet und Fernseh-Claudius bekannt gewordenen Derek Jacobi, der das Publikum zu (in englischen Theatern seltenen) stehenden Ovationen hinriß. Kein Geringerer als Anthony Burgess hatte eine neue, originelle Versübertragung des Cyrano geschaffen. Für die Molière-Neufassung zeichnete sogar Christopher Hampton verantwortlich.

Das vielleicht interessanteste Theaterereignis geschah jedoch fernab von den Kulturpalästen an Themseufer und im Barbican: im New End, einer Fringe-Bühne in Hampstead, war zu erleben, wie Arnold Wesker wieder festen Boden unter den Füßen gewann. Wesker wurde lange Zeit aus zweiter Hand, in Übersetzung im Ausland, besser verstanden als im Original. In drei Texten, in denen er den Gürtel sichtlich enger schnallte, bietet er einer Schauspielerin von Rang mit dramatischen Monologen unter dem Titel „Annie Wobbler" drei Starrollen. In der Inszenierung des Autors erfüllte Weskers Entdeckung und Muse für diese drei mit prallem Leben gefüllten Monodramen, die Schauspielerin Nichola McAuliffe, die Aufgabe vorbildlich.

Im ersten Stück „Annie Wobbler" führt Wesker eine im Dienst gekrümmte Putzfrau in einem jüdischen Haushalt im London der dreißiger Jahre vor, also eine Suche nach Weskers Eastend-„Roots". Diese Figur mit ihrer Angst vor Krankheit, Alter und Tod ist eine übel Gebeutelte aus der Hefe des Volkes, die mit dem Stolz der Verzweiflung als Analphabetin einen Rest von Menschenwürde zu bewahren sucht.

Dieses Relikt aus vergangenen Zeiten steigt dann ganz plötzlich aus dem schäbigen, altmodischen Kleid, wirft den Hut von sich und steht im zweiten Stück „Anna" als eine Studentin in schwarzer Reizwäsche vor uns, die sich in ihrer Studentenbude soeben für ein Rendezvous herausputzt. Diese Anna kommt aus kleinen Verhältnissen, aber sie hat ihr Uni-Studium im Fach Französisch mit Auszeichnung abgeschlossen und strotzt vor Kraft, es „denen" jetzt zu zeigen. Es ist eine köstliche Studie der Selbstvergewisserung einer jungen Zeitgenössin, die ihre „Roots" wie einen alten Schuh von sich streift, die sich über gewisse Mängel ihrer Physiognomie keinen Illusionen hingibt, die den sozial höher stehenden Boyfriend vor dem Dinner genüßlich wie eine Gans rupft und sich mit dem unbändigen Elan der Jugend erobert.

Verwandlung zum dritten Stück, „Annabella Wharton", einer Erfolgsschriftstellerin, die mit einem Tonband für Prominenteninterviews trainiert, dabei die eigene Person abwechselnd enthüllt und verschleiert und damit einen Typ der modernen Unterhaltungsindustrie keineswegs nur satirisch, sondern auch, wie stets bei Wesker, mit warmer menschlicher Anteilnahme vorführt. Diese drei Texte sind nicht nur Bewährungsproben für Schauspielerinnen und Regisseure, es sind kleine Sprachkunstwerke voll schöpferischer Intensität.

„Tartuffe", Molières meistgespieltes Stück, hat sich in der Inszenierung Bill Alexanders im „Pit", dem Kellertheater im Barbican, als einer jener unverwüstlichen Grundtexte für die Bühne erwiesen, dem sich immer noch neue Schattierungen abgewinnen lassen. Anthony Sher trägt in der Titelrolle Frömmelei in mönchischem Büßergewand zur Schau. Dieser Tartuffe ist eine durchtriebene, von wüsten Leidenschaften gerittene Kreatur, gezielt an Rasputin angelehnt. Wenn es ihn nach der Hausherrin gelüstet, dann triefen seine Lefzen, er zieht die Begehrte frech mit den Blicken aus und wird, wie in einer Farce, in dem Augenblick vom lange auf den Leim gegangenen Orgon entlarvt, als er, mit schon heruntergelassener Hose, die Hausherrin auf dem Dinnertisch besteigt.

Dieser Tartuffe ist niedrigste Triebnatur. Er kommt daher wie ein Richard III. im Büßergewand. Er spreizt die Hände wie Klauen. Ihm ist ein Diener in der gleichen Frömmleruniform beigegeben, für Pantomimen nach Art der Commedia dell'Arte. Zumal Molière uns von Anfang an über den wahren Charakter seines Erzheuchlers reinen Wein einschenkt, erscheint es durchaus legitim, dieses Stück einmal nicht auf Tiefsinn abzuklopfen, sondern der Farce in der Komödie die Fesseln zu nehmen.

SIEGFRIED HELM

Neuer Film: „Eine unglaubliche Karriere"

Zum Chef auf die Liege

Was mache ich schon den ganzen Tag", seufzt Louis Coline (Gérard Lanvin) mit resignativer Gebärde. In der Tat, es ist nicht viel. Louis führt das durchschnittliche Leben eines kleinen Angestellten. Sein Vorgesetzter in der Werbeabteilung eines großen Kaufhauses erlaubt ihm ausgedehnte Kaffeepausen im Bistro und verlangt ihm originelle Einfälle ebensowenig ab wie plausible Entschuldigungen. Louis wird nicht überfordert, und damit ist er auf phlegmatische Weise zufrieden. Zu Hause wartet eine hübsche und verständisvolle Frau (Nathalie Baye), mit Freunden teilt er das Vergnügen an Fußball und Pferdewetten, Besuche bei Mama und Oma werden routinemäßig erledigt. Alles in allem ein ereignisloses Dasein.

Das Ereignis kommt, als der alte Chef des Kaufhauses stirbt und ein neuer angekündigt wird. Dem gehen wilde angstgeborene Gerüchte voraus; nicht zu Unrecht, wie sich bald herausstellt. Unter Chef Bertrand (Michel Piccoli) wird das Arbeitstempo verschärft und die Entlassungsquote in die Höhe getrieben. Der ungestörte Trott hat jäh ein Ende. Louis hat Angst. Aber ausgerechnet er, der sich durch nichts auszeichnet, ist vom Chef für „eine unglaubliche Karriere" auserkoren. Er wird in den Kreis der engsten Mitarbeiter geholt. Der Ratschluß des Chefs ist unerforschlich, und Louis forscht auch gar nicht erst. Fraglos akzeptiert er Befehle und obskure Arbeits- und Lebensweise in der obersten Etage – stets ein wenig befremdet zwar, aber doch so beeindruckt von Macht und Autorität, daß ihm der Gedanke an Widerspruch oder gar Opposition niemals kommt.

Pierre Granier-Deferre („Nur ein Hauch von Glück", „Die Katze", „Der Ehekäfig") erzählt mit diesem Film eine Parabel von Herrschaft und Dienstwilligkeit, die, von sozialer Realität ausgehend, sich mehr und mehr ins Absurde wendet. Denn der Chef scheucht seinen Ergebenen nicht nur nachts aus dem Bett, bringt ihn um Freizeit und Urlaub. Er nistet sich auch, wie die Brandstifter bei Herrn Biedermann, eines Tages mit einem Gefolgsmann bei Louis ein. Und Biedermann Louis weiß alles bei seiner Frau zu entschuldigen, bis sie ihn – beängstigt von seiner Selbstaufgabe – verläßt. Da Louis auch seine Freunde längst verloren hat, folgt er willig der Aufforderung, in die Wohnung des Chefs zu ziehen. Die ist riesig und unmöbliert, man campiert auf Liege und Luftmatratze; nachts schleicht ein vom Chef engagierter Hermaphrodit durch die Räume.

Erotische Faszination gehört mit zur Macht; daß Homoerotik das Herren-Diener-Verhältnis hier mitbestimmt, deutet Granier-Deferre immer wieder an. Wie überhaupt Andeutungen den Film bestimmen. Die Handlungsweise des Chefs bleibt für den Zuschauer ebenso rätselhaft wie für Louis. Die Undurchschaubarkeit gehört zum Konzept der Machtsicherung wie zum spannungsfördernden Element des Films. Der Vergleich zu Kafka bietet sich an, zumal wenn der Chef des Nachts über Vaterprobleme sinniert. Buñuels Einfluß ist offenkundig.

Granier-Deferre reitet mit auf einer neo-surrealistischen Welle, und das durchaus geschickt. Er läßt die Kamera seine Darsteller belauern, umkreisen, durch Türen erspähen. Doch geht das alles nicht unter die Haut. Wenn am Schluß der Chef spurlos verschwindet und seinen hörigen Diener Louis orientierungslos zurückläßt, scheint nur eine skurrile Episode in dessen Leben beendet. Zu merkwürdig, um zu berühren; Beklemmung stellt sich nicht ein.

DIETMAR BITTRICH



Zwischen Tag und Traum: Nathalie Baye und Michel Piccoli in Pierre Granier-Deferres Film „Eine unglaubliche Karriere"

FOTO: DIE WELT

München und Hannover – Hoffnung für Herzpatienten

Trotz des jüngsten Rückschlags Erfolge bei Transplantation

JOCHEN AUMILLER, **München**

Herzverpflanzungen werden in der Bundesrepublik Deutschland allmählich zur Routine. Das Team von Professor Bruno Reichart vom Universitätsklinikum Großhadern in München hat in den letzten zweieinhalb Jahren 11 Herzen verpflanzt, acht der Patienten leben noch. Die drei ersten Transplantationspatienten aus Reicharts Serie sind wohlauf und berufstätig. Der letzte Patient, der in der Nacht vom 12. auf 13. August operiert wurde, starb allerdings eine Woche nach der Verpflanzung. Sein Organismus war bereits so stark vorgeschädigt, daß mehrere Organe versagten.

Dieser 11. Transplantationspatient war zudem ein besonders heikler Fall. Ihm wurden bereits 1972 zwei künstliche Herzklappen eingesetzt. Sie funktionierten auch gut. Ein zusätzlicher Herzmuskelschaden schränkte die Pumpleistung jedoch so stark ein, daß das ein Ersatz des geschwächten Organs als letzter Therapieversuch blieb. Wie das Großklinikum in München mitteilte, führten multiples Organversagen und die Nebenwirkungen der erforderlichen medikamentösen Therapie zum Tod.

Eine Herztransplantation in jedem Monat

Herzen werden künftig schwerpunktmäßig in München und Hannover verpflanzt werden. In München hat neben der Gruppe von Professor Reichart auch das Deutsche Herzzentrum diesen Eingriff auf ihr Operationsprogramm aufgenommen. In Hannover leitet Professor Roland Hetzer von der Herzchirurgischen Abteilung der Medizinischen Hochschule ein Transplantationsteam, das vor wenigen Wochen „Premiere" hatte. Ein 46jähriger Herzkranker, der sich wegen der schweren Verkalkung einer Koronararterie schon einer „Umleitungsoperation" (Bypass) unterziehen mußte, erhielt ein fremdes Herz. Das erklärte Ziel der Hannoveraner Herzchirurgen: eine Herztransplantation pro Monat.

Mangel an Spendeorganen, nicht an Patienten

An Patienten, für die dieser Eingriff die letzte Chance darstellt, mangelt es nicht, eher schon an Spenderorganen und an Versorgungskapazität. Hannover bringt alle Voraussetzungen für ein Transplantationszentrum mit internationalem Standard mit. Schon seit Jahren hat die Gruppe von Professor Rudolph Pichlmayr große Erfahrungen bei Nieren- und Leberverpflanzungen sammeln können. Und zwar nicht nur, was die Operationstechniken betrifft, sondern vor allem die medikamentöse Nachbehandlung, die wesentlich mithelfen muß, Abstoßungsreaktionen zu vermeiden. Diese Erfahrung kommt auch den Herzchirurgen der Medizinischen Hochschule zugute, die sich im Mekka der Herztransplanteure, dem kalifornischen Zentrum von Professor Shumway in Stanford, haben ausbilden lassen.

Auch die außerordentlich komplizierte kombinierte Herz-Lungen-Verpflanzung ziehen die Münchener und Hannoveraner Expertengruppen in Erwägung. In München ist eine solche „Tandem-Operation" Anfang des Jahres gescheitert. Der 27jährige Patient starb wenige Tage nach dem aufwendigen und langwierigen Eingriff.

LEUTE HEUTE

Familien-Film

Ugo Tognazzi (61) steht zum ersten Mal mit seinen beiden Söhnen **Gianmarco** (16) und **Ricki** (28) – beide sind Laien – vor der Kamera. Der Film „Il Petomane" heißt frei übersetzt „Der große Furz".

Saurer Maestro

Herbert von Karajan ist stocksauer auf Salzburgs Stadtväter. Zwei Jahre lang durfte der Maestro mit seinem Auto auf der nur Stadtautobussen, Taxis und Einsatzfahrzeugen vorbehaltenen Fahrspur zum Festspielhaus brausen, nachdem er erklärt hatte: „Ich muß mich nach dem Partiturstudium derartig auf das Konzert konzentrieren, daß mir eine Fahrt durch das Verkehrsgewühl nicht zuzumuten ist ..." Diese Erlaubnis wurde jetzt schlicht zurückgenommen.

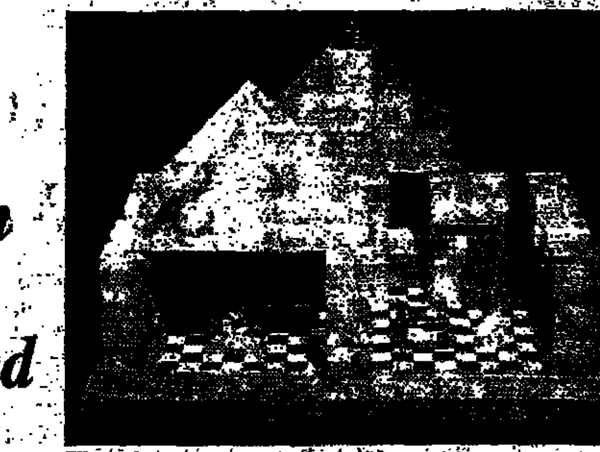
Chabrol holt Jodie

Jodie Foster (20), amerikanischer Jungfilmstar, ist Heldin eines neuen Films von **Claude Chabrol**. In „Das Blut der anderen" nach einem Roman von **Simone de Beauvoir** macht der französische Regisseur aus der Amerikanerin eine Widerstandskämpferin.

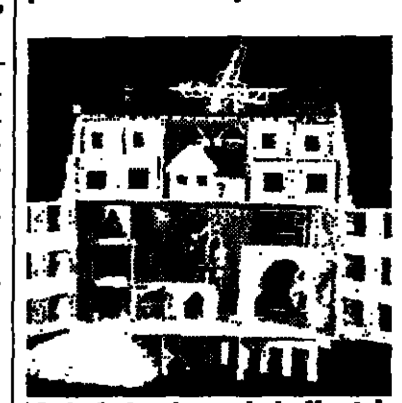
Durch die Wohnwelt der Puppen weht ein frischer Wind



Modell der Engländerin Charlotte Baden-Powell: Puppenvilla mit Bentley und Yacht



Für seinen „Bauklötzchen"-Entwurf bekam der Japaner Takefumi Aida den zweiten Preis.



Maria Ambrus' ungarische Vorstellung vom modernen Puppenheim





„Treibhaus"-Vorschlag der Deutschen Sieber, Timmermann und Baumgarten



Hell und eckig wollen es die Briten Long und Wilson

HELMUT VOSS, **London**

Für eine der ungewöhnlicheren Sehenswürdigkeiten Londons sorgt in diesen Tagen das berühmte Auktionshaus Sotheby's. In seiner altmodischen Galerie an der Südwestecke der St. George's Street stellt es 62 verschiedene, von Architekten aus aller Welt entworfene Puppenhäuser zur Schau, die am 6. September bei einer Versteigerung zugunsten des Weltkinderhilfswerkes unter den Hammer kommen sollen.

Die Ausstellungsstücke – darunter auch zwei aus der Bundesrepublik Deutschland – beweisen *nicht zuletzt*, daß hochbezahlte Architekten verspielt und phantasievoll wie Kinder sein können, wenn sie ihren Ideen freien Lauf lassen. Da gibt es futuristische, klassische, konstruktivistische, moderne und postmoderne Puppenhäuser *und sogar eine Werkzeugkiste*, die sich erst beim Aufklappen in ein Puppenhaus verwandelt.

Für Ausstellung und Versteigerung ist der Herausgeber der englischen Architektur-Zeitschrift „architectural design", Andreas Papadakis, verantwortlich. Er wollte im Jahre 1981 ein Puppenhaus für seine kleine Tochter Alexandra kaufen und fand zu seiner Enttäuschung in Spielzeuggeschäften außer den traditionellen übereinandergeschichteten Kästen nichts von Interesse. Damit war die Idee für den Puppenhauswettbewerb geboren.

Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen. Innerhalb kurzer Zeit trafen aus aller Welt 260 Entwürfe ein – darunter allein 40 aus den USA. „Es war absolut überwältigend", erinnert sich ein Mitarbeiter der Zeitschrift, „als der Einsendeschluß nahte, wurde in unseren Redaktionsräumen in Bayswater eine Kiste nach der anderen abgegeben."

Beim ersten Teil des Wettbewerbes sollten eigentlich nur Entwürfe eingereicht werden. Von ihnen wurden am Ende 50 für die zweite Stufe des Wettbewerbs, bei dem es darum ging, die Zeichnungen tatsächlich in Sperrholz, Schaumstoff und Plexiglas zu übersetzen, ausgewählt. Zusätzlich wurde noch eine Reihe renommierter internationaler Architekten eingeladen, eigens für diese Wettbewerbsstufe fertige Puppenhäuser einzureichen.

Eine Jury, der auch mehrere Kinder *angehörten*, wählte aus diesen Entwürfen die drei Gewinner aus. Den ersten Preis holten sich die Engländer Michael Gold und Paul Wellard mit einem mannshohen Gebilde, das mit seinen vielen Türchen, sternförmigen Öffnungen und Zinnen entfernt an *Dornröschens Schloß erinnert*. Der besondere Clou: Innendrin ist Platz für ein Kind, nicht aber für einen Erwachsenen.

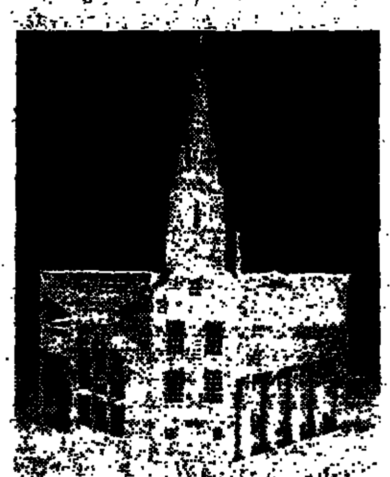
Der zweite Preis ging an einen Japaner, Takefumi Aida, für ein Haus, das aussieht wie aus Bauklötzchen zusammengesetzt, mit Kamin und abnehmbarem Dach. Den dritten Preis holten sich wieder Engländer – mit einer bunten Konstruktion, die laut ihnen „halb Miniaturhaus und halb Zauberkiste" ist. Zahlreiche Schubladen verwandeln sich beim Herausziehen in Terrassen, Gärten, Garagen und Gartenhäuschen.

Mehrere andere Entwürfe erhielten von der Jury ein Sonderlob. Darunter befindet sich ein weitläufiges, geschwungenes Puppenhaus der Engländerin Charlotte Baden-Wopell, in dem sich Millionäre der 30er Jahre sofort wohlgefühlt hätten. Vor der Tür ist ein Bentley geparkt. Am Fuße einer Klippe wartet eine Jacht. Auch ein Puppenhaus aus der Werkstatt des deutschen Architektenteams Heinz G. Sieber, Helga Timmermann und Thomas Baumgarten – ein Haus mit einem abnehmbaren Märklin-Meccano-Treibhaus, in dem eine echte Pflanze wächst – erhielt ein Lob.

Während die einfacheren Entwürfe bei der Auktion kaum mehr als 100 Pfund (400 Mark) erzielen dürften, rechnet Sotheby's bei den Stars unter den Puppenhäusern auch mit Starpreisen. Den höchsten Preis, rund 2000 bis 3000 Pfund, wird nach Ansicht der Auktionatoren aus der Bond Street der preisgekrönte Turm von Gold und Wellard erzielen. (SAD)



Der erste Platz blieb im Lande: Ein Turm nur für Kinder



Klassisch möchte es der Engländer Thomas Nugent

Tonnenweise Sprengstoff versteckt

rtr, **Aschaffenburg**

Mehrere Tonnen Sprengstoff aus dem Zweiten Weltkrieg sind in Erdschächten an der Bahnlinie Aschaffenburg–Hanau sichergestellt worden. Wie das Bayerische Landeskriminalamt gestern erklärte, führte die Vernehmung von drei im Mai wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommenen Männern zur Entdeckung des Verstecks. Unter einem Meter Erdreich fand das Sprengkommando Nürnberg 350 Sprenggranaten mit einem Gesamtgewicht von 8,5 Tonnen, 406 Sprenggranatpatronen, eine 50-Kilo-Sprengbombe und zwei Panzerfäuste. Mit Ausnahme der Sprengbombe stammte die Munition aus deutsch-italienischer Kriegsproduktion und sei vermutlich bei Kriegsende nach einem Tieffliegerangriff von Wehrmachtseinheiten vergraben worden. Unsachgemäße Handhabung durch mögliche Finder hätte „unabsehbare Folgen" haben können.

Grausiger Fund

dpa, **Dachau**

Ein wenige Stunden alter Säugling ist in die Toilette einer Rastanlage der Autobahn München–Augsburg *zwischen Dachau und Odelzhausen* gespült worden. Reinigungsarbeiter fanden den toten Jungen im Absaugrohr ihres Fäkalientankwagens.

Mehr Verkehrstote

dpa, **Wiesbaden**

*Nach einem Absinken der Verkehrs*unfallzahlen in den vergangenen zehn Jahren steigt jetzt wieder die Zahl der Unfälle und Unfallopfer. Das Statistische Bundesamt zählte im ersten Halbjahr 822 000 und damit um 3,7 Prozent mehr Unfälle als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Unfalltoten stieg um 3,8 Prozent auf 5400.

Absturz: 5 Tote

AP, **Bern**

Beim Absturz einer Privatmaschine in der Nähe von Interlaken sind, wie erst gestern bekannt wurde, am Samstag fünf Touristen aus den Niederlanden ums Leben gekommen.

Feuer in Jacobi-Kirche

AP, **Hamburg**

Der blitzschnelle Einsatz der Hamburger Feuerwehr hat am Montag abend bei einem Brand im Turm der St.-Jacobi-Kirche Schlimmeres verhindert. Bei Arbeiten war die Holzverschalung unter dem Kupferdach des Turms in Flammen aufgegangen. 120 Feuerwehrmänner hatten bis Mitternacht das Feuer gelöscht.

16-Millionen-Übung

dpa, **Tokio**

Rund 16 Millionen Japaner werden sich an der bisher umfangreichsten Erdbebenübung beteiligen, die die japanische Regierung für den 1. September angesetzt hat. Anlaß ist der 60. Jahrestag des verheerenden Erdbebens von 1923, bei dem in Tokio und der umliegenden Kanto-Ebene 140 000 Menschen ums Leben gekommen sind.

Feldzug gegen grüne Bierflaschen

rtr, **Chicago**

Eine Vereinigung amerikanischer Bierfreunde zieht gegen grüne Bierflaschen zu Felde. Sie stützen sich dabei auf eine Untersuchung australischer Brauer, nach denen künstliches Licht sich nachteilig auf das Aroma des in grünen oder weißen Flaschen abgefüllten Gerstensaftes auswirkt. Larry Popelka, Präsident der 500 Mitglieder starken Vereinigung „Kampagne für echtes Bier" (CAB), sagte gestern, viele Menschen seien der Ansicht, daß grüne Flaschen auf hochwertiges Bier hindeuten. Das Gegenteil sei aber der Fall.

Popelka sagte, die Untersuchung von drei Chemikern im Auftrag der Carlton and United Breweries Ltd. in Melbourne zeige, daß braune Bierflaschen künstliches Licht, das das Aroma des Bieres „vermiesen" könne, abwiesen.

„Eine Reihe deutscher Biere, die man hier bekommt", so Popelka, „werden in Deutschland in braunen Flaschen verkauft, weil die Deutschen klug genug sind, um zu wissen, daß man kein Bier aus *grünen* Flaschen trinkt, das Licht ausgesetzt wurde."

Sollen Gerüchte den Oranier-Thron kippen?

Beobachter glauben, daß Gegner der Monarchie *mit* Schlagzeilen *um* Prinz Claus Stimmung machen wollen

ELFRUN JACOB, **Den Haag**

In Holland brodelt die Gerüchteküche um Prinz Claus. Soll der deutsche Prinzgemahl einer Journalisten-Mafia als Hebel dienen, um den Oranierthron zu kippen? Willem Oltmans, federführend bei den Veröffentlichungen der letzten Tage, kündigte für heute eine Pressekonferenz „zu Prinz Claus" an. Königin Beatrix allerdings kam ihm zuvor. Gestern abend posierte sie gemeinsam mit dem vielbesprochenen Ehegemahl und den drei Söhnen für die Kameras auf Schloß Huis den Bosch am Haager Stadtwald. Mit diesen Familienfotos wollte die Königin wohl klarstellen – klarer als jede „Erklärung", klarer als die Dementis der Hofsprecher –, daß sie nicht an Ehescheidung, geschweige denn an Abdankung denkt. Entsprechend dem Wahlspruch der Oranier „je maintiendrai" – „ich werde mich behaupten".

Seit Monaten laufen Versuche, holländischen Medien „Enthüllungen" zu verkaufen. Als man da ablehnte, gingen die Angebote an Wochenblätter in der Bundesrepublik Deutschland, in England, in die USA. Dabei waren die Anbieter merkwürdig wenig interessiert an Geld, sondern vor allem an der Veröffentlichung. Förmlich hausieren ging man – entgegen gutem journalistischem Brauch – mit der Information, das Nachrichtenmagazin „Spiegel" plane sensationelle Enthüllungen um Prinz Claus.

Als der „Spiegel" vorerst Abstand nahm, pirschte man sich nun auf andere *Manier an die Öffentlichkeit*. Kern der Gerüchte: Prinz Claus habe sich auf der Amerika-Reise des Königspaars – mehr als ein Jahr ist's her – einen Fehltritt mit einer „Person" aus dem Freundes- und Beraterkreis der Familie erlaubt. Damit werde er *nun vom CIA erpreßt, damit* Den Haag die Stationierung der Mittelstreckenraketen genehmige. Eben jener Willem Oltmans brachte als erster diese Geschichte in dem kleinen Wochenblatt „Haagse Post", dementierte sie jedoch im gleichen Atemzug als „canard", als Ente. Oltmans ist bekannt als fanatischer Gegner der Monarchie, gab ein antimonarchistisches Buch im Eigenverlag heraus. Ein anderes Buch von ihm („Die Russen") hob der sowjetische Botschafter bei einer Pressekonferenz aus der Taufe und rühmte es mit vollmundigen Worten. Bei seinen Berichten über den Hof bekommt Oltmans Schützenhilfe aus einschlägigen Ecken.

Immerhin schaffte man es – die Gerüchte blühen auf den nach der Sommerpause einsetzenden Haager Cocktailparties. Die Ehe sei kaputt, heißt es. Claus werde für immer im Ausland (Deutschland) bleiben. Die Krise bedeute Gesichtsverlust für das königliche Paar, für die *Monarchie*, daher Abdankung von Königin Beatrix. *Königinmutter* Juliana habe in England ein Schloß angekauft – Zuflucht für die mittlerweile 23köpfige Oranierfamilie.

Das Presse- und Informationsamt des Hofs hat alle Hände voll zu tun, um alles immer wieder zu dementieren. „*Wahnsinn*", seufzt *Hofsprecher* van der Voet. Klopft man diese Gerüchte kritisch ab, ist der Wahrheitsgehalt gering. Bleibt übrig, daß in der königlichen Ehe Probleme bestehen. Wie groß, das wird die Zukunft erweisen müssen.

Tatsache ist: Die *Monarchie* ist wohl eine akzeptable Staatsform für diese 14 Millionen holländischer Individualisten (allein 12 Parteien im Parlament). Das Königshaus ist beliebt wie nie. 85 Prozent der Holländer, auch viele Sozialisten, stehen wie *ein Mann hinter der Monarchie. Und* Prinz Claus, dem vor 18 Jahren der Zuruf „Claus raus" galt, bekam 20 000 Briefe mit guten Wünschen und Ratschlägen, seit er vor einem Jahr wegen seiner Depressionen in Behandlung kam. Offiziell verlautet, er bleibe noch ein halbes Jahr bis ein Jahr im Ausland bei Freunden – das heißt meist in Deutschland – und besuche seine Familie zu den Wochenenden. In politischen Kreisen in Den Haag beginnt man allerdings damit zu rechnen, daß der Prinzgemahl nie mehr in seine offiziellen Pflichten eintritt.

Massenhinrichtung in Peking

AFP, **Peking**

In China ist eine großangelegte Säuberungsaktion gegen Kriminelle angelaufen. Allein in Peking sollen schon zwischen hundert und zweihundert Menschen zum Tode verurteilt worden sein. 30 Verurteilungen wurden gestern unmittelbar nach ihrer Bekanntmachung auf einer Versammlung von rund 10 000 Menschen in der Pekinger Sporthalle auf einem Hinrichtungsgelände nahe der Hauptstadt vollstreckt. Ein Anschlag an dem zuständigen Pekinger Gerichtsgebäude ließ wissen, daß 19 Todesurteile wegen Mordes, zehn wegen Vergewaltigung und eines wegen Autodiebstahls gefällt worden waren. Eine der Hingerichteten war eine Frau. Die Offensive gegen die Kriminalität, der zur Abschreckung in den Medien ein ungewöhnlich breiter Platz eingeräumt wird, betrifft praktisch alle Großstädte der Volksrepublik. In den letzten zehn Tagen sind bereits mehrere tausend Menschen festgenommen worden. Insgesamt wird mit der Verhaftung von rund 30 000 Menschen gerechnet.

ZU GUTER LETZT

„Münchner Sittenpolizei steht bald auf der Straße." Überschrift aus der „Süddeutschen Zeitung"

WETTER: Schwül-warm

Wetterlage: Bei schwachen Luftdruckgegensätzen bestimmt weiterhin feuchte und warme Luft das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Raum Berlin: In der Frühe Dunst, der sich vormittags langsam auflöst, dann vorübergehend heiter, nachmittags aber zunehmende Quellbewölkung und vereinzelt Wärmegewitter. Höchsttemperaturen um 28, an der See um 22 Grad, Tiefstwerte nachts um 15 Grad. Schwacher, in Gewitternähe jedoch stark auffrischender Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Deutscher Wetterdienst 23. August 1983, nachm.

Weitere Aussichten:

Ab Donnerstag im Norden abnehmende Gewittertätigkeit und etwas kühler, im Süden meist stark bewölkt und gewittriger Regen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	25°	Kairo	29°
Bonn	25°	Kopenh.	24°
Dresden	25°	Las Palmas	27°
Essen	24°	London	20°
Frankfurt	27°	Madrid	19°
Hamburg	20°	Mailand	24°
List/Sylt	20°	Mallorca	27°
München	24°	Moskau	20°
Stuttgart	21°	Nizza	28°
Algier	26°	Oslo	16°
Amsterdam	22°	Paris	22°
Athen	30°	Prag	22°
Barcelona	22°	Rom	24°
Brüssel	24°	Stockholm	24°
Budapest	24°	Tel Aviv	30°
Bukarest	21°	Tunis	34°
Helsinki	23°	Wien	26°
Istanbul	26°	Zürich	21°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.22 Uhr, Untergang: 20.25 Uhr. Mondaufgang: 21.28 Uhr, Untergang: 7.53 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Paris gehört wieder den Amerikanern

In diesem Sommer kamen mehr als doppelt so viele Besucher aus den USA wie 1982

CONSTANCE KNITTER, **Paris**

Noch nie sah man so viele Amerikaner in Paris. Sie kommen in Reisegruppen oder als Einzeltouristen mit ausgebuchten Boeings über den Atlantik. Die Taschen prall mit grünen Dollarnoten gefüllt, übervölkern sie die Straßen der Seine-Metropole, besetzen die Luxus-Hotels und erobern in ganzen Scharen den Eiffelturm, den Louvre und das Centre Pompidou.

Die Zahl der amerikanischen Touristen in Paris hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. „Für die Monate Juli, August, September rechnen wir in den Pariser Hotels mit 400 000 Amerikanern. Hinzu kommen mindestens 100 000, die bei Freunden wohnen oder auf Campingplätzen übernachten. Vor einem Jahr verzeichneten wir nur 200 000 Amerikaner in Paris", *heißt es frohlockend im* „Office du Tourisme" auf den Champs-Elysées. Dort kommt jeder vierte Besucher aus den USA. Für ganz Frankreich rechnet man bis zum Ende der Sommersaison mit eineinhalb Millionen Amerikanern. Ein absoluter Rekord.

Unter den Einzelreisenden liegen die Amerikaner in Paris an der Spitze vor den Skandinaviern, den Deutschen und den Engländern, gefolgt von Italienern, Holländern und Süd-Amerikanern. Grund für die friedliche Invasion aus den USA ist, wie anders, der günstige Dollarkurs. „Für einen Dollar bekommt ein Yankee heute acht Franc. Trotz der Teuerungen muß er in diesem Jahr nicht mehr Dollar als 1977 ausgeben", rechnete der Angestellte eines Pariser Reisebüros vor. Tatsächlich ist der Dollar dem Franc gegenüber heute doppelt soviel wert wie vor drei Jahren.

Die vom Tourismus lebenden Geschäftsleute Frankreichs reiben sich die Hände. Hoffen *sie doch, daß* die Ausgaben der Besucher von jenseits *des Ozeans das Loch stopfen, das* durch die geschwundene Kaufkraft der Franzosen entstanden ist. In erster Linie profitieren die Luxushotels vom Boom amerikanischer Touristen.

Mit ihren Dollar in den Taschen scheuen die Amerikaner zwar nicht davor zurück, 450 Mark für ein Doppelzimmer in einem Luxus-Hotel auszugeben, aber sonst sind sie weniger spendierfreudig. „Sie kalkulieren genau mit ihren Taschenrechnern, schauen sich alles an und kaufen nichts", berichtet enttäuscht eine Verkäuferin einer „Tax Free"-Boutique in der Rue de Rivoli, wo es von Souvenir- und *Mode*geschäften wimmelt.

Selbst in den großen Kaufhäusern am Boulevard Haussmann sitzt den Amerikanern angesichts französischer *Markenartikel* das Geld nicht locker. „Sie finden, es sei hier alles teurer als bei ihnen", sagt eine Verkäuferin der Parfüm-Abteilung. „Das Leben ist in Paris sehr teuer. Der Dollar ist vielleicht gestiegen, aber die Preise auch", resümiert Louis Ciccone (45) aus New York. Er verbringt mit seiner Frau eine Woche in Paris. „Die Zeiten, wo die Amerikaner in Europa ihre Dollar mit vollen Händen ausgaben *sind vorbei*", *meint er mit einem sehn*suchtsvollen Blick auf ein Porzellan-Service aus Limoges.

Kaum gespart wird allerdings jedoch beim *nächtlichen* Vergnügen. Der Abend im „Lido" ist ein Muß, anderen Nationalitäten bleiben da „nur" „Moulin Rouge" oder „Folies-Bergères". Selbst die traditionellen „Paris-by-night"-Touren und die berühmt-berüchtigte Tour durch die Pariser Striptease-Lokale am Pigalle „Paris interdit" (verbotenes Paris) für immerhin 43 Dollar sind jeden Abend ausgebucht. (SAD)

Wirbel um „Columbia"

Ersatzteil-Engpaß: Wird die Raumfähre ausgeschlachtet?

WOLFGANG WILL, **New York**

Die Nasa und ihr Raumflugzeug-Programm stehen vor neuen Problemen. Alles *deutet jetzt darauf hin*, daß „Columbia" nach ihrem für Oktober/November geplanten „Spacelab"-Flug mit dem deutschen Astronauten Ulf Merbold erst einmal „eingemottet" wird. Möglicherweise steht sie dann zwei Jahre nicht zur Verfügung – *vielleicht* sogar länger. Weil es der Nasa an Ersatzteilen mangelt, erwägt man, „*Columbia*" auszuschlachten.

Nach der neuen Nasa-Planung soll „Columbia" vor November 1985 nicht wieder zum Einsatz kommen. Bisher war sie für eine mögliche Wiederholung des ersten „Spacelab"-Unternehmens für den Fall in Aussicht genommen worden, daß der „Tiedress"-Satellit im Oktober/November nicht voll für die Datenübermittlung zur Verfügung steht. Eine Möglichkeit für diesen Wiederholungsflug hätte sich im April oder Juni nächsten Jahres ergeben. Das dürfte nunmehr ebenso hinfällig werden wie der „Columbia"-Einsatz für das „Spacelab-3"-Unternehmen am 15. September nächsten Jahres. Für „Spacelab 2", geplant für November 1984, sollte ohnehin die „Challenger" verwendet werden.

Nach dem bevorstehenden „Spacelab"-*Unternehmen mit Ulf Merbold* wäre die „Columbia" ohnehin bei Rockwell ein weiteres Mal überholt und umgebaut worden, sollte aber so schnell wie möglich wieder der Raumflugzeug-Flotte einverleibt werden. Das scheint aus zwei Gründen nicht mehr möglich: Einmal hat bei Rockwell die Produktion des neuen *strategischen* Bombers B-1 höchste Priorität, und dafür muß im Werk Palmdale eine *Montage-Halle*, die bisher den Raumflugzeugen zur Verfügung stand, benutzt werden. Zum anderen ist es bei der Montage der beiden neuen Raumflugzeuge „Discoverer" und „Atlantis", die weitaus moderner sind als „Columbia" und deshalb dringender benötigt werden, zu Teile-Engpässen gekommen. Sie können nur dadurch behoben werden, daß „Columbia" „ausgeschlachtet" wird. „*Columbia*" müßte auch „herhalten", wenn bei einer der anderen Maschinen, etwa dem „Arbeitspferd Challenger", ein Ersatzteil benötigt wird. Die Ersatzteilproduktion liegt um mehr als ein Jahr hinter der Planung zurück. (SAD)

